

**Jens Schöne (Hg.)**

# **Revolution**

**Die DDR im Jahr 1989**

**Berlin 2014**

**3. Auflage**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 29**

Titelblatt:

Ost-Berlin, 4. November 1989. Quelle: Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Klaus Mehner, 89\_1104\_POL\_Demo\_32.

Copyright 2010 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

3., unveränderte Auflage, 2014

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-33-6

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99

Internet: [www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter](http://www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter)

## **Inhalt**

Vorwort .....	4
<i>Jens Schöne</i> Von der Resignation zur Revolution. Die DDR im Jahr 1989 .....	5
<i>Klaus Bästlein</i> Eine Wahlfälschung zu viel. Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 .....	19
<i>Stefanie Eisenhuth</i> 9. November 1989: Achtung! Sie verlassen jetzt West-Berlin. ....	48
<i>Elena Demke / Peter Ulrich Weiß</i> Verbunkerte Akten. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Cottbus .....	71
Auswahlbibliografie .....	109
Über die Autoren .....	111
Publikationsverzeichnis .....	114

## **Vorwort**

Das Interesse an der Friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 ist ungebrochen. Zwanzig Jahre danach wurde des Ereignisses auf vielfältige Weise gedacht und die Revolution als Erinnerungsort im kollektiven Gedächtnis nachhaltig verankert. Dazu hat auch der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen auf vielfältige Weise und in Kooperation mit zahlreichen Partnern beigetragen: durch eine mittlerweile seit vier Jahren laufende Veranstaltungsreihe, durch Publikationen für Lehrer und andere interessierte Leser, durch die Förderung unterschiedlichster Projekte und vieles Andere mehr.

Der vorliegende Band offeriert Ergebnisse des Jubiläumsjahres 2009. In vier Beiträgen werden auf der Grundlage neuester Forschungsarbeiten schlaglichtartig die Ereignisse von 1989 dargestellt. Dabei kommen vor allem Themen zur Sprache, die bisher insgesamt zu wenig Berücksichtigung gefunden haben oder deren Erforschung zu sehr auf einzelne Aspekte beschränkt geblieben ist. So sollen explizit Anregungen für die zukünftige Auseinandersetzung mit offenen Fragen gegeben werden.

Herzlich danken möchte ich allen Kooperationspartnern, ohne deren Unterstützung viele der durchgeführten Projekte nicht hätten realisiert werden können. Zugleich freue ich mich auf die künftige Zusammenarbeit.

Martin Gutzeit

Landesbeauftragter

*Jens Schöne*

## **Von der Resignation zur Revolution.**

### **Die DDR im Jahr 1989**

#### **Prolog: Gerontokraten an der Macht**

Der Mann war ganz offensichtlich erregt, und er hatte allen Grund dazu. Eindringlich redete er auf den vor ihm stehenden Uniformierten ein, der Verständnis heuchelte, tatsächlich aber danach trachtete, den Unzufriedenen schnell loszuwerden. Doch jener dachte gar nicht an Rückzug, schließlich ging es um seine Kinder, insbesondere seinen Sohn.

Anfang Oktober 1989, Ost-Berlin. Die Deutsche Demokratische Republik feierte ihren 40. Jahrestag, die Hauptstadt befand sich in Feierstimmung, und doch lief einiges schief. Denn das von der allein herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) pompös inszenierte Festprogramm wies einen wesentlichen Makel auf: Es ging an der Realität vorbei. Seit dem Sommer kehrten immer mehr Menschen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) den Rücken und suchten über den Umweg westdeutscher Botschaften die Flucht in die Bundesrepublik. Der Protest gegen das SED-Regime potenzierte sich, nur die greise Führung der selbst ernannten „Partei der Arbeiterklasse“ schien das nicht zu merken. Sie hielt an den bewährten Instrumentarien der Macht fest: Einparteiherrschaft, Bspitzelung der Bevölkerung, Diffamierung aller abweichenden Ideen und Gewalt gegen allzu offensichtliche Opposition. Daneben versuchte sie seit Jahren, die Bevölkerung mit Zuwendungen unterschiedlichster Art ruhigzustellen: umfangreiche Sozialleistungen, ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm und vieles andere mehr. Das Problem war, dass sich die DDR derartige Gaben schon lange nicht mehr leisten konnte. Die Industrie lag am Boden, die Umwelt siechte dahin und die politische Führung des Landes verweigerte sich konsequent dem tristen Alltag und damit den Herausforderungen der modernen Welt. Eine derartige Verweigerungshaltung konnte nicht ohne Folgen bleiben. Doch was sich Anfang Oktober 1989 nur eine verschwindend kleine Minderheit vorstellen konnte – am wenigsten wohl die gerontokratische SED-Führung selbst –, sollte alsbald Realität werden. Nach vierzig Jahren hatte sich die DDR überlebt, ihre Bevölkerung resigniert und die sozialistische Zukunft jeglichen Reiz

verloren. Die alten Männer des Politbüros hielten die Macht noch immer in ihren zittrigen Händen, doch sie sollte ihnen sehr schnell entgleiten. Dafür gab es gute Gründe, die sich im Verlauf des Jahres nahezu lawinenartig aufgetürmten und dringend nach einer Lösung verlangten. Doch die politische Führung zeigte sich unwillig und/oder unfähig, nach den Ursachen der misslichen Situation zu fragen und ein effektives Krisenmanagement zu entwickeln. Die Folgen dieser Lethargie waren weitreichend und gipfelten in der Friedlichen Revolution der Jahre 1989/90.

### **1. Akt: Frühlingserwachen**

Das Jahr 1989 begann wie viele zuvor. Auf den ersten Blick deutete nichts darauf hin, dass sich in absehbarer Zeit Grundlegendes ändern würde. Wie jedes Jahr hielt der greise Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, eine hoffnungsfrohe Ansprache an sein Volk, in der er mit ideologiegetränkten Floskeln seinen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der sozialistischen DDR zum Ausdruck brachte. Damit stand er nicht allein, noch funktionierte die selbst ernannte Diktatur des Proletariats. So bestärkten Mitarbeiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED ihren obersten Dienstherren in seinen Auffassungen, wiesen in ihrer Studie „Sozialismus in den 90er Jahren“ aber auch darauf hin, dass sich zwangsläufig neue Herausforderungen ergeben würden. Ihre Schlussfolgerung: Es ist „unter diesen Bedingungen von immer größerer Bedeutung, daß wir über eine eigene, klare Gesellschaftskonzeption verfügen, die entsprechend den sich verändernden Bedingungen konstruktiv weiterentwickelt wird. Je tiefer und weitreichender die Wandlungsprozesse sind, umso wichtiger ist eine feste eigene Position.“<sup>1</sup> Die Autoren der Studie sahen durchaus Handlungsbedarf, mahnten eine Flexibilisierung der SED-Herrschaftspraxis an, doch, wie sich alsbald herausstellen sollte, berücksichtigte die Parteiführung nur den letzten Teilsatz: Je größer die Probleme im Verlauf des Jahres wurden, umso mehr beharrte man auf der eigenen Position, von konstruktiver Weiterentwicklung konnte keine Rede sein. Und genau das sollte sich als fatal erweisen.

<sup>1</sup> Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold u. a., Studie: Sozialismus in den 90er Jahren, in: BStU, MfS, Arbeitsbereich Mittag, Nr. 58.

Denn tatsächlich war einiges faul im Staate Honeckers.<sup>2</sup> Immer wieder hatte es gegen die vielfältigen Missstände Protest gegeben, doch der schien unter Kontrolle. Eine wirkungsmächtige Opposition existierte nicht, die Bevölkerung schien sich im sozialistischen Mangel eingerichtet zu haben, und noch immer verschlossen Mauer und Stacheldraht Auswege aus der Tristesse. Doch schon im Frühjahr 1989 kündigten sich Veränderungen an. Am augenfälligsten wurden sie im Zusammenhang mit der Kommunalwahl vom 7. Mai. Wahlen waren in der DDR stets eine Farce gewesen, ihre durchgängige Fälschung durch die SED-Spitze konnten nur die parteitreuesten Genossen übersehen. Plötzlich aber regte sich Widerstand, das offizielle Wahlergebnis von 98,85 Prozent für die von der SED dominierte Einheitsliste wurde an vielen Orten der Republik öffentlich angezweifelt. Die politische Führung des Landes in Erklärungsnot – und fand keine Antwort auf die drängenden Fragen. So trug sie selbst massiv dazu bei, die Weichen in Richtung Friedliche Revolution zu stellen.<sup>3</sup>

Noch immer war es eine verschwindend kleine Minderheit, die sich bereit zeigte, aktiv gegen das SED-Regime aufzutreten. Doch es mehrten sich die Anzeichen, dass die resignierende Unzufriedenheit der Bevölkerung ein kritisches Ausmaß erreicht hatte. Selbst pompöse Inszenierungen vermochten diesen Umstand nun nicht mehr zu verdecken. Als etwa am Pfingstwochenende Hunderttausende Jugendliche aus dem ganzen Land nach Berlin verschickt wurden, um sich dort als „Kampfreserve der Partei“ zu gerieren, waren die Bilder beeindruckend und der offizielle Tenor eindeutig: Das Pfingsttreffen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) sei ein „Unübersehbares Zeichen für Sieghaftigkeit des Sozialismus im Herzen Europas“<sup>4</sup>.

Ein Blick hinter die Kulissen offenbarte dagegen ein ganz anderes Bild: „unterschiedlichste Bevölkerungskreise“ äußerten sich negativ über das Ereignis, Einwohner Ost-Berlins weigerten sich in signifikanter Zahl, Übernachtungsgäste aufzunehmen, insbesondere in Industriebetrieben und Universitäten käme eine „distanzierte bis ablehnende Haltung“ deutlich zum Ausdruck und überhaupt werde bezweifelt, dass „ein solches Treffen

<sup>2</sup> Zur Vorgeschichte der Friedlichen Revolution vgl. ausführlich: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

<sup>3</sup> Zur Bedeutung und den Folgen der Kommunalwahl vgl. den Beitrag von Klaus Bästlein im vorliegenden Band.

<sup>4</sup> Neues Deutschland, 13./14. Mai 1989, S. 1.

die Verbundenheit der Jugend mit Staat und Partei festige und sie zu höheren Leistungen ansporne. [...] Während bei vorangegangenen Treffen eine Delegation als Auszeichnung angesehen wurde, müßten jetzt viele Jugendliche von staatlichen Leitern und Parteiorganisationen überredet und überzeugt werden, am Pfingsttreffen teilzunehmen.“ An dieser ablehnenden Haltung änderte sich auch dadurch wenig, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Vorfeld des Ereignisses Tausende „verstärkte Kontrollmaßnahmen“ ergriff, mit „insgesamt 1.589 jugendlichen/jung-erwachsenen Personen Vorbeugungsgespräche“ führte, in „Verbindung mit weiteren politisch-operativen Maßnahmen zur Zerschlagung bzw. Zersetzung“ vermeintlich verdächtiger Gruppierungen schritt und besonders widerspenstige Jugendliche inhaftierte.<sup>5</sup>

Wie unter einem Brennglas zeigten sich hier die grundlegenden Probleme der SED-Diktatur im Frühjahr 1989: Eine langsam in Bewegung geratende Gesellschaft traf auf eine Partei- und Staatsführung, die in den über Jahrzehnte hinweg eingeübten Positionen verharrte, keine Lösungen für die aufgestauten Probleme anzubieten hatte und im Zweifelsfall mit aller Härte auf ihren Sicherheitsapparat zurückgriff. Die eigene Bevölkerung, insbesondere die Jugend, konnte man damit immer weniger erreichen, immer weniger für die eigenen Zielstellungen begeistern. Sehr bald sollten sich die Folgen dieser immer spürbareren Ideen- und damit Zukunftslosigkeit zeigen.

## **2. Akt: Sommer der Verwerfungen**

„Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ Der Rest des Satzes ging im frenetischen Jubel der mehr als 3.500 Zuhörer unter. Was sich am Abend des 30. September 1989 auf dem Gelände der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland abspielte, war der vorläufige Schlusspunkt einer Entwicklung, die sich im Verlauf des Sommers immer mehr zugespitzt hatte. Die SED-Führung hatte seit dem Frühjahr wiederholt deutlich gemacht, dass sie zu einer Änderung ihrer Politik nicht bereit sein würde. Das war nichts Neues, doch plötzlich verschoben sich die Rahmenbedingungen. Seit einigen

<sup>5</sup> Vgl. zu den massiven Problemen z. B. die Unterlagen in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15.332, Zitate ebd.

Jahren schon beobachtete die Bevölkerung der DDR gespannt die vorsichtige Reformpolitik des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow und erhoffte sich davon nicht zuletzt Verbesserungen für das persönliche Umfeld. Doch das Gegenteil trat ein: Die politischen Entscheidungsträger des eigenen Landes gingen auf Abstand zu jeglichen Reformen und wiederholten stattdessen gebetsmühlenartig die überlebten Leitsätze der vergangenen Jahrzehnte. Also suchten immer mehr Einwohner der DDR im wahrsten Sinne des Wortes nach Auswegen und fanden diese zunächst in Ungarn. Die dortigen Machthaber waren auf den Reformkurs eingeschwenkt und hatten unter anderem eine Lockerung des Grenzregimes zu Österreich angekündigt. Was genau das heißen sollte, blieb zunächst unklar, wurde von der DDR-Bevölkerung jedoch auf ganz eigene Weise interpretiert. Hier schien sich ein Schlupfloch in den Westen zu öffnen, wie es ein solches seit dem Mauerbau vor fast dreißig Jahren nicht mehr gegeben hatte. Jeden Sommer verbrachten Hunderttausende ihren Urlaub in Ungarn – und immer mehr nutzten jetzt diese Gelegenheit für einen Versuch, dem Sozialismus endgültig den Rücken zu kehren. Zwar blieb die Grenze vorerst faktisch weiter geschlossen, und es wurde auch noch scharf geschossen, doch das hartnäckige Gerücht, dass man über Ungarn in die Bundesrepublik gelangen könne, führte zu einer Dynamik, die nun nicht mehr abreißen sollte. Eine Fluchtwelle bisher nicht gekannten Ausmaßes setzte sich in Bewegung.<sup>6</sup>

Bis Ende Juni hatten bereits mehrere Tausend Ausreisewillige die DDR verlassen, verweigerten die Rückkehr und verblieben neben Ungarn vor allem in Polen und der Tschechoslowakei. Da auch von dort aus der schnelle Weg in die Bundesrepublik verwehrt war, wählten viele einen nahe liegenden Umweg: Sie besetzten die bundesdeutschen Botschaften vor Ort. Um die daraus folgenden diplomatischen Verwicklungen nicht zu verschärfen, wurden etliche Missionen Mitte August offiziell geschlossen, doch das konnte nicht verhindern, dass immer mehr Menschen über die Zäune kletterten und auf den Botschaftsgeländen ausharrten. Die daraus resultierenden Fernsehbilder gingen um die Welt und hatten verheerende Wirkungen für das SED-Regime. Sie delegitimierten die Machthaber in Ost-Berlin nachhaltig. Denn wie verzweifelt mussten Menschen sein, wenn sie lieber in einem fremden Land unter freiem Himmel kampierten,

<sup>6</sup> Andreas Oplatka, Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009.

als in ihre Heimat zurückzukehren? Und daraus folgte sofort eine weitere Frage: Wie schlimm musste die Situation in der DDR insgesamt sein? Die Weltöffentlichkeit schaute gebannt nach Budapest, Warschau und Prag.

Ende September fasste die SED-Führung einen Entschluss, der den wachsenden Druck mindern und die Aufmerksamkeit von den Botschaften abziehen sollte: Aus „humanitären Gründen“ gestattete sie die Ausreise der Flüchtlinge, bestand aber darauf, dass sie über das Territorium der DDR erfolgen müsse. Als der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher daraufhin vom Gartenbalkon der Prager Botschaft seinen berühmten, eingangs zitierten Satz sprach, kannte der Jubel keine Grenzen. Noch in der gleichen Nacht erreichten die ersten DDR-Bürger mit dem Zug die Bundesrepublik.

Es sollte sich jedoch sehr schnell zeigen, dass es sich hierbei nur um ein taktisches Manöver gehandelt hatte, die ostdeutschen Machthaber noch immer nicht zur Modifizierung ihrer Politik bereit waren. Im Gegenteil, zynisch diffamierten sie die Ausreisewilligen als Verräter und „Asoziale“, die sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt hätten und denen man daher keine Träne nachweinen dürfe.<sup>7</sup>

So viel Verdrängung der Realität blieb nicht ohne Folgen, wiederum wuchs die Fluchtwelle an und die bundesdeutschen Botschaften füllten sich erneut. Die Spannung zwischen Herrschaft und Gesellschaft hatte sich spürbar verschärft und suchte zunehmend nach einer Lösung. In den ersten Tagen des Oktobers 1989 sollte sie sich eruptiv entladen.

### **3. Akt: Herbst der Entscheidungen**

Während die Weltöffentlichkeit auf die Ausreisewilligen schaute, hatten sich auch innerhalb der DDR markante Veränderungen angekündigt. Je mehr die politische Führung des Landes ideenlos erstarrte, umso mehr erhielten alternative Ansätze Zulauf. Daher kam es im Spätsommer bzw. Frühherbst zur Gründung etlicher oppositioneller Vereinigungen, die der Bevölkerung all das boten, was von offizieller Seite verweigert wurde: Offenheit, Dialogbereitschaft, Ideen für die Zukunft. Noch verfügten diese

<sup>7</sup> Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland, 2. Oktober 1989, S. 2.

Gruppen über wenige Mitglieder, kaum organisatorische Strukturen und mitunter nicht einmal über ein ausgefeiltes Programm, doch sie einte der Gedanke, die Sprachlosigkeit in der DDR zu überwinden und eine Debatte über deren weiteren Weg zu eröffnen. Dies erfolgte mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielstellungen, einzig war man sich jedoch, dass das real existierende SED-Regime ein Ende finden müsse. Eine gemeinsame Erklärung forderte daher schon am 4. Oktober 1989 die Durchführung freier und geheimer Wahlen. Dies stellte einen frontalen Angriff auf die Machthaber dar, denn solchen Wahlen hatte sich die SED noch nie gestellt. Ihr Niedergang gewann an Fahrt.<sup>8</sup>

Eine Kette von Ereignissen zeigte dann zwischen dem 3. und 9. Oktober, wie sehr der Partei die Lage mittlerweile entglitten war. Als sich Anfang des Monats abermals Züge mit Botschaftsflüchtlingen aus Prag in die Bundesrepublik in Bewegung setzten, schien dies nur ein weiteres diplomatisches Manöver zu sein, von dem keine spürbaren Störungen ausgehen würden. Schließlich war auch der erste Transport recht geräuschlos verlaufen. Doch inzwischen hatten sich die Umstände in einem entscheidenden Punkt geändert: Auf Empfehlung von Egon Krenz hatte Honecker am 3. Oktober die Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei angeordnet. Nun gab es keinen Ausweg aus der DDR mehr – und viele sahen in den aus Prag kommenden Sonderzügen ihre letzte Chance, das Land verlassen zu können. Entsprechend entschlossen agierten sie, um auf diese Züge zu gelangen; die Sicherheitskräfte hingegen versuchten, genau dies zu verhindern. Entlang der Strecke kam es zu Auseinandersetzungen und Verhaftungen; in und um den Dresdner Hauptbahnhof eskalierte die Situation: Über mehrere Abende hinweg gab es bürgerkriegsähnliche Zusammenstöße, die von beiden Seiten mit großer Härte ausgetragen wurden.

Als die Partei- und Staatsführung wenige Tage später in Ost-Berlin pompös den 40. Jahrestag der DDR feierte, war die Stimmung somit nicht ungetrübt. Und wieder entglitt den Machhabern die Situation. Seit den Kommunalwahlen vom 7. Mai erinnerte eine kleine Gruppe Beharrlicher an deren Fälschung, indem sie sich am siebten Tag jedes Folgemonats auf dem Alexanderplatz im Zentrum der Halbstadt versammelten. Als die Sicherheitskräfte am 7. Oktober brutal gegen diesen Protest vorgingen,

<sup>8</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt ausführlich: Jens Schöne, *Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit*, Berlin 2008, S. 63-69. Dort auch weitere Angaben zu den einzelnen Gruppierungen.

empörte dies auch die Besucher eines Volksfestes, das aus Anlass der Jubiläums-Feierlichkeiten eben dort stattfand. Ein Protestzug formierte sich, der schnell anwuchs und alsbald energisch die Demokratisierung der DDR einforderte. So lange der Zug sich im Stadtzentrum befand – und somit für die (Staats-) Gäste der Feierlichkeiten sichtbar blieb –, geschah nur wenig. Später jedoch griffen Volkspolizei und Staatssicherheit hart gegen die friedlichen Demonstranten durch. Einzelne Gruppen wurden eingekesselt, mit Schlagstöcken und von Wasserwerfern malträtiert und rüde verhaftet. Es konnte buchstäblich jeden treffen, der auf den nächtlichen Straßen unterwegs war, und in den „Zuführungspunkten“ erlebten die Inhaftierten dann endgültig die ganze Willkür des Regimes, jegliche Gesetzlichkeit verlor ihre Bedeutung. Die SED hatte sich wieder einmal desavouiert.

Die bange Frage lautete nun, was zwei Tage später in Leipzig geschehen würde. Denn dort fanden seit einiger Zeit Montagsdemonstrationen statt, die sich entschieden gegen die Machthaber richteten. Doch das Regime knickte am Abend des 9. Oktober ein, die durchaus in Betracht gezogene Gewalt blieb aus. Etwa 70.000 Demonstranten zogen über den Innenstadtring der sächsischen Stadt und zeigten eindrucksvoll, wie stark die Opposition gegen das politische System inzwischen war. Damit war noch keine endgültige Entscheidung gefallen – so gab es etwa Gewalt gegen friedliche Demonstranten auch noch nach jenem Tag –, doch die Botschaft war klar: Das Volk hatte die Straße erkämpft und würde auch künftig nicht mehr willens sein, sie den Machthabern zu überlassen. Die SED-Führung wurde nun immer mehr zur Getriebenen, die dem eigenen Untergang entgegenschlitterte.

Dies dämmerte endlich auch jenen im inneren Kreis der Macht. Was folgte, war am 17. Oktober eine halbherzige Palastrevolte, die zwar Honecker aus seinen Ämtern warf, ansonsten aber wenig änderte. Als ausgerechnet Egon Krenz die Macht übernahm, erlebte der Protest auf den Straßen einen weiteren Höhepunkt. Allein in der letzten Oktoberwoche fanden in Ost-Berlin mehr als 130 Demonstrationen statt, an der über eine halbe Million Menschen teilnahmen. Die DDR war in Aufruhr, die Opposition formierte sich und die Mobilisierung der Bevölkerung wuchs von Tag zu Tag. Am 4. November waren mehrere Hunderttausend Menschen auf den Beinen, um auf der größten Protestveranstaltung der DDR-Geschichte ihre Meinung zu artikulieren. Das Zentrum Ost-Berlins war ein Meer aus Pla-

katen und Transparenten, auf denen energisch die grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse gefordert wurde.<sup>9</sup> Und dann wirbelte ein Ereignis von Weltrang die weiteren Abläufe gänzlich durcheinander.

#### **4. Akt: Wenn Mauern fallen**

Der 9. November 1989 war ein herbstlich-kühler Donnerstag. Seit dem Vortag war das SED-Zentralkomitee versammelt, um über das weitere Agieren zu befinden und damit die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Da man sich neuerdings als offene, demokratische Partei zu präsentieren versuchte, war für jeden Abend, um 18:00 Uhr, eine Pressekonferenz angesetzt, die live im DDR-Fernsehen übertragen wurde. Am 8. November war das Politbüro der Partei geschlossen zurückgetreten und neu besetzt worden, das hatte für einige Aufregung gesorgt. Am 9. November jedoch machte sich zunächst gepflegte Langeweile unter den internationalen Journalisten breit, denn Grundlegendes gab es nicht zu berichten. Dann ließ die Frage eines italienischen Korrespondenten aufhorchen. Die Pressekonferenz war fast vorbei, da erkundigte er sich nach dem aktuellen Stand der Reiseregulungen. Seit einiger Zeit hatte die SED-Führung versucht, durch die Gewährung größerer Reisefreiheiten das Heft des Handels wieder in den Griff zu bekommen und die aufbegehrende Bevölkerung zu beruhigen. Das hatte bisher nicht den erhofften Erfolg erbracht und die Öffentlichkeit wartete gespannt auf die weiteren Schritte.

Was folgte, war ein medialer Super-Gau, der Weltgeschichte schrieb. Günter Schabowski, dem die Unterrichtung der Medienvertreter oblag, zog einen Zettel hervor und gab mit schnellen Worten bekannt, dass es nun allen DDR-Bürgern erlaubt sei, ohne gesonderte Voraussetzungen – wohl aber mit Visum – aus dem Land auszureisen. Dies sei ausdrücklich auch nach West-Berlin möglich und, so die zögerliche Bestätigung, es gelte ab sofort.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Zu den Details der Entwicklung vor dem Mauerfall vgl. z. B. Ehrhart Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München/Zürich 2008, S. 111-183.

<sup>10</sup> Florian Huber, *Schabowskis Irrtum. Das Drama des 9. November*, Berlin 2009.

Schabowski hatte in seinen Ausführungen weder gesagt, dass die Mauer nun für alle offen sei, noch, welche Verfahren genau Anwendung finden würden, um die zeitweilige oder endgültige Ausreise aus der DDR vollziehen zu können. Bis zum nächsten Morgen sollten alle Details geklärt und die zuständigen Stellen informiert werden – Schabowski übersah schlicht die vorgesehene Sperrfrist. Und die Bevölkerung, durch die Erfahrungen der letzten Monate nachhaltig mobilisiert, gab die Antwort auf die offenen Fragen noch in der gleichen Nacht. Immer mehr Menschen strömten in Ost-Berlin an die Grenzübergangsstellen und trafen dort auf Wachpersonal, dem jegliche Anweisungen fehlten. Mehr noch: Niemand in der langen Befehlskette war willens oder in der Lage, klare Befehle zu erteilen. Als immer mehr Menschen nachdrängten, sich die Situation immer mehr zuspitzte, blieb den Verantwortlichen vor Ort nur noch ein Ausweg: Sie öffneten die Übergangsstellen, nach über 28 Jahren war die Mauer wieder offen. Allein am 10. November passierte mehr als eine halbe Million Menschen die Grenze vom Ost- in den Westteil der Stadt, und das ebenso weltoffene wie provinzielle West-Berlin erlebte bewegte Tage und Nächte, die sich als Beginn fundamentaler Wandlungsprozesse erweisen sollten.<sup>11</sup>

Mit dem Fall der Mauer hatten sich die Rahmenbedingungen abermals fundamental geändert. Zunächst nur langsam, dann aber in ständig wachsendem Ausmaß machte sich die Erkenntnis breit, dass die DDR als eigenständiger Staat kaum eine Überlebenschance haben würde. Noch immer liefen die Menschen in Scharen den politischen und ökonomischen Ungewissheiten davon, die Fluchtwelle in die Bundesrepublik riss nicht ab. Auch wenn es bis Ende des Jahres 1989 aus ganz unterschiedlichen Gründen Vorbehalte gegen eine solche Idee gab – die Frage der deutschen Einheit rückte mit dem 9. November 1989 auf die tagespolitische Agenda.

## **5. Akt: Endzeitstimmung**

Über Jahrzehnte hinweg schien die DDR in einer Art gesellschaftlichem Tiefschlaf gelegen zu haben, im Verlauf des Jahres 1989 änderte sich das gründlich, und nach dem Mauerfall brachen alle Dämme. Auch auf den

<sup>11</sup> Zur bisher zu wenig berücksichtigten Bedeutung des 9. November für West-Berlin vgl. den Beitrag von Stefanie Eisenhuth.

Straßen mehrten sich nun die Forderungen nach der deutschen Einheit. Ein unabhängiger Untersuchungsausschuss zu den gewalttätigen Ereignissen des 7./8. Oktober in Ost-Berlin etablierte sich, insgesamt nahm das bürgerschaftliche Engagement spürbar zu, und am 17. November wurde eine neue Regierung gebildet. Zwar gehörten ihr noch immer nur von der SED dominierte Kräfte an, doch allein der Umstand, dass die Partei zu einem solchen Schritt gezwungen war, zeigt nachdrücklich die Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Dieses Phänomen wurde überdeutlich, als am 7. Dezember erstmals der Zentrale Runde Tisch der DDR zusammentrat. Paritätisch besetzt und von kirchlichen Moderatoren geleitet, trafen hier alte und neue politische Kräfte unmittelbar aufeinander. Der Runde Tisch folgte einem Beispiel aus Polen. Auch dort hatte eine solche Institution schwierige Transformationszeiten überbrückt, ohne plebiszitäre Legitimation vorweisen zu können. Seine Legitimität speiste sich aus den revolutionären Entwicklungen des Jahres 1989, und so verstand er sich auch selbst: „Am Runden Tisch haben sich politische Kräfte des Landes versammelt. Wir gehen davon aus, daß keine dieser Kräfte, auch nicht die Volkskammer, und auch nicht die Regierung, eine hinreichende Legitimation durch freie und demokratische Wahlen hat. Sie können deshalb keine grundlegenden Entscheidungen für unser Land treffen. Der Runde Tisch kann keine Regierungsfunktion ausüben.“<sup>12</sup> Damit war *der* zentrale Punkt benannt: Die DDR brauchte dringend freie Wahlen, die eine legitime Regierung hervorbringen und damit die politische Instabilität sowie das offensichtlich vorhandene Macht- und Entscheidungsvakuum beenden würden. Am 18. März 1990 sollte es schließlich so weit sein, bis dahin blieb der Zentrale Runde Tisch (wie auch seine ungezählten Äquivalente in den Regionen) Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen alten und neuen Vereinigungen. Seine Sitzungen wurden live im DDR-Fernsehen übertragen. Damit wurde das Informationsmonopol der SED durchbrochen und eine Öffentlichkeit geschaffen, wie es sie in fast vierzig Jahren DDR nie gegeben hatte. Wie nicht anders zu erwarten, verliefen die Sitzungen äußerst kontrovers. Die SED klammerte sich an die Macht, die neuen Gruppierungen kämpften

<sup>12</sup> Vorlage 1/4 vom 7. Dezember 1989, Erklärung der Opposition: Selbstverständnis der oppositionellen Gruppierungen und Parteien, in: Uwe Thaysen (Hg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente*, Bd. I, Wiesbaden 2000, S. 13.

dagegen an und nutzten zugleich die Gelegenheit, die Verantwortung der langjährigen Monopolpartei für den maroden Zustand des Landes herauszustreichen. Trotz konträrer Standpunkte in vielen Sachfragen gelang es den Beteiligten schließlich, das angestrebte Wahlgesetz und weitere Regelungen vorzulegen, die von der Volkskammer verabschiedet und damit rechtlich bindend wurden. Nach insgesamt 16 Sitzungen stellte der Zentrale Runde Tisch im März 1990, kurz vor der ersten freien Volkskammerwahl, seine Arbeit ein.

Unter den vielfältigen Themen, denen er sich gewidmet hatte, kam einem eine ganz besondere Bedeutung zu: der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Als „Schild und Schwert“ der SED hatte es seit Jahrzehnten einen wesentlichen Anteil am umfassenden Überwachungs- und Unterdrückungssystem in der DDR. Demzufolge war es recht früh in den Fokus der oppositionellen Demonstranten geraten und seine Auflösung eine wesentliche Forderung der Friedlichen Revolution geworden. Nicht nur der Erhalt der Existenz, sondern auch die Vernichtung möglichst vieler Nachweise eigenen Fehlverhaltens war daher alsbald oberstes Ziel der Staatssicherheit. Bereits am 6. November hatte der zuständige Minister Erich Mielke (SED) formell die Beseitigung von Unterlagen angeordnet; daraus resultierte eine regelrechte Vernichtungssorgie, die auf jede denkbare Art erfolgte: Akten wurden verbrannt, zerstückelt, untergepflügt, auf Müllhalden verteilt. Das (sowie der Umstand, dass die neue Regierung unter Hans Modrow sich nicht bereit zeigte, dagegen einzuschreiten) brachte das Fass zum Überlaufen: Ab dem 4. Dezember 1989 besetzten Demonstranten überall in der DDR Dienststellen des MfS und trugen so wesentlich zum Ende des geheimen Agierens sowie der gesamten Institution bei.<sup>13</sup>

Ende des Jahres 1989 war die DDR kaum noch wiederzuerkennen: Die Alleinherrschaft der Einheitspartei war faktisch gebrochen, am 1. Dezember hatte die SED auch formell auf ihren bis dahin in der Verfassung fest-

<sup>13</sup> Vgl. dazu exemplarisch den Beitrag von Elena Demke und Peter Ulrich Weiß. Zu Berlin, wo die diesbezüglichen Aktivitäten entgegen langjähriger Annahme keineswegs erst am 15. Januar 1990 begannen: Jens Schöne, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, Berlin 2004. Allerdings besteht im gesamten Themenbereich noch umfassender Forschungsbedarf, bis die relevanten Fragen abschließend beantwortet werden können.

geschriebenen Führungsanspruch verzichtet. Ein Set aus oppositionellen Parteien und sonstigen Gruppierungen hatte sich herausgebildet, von denen die wichtigsten am Zentralen Runden Tisch ihre Zielstellungen einbrachten. Das Ministerium für Staatssicherheit befand sich in Auflösung, und es bestand Einigkeit, dass alsbald freie und geheime Wahlen stattfinden müssten. Keines dieser Phänomene war zwölf Monate zuvor zu erwarten gewesen. Das Jahr 1989 hatte sich als wahres *Annus mirabilis* erwiesen. Viel Unglaubliches war geschehen, vieles schien noch möglich. Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der bundesdeutschen Sozialdemokraten, brachte es im Dezember kritisch mahnend auf den Punkt: „Vor aller Augen, liebe Freunde, vollzieht sich ein Zusammenbruch der über 40jährigen SED-Herrschaft – mit viel Fehleinschätzungen, Unwahrhaftigkeit, Missachtung der Bürger: Eine gute Orientierung können wir nur geben, wenn wir uns hinreichend bewußtmachen, mit welch tiefgreifenden, ja revolutionären Umwälzungen wir es in Europa zu tun haben. Ja, erneut wird ein Jahr 89 – 1989 wie 1789 – als ein großes Jahr eingehen in die europäische Geschichte. (Beifall) Und es ist gut, sagen zu können: Die Deutschen waren dabei – jedenfalls nicht als Letzte, auch nicht mit dem geringsten Gewicht. (Beifall)“<sup>14</sup>

### **Epilog: Schein und Sein**

Auch der eingangs erwähnte Herr sah Grund zur Freude, denn er hatte seinen Sohn, wenn auch leicht verletzt, aus den Fängen der Staatssicherheit befreien können. Schließlich war er nicht irgendwer, sondern ein respektierter Theologe und Universitätsprofessor. Doch dann geschah das Ungeheuerliche. Plötzlich sah er sich selbst mit rüden Polizeimethoden konfrontiert und musste sich seiner Erinnerung nach gar als „Drecksau“ und „Drecksack“ beschimpfen lassen. Und das, obwohl er noch am Abend zuvor zum Empfang des Staatsrates geladen war! Er verkehrte mit den Mächtigen, er hatte bessere Behandlung verdient. Die Welt schien aus den Fugen. Entsprechend laut fiel sein Protest gegen die Willkürmaßnahmen aus. Erst einem übergeordneten Dienstgrad der Fußtruppen gelang es, den

<sup>14</sup> Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt, auf dem Programm-Parteitag der SPD in Berlin, 18. Dezember 1989, zitiert nach: Ilse Fischer (Hg.), *Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90*, Bonn 2009, hier S. 207.

Mann so weit zu beruhigen, dass er sich bereit zeigte, den Ort des Geschehens zu verlassen – nicht ohne anzukündigen, dass er sich beschweren und rechtliche Schritte vorbehalten würde. Sein letzter Satz, bevor er die Szene verließ, war jedoch ein anderer. Professor Heinrich Fink, von dem in Zukunft noch einiges zu hören sein würde, hielt es für notwendig, der Staatssicherheit Folgendes mit auf den Weg zu geben: „ich arbeite doch auch für euch“<sup>15</sup>.

Vieles war in der DDR auch 1989 nicht so, wie es auf den ersten Blick erschien.

<sup>15</sup> Bericht zur Personenkontrolle vom 11.10.1989, in BStU, MfS, HA IX, Nr. 8.738, Zitat Bl. 64.

*Klaus Bästlein*

## **Eine Fälschung zu viel.**

### **Die DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989**

Mitte 1989 galt die DDR vielen immer noch als Hort der Stabilität. Tatsächlich aber befand sich das Land in einer schweren Krise. Schon Anfang der 1980er Jahre hatte der wirtschaftliche Niedergang eingesetzt. Am Ende des Jahrzehnts spitzte sich auch die politische Situation zu. Die greise SED-Führung verstand die Zeichen der Zeit nicht mehr. Für den 7. Mai 1989 waren Kommunalwahlen angesetzt worden. Niemand in der DDR nahm das Ritual des so genannten Zettelfaltens, d.h. des Einwurfs der zunächst geknickten Stimmzettel in die Wahlurnen, besonders ernst. Denn eine „Wahl“ gab es bei den Einheitslisten ja nicht. Doch als die Opposition am 7. Mai 1989 nachweisen konnte, dass sogar noch die Ergebnisse dieser „Wahl“ manipuliert worden waren, löste sie Wut und Empörung aus. Das Ganze war eine Fälschung zu viel.<sup>1</sup>

Im Folgenden wird zunächst kurz der Entwicklung der Wahlen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR nachgegangen. Sodann soll die Stimmung im Vorfeld der Kommunalwahlen des Jahres 1989 skizziert werden. Anschließend wird die Durchführung der Wahlfälschungen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 offengelegt. Es folgt eine Darstellung der Aktivitäten der Opposition zu ihrer Entlarvung. Nachfolgend werden die Reaktionen von Staatssicherheit und DDR-Staatsanwaltschaften auf die Proteste und Anzeigen wegen Wahlfälschung behandelt. Weiter wird skizziert, wie die Aktionen gegen die Wahlfälschung direkt zum Beginn der Friedlichen Revolution führten. Auch die Strafverfahren wegen Wahlfälschung nach 1989 werden behandelt. Schließlich erfolgt eine historische Einordnung in Hinblick auf die Bedeutung der Ereignisse für die Friedliche Revolution im Herbst 1989.

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf einem Vortrag bei der Veranstaltung „Gefälschtes Zettelfalten“ am 29. April 2009 im Französischen Dom zu Berlin.

## 1. Die Vorgeschichte: Wahlen in der SBZ und der DDR

Die letzten halbwegs freien Wahlen fanden in der SBZ/DDR am 20. Oktober 1946 statt. Schon diese Wahlen wiesen problematische Begleitumstände auf: Das gilt für die vorangegangene Zwangsvereinigung von SPD und KPD, das darauf gegründete Verbot einer Kandidatur der SPD und zahlreiche Manipulationen im Wahlkampf zugunsten der SED. Die gleichzeitig stattfindenden Gesamtberliner Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, bei denen das Verbot der SPD wegen der Westalliierten nicht durchgesetzt werden konnte, offenbarten die wahren Kräfteverhältnisse: Die SPD erhielt 48,7 % und die SED nur 19,8 % der Stimmen. Trotz aller Manipulationen kam die SED in den fünf ostdeutschen Ländern im Oktober 1946 insgesamt nur auf 47,5 % der Stimmen; allein in Sachsen erreichte sie die absolute Mehrheit der Mandate. Damit war für Walter Ulbricht klar, dass es keine ergebnisoffenen Wahlen mehr geben durfte.<sup>2</sup>

Das wichtigste Instrument dafür war die Bildung von Einheitslisten. Sie wurden von der „Nationalen Front“ zusammengestellt, der alle Parteien und politischen Massenorganisationen angehörten. Auch hier beanspruchte die SED eine „führende Rolle“. Mit den Einheitslisten wurde der Proporz der Parteien untereinander unabhängig vom Wahlausgang festgelegt. Die Bürger hatten keine Wahl mehr: Sie konnten der Liste nur zustimmen – oder sie ablehnen. Ulbricht frohlockte: „Da wir uns alle einig sind, gehen wir zur Wahl!“ Es wurde immer schwieriger, den Wahlen fernzubleiben, da die SED sich ja ihre Politik bestätigen lassen wollte. So sollten alle Bürger an die Urnen gebracht werden. Hausgemeinschaften marschierten kollektiv in die Wahllokale. Dort wurde ein bloßes Knicken und Einwerfen der Wahlzettel in die Urnen erwartet. Nicht selten fehlten Wahlkabinen. Ihre Benutzung konnte zum Spießrutenlauf werden, den die Staatssicherheit registrierte.<sup>3</sup> Bei politischen Strafverfahren wurde darauf in den „Schlußberichten“ hingewiesen, denen die Anklagen zu folgen

<sup>2</sup> Siehe Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, 4. Aufl., München 2006, S. 18.

<sup>3</sup> Siehe hierzu vor allem Michael Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000, S. 75-111.

hatten. Die Nutzung von Wahlkabinen konnte so strafverschärfend wirken.<sup>4</sup>

Doch das alles reichte der SED-Führung nicht. Die Zustimmung sollte auch noch von Wahl zu Wahl steigen. Schon in den 1970er Jahren kursierte daher in der DDR der Witz, dass die begeisterte Zustimmung der Bevölkerung bei der nächsten Wahl zum ersten Mal planmäßig die 100-Prozent-Marke übersteigen werde. Dabei kam diese Vorstellung der Realität recht nahe, wie noch zu zeigen sein wird. Denn tatsächlich waren die Wahlen bloßes Theater. In den 1950er und 1960er Jahren wurden die Ergebnisse vor allem beim Auszählen in den Wahllokalen manipuliert. Seit den 1970er Jahren vollzog sich das bei den Wahlkommissionen auf der Kreis- bzw. Stadtbezirksebene, die die Ergebnisse aus den Wahllokalen durch vorgegebene Zahlen ersetzten und diese weitermeldeten. Es folgte die rasche Vernichtung der Wahlunterlagen.<sup>5</sup>

Niemand glaubte an die fast 100-prozentige Zustimmung zum Regime. Aber der Wahlbetrug war nicht nachweisbar. Erst zu den Volkskammerwahlen 1986 kamen Oppositionelle um Pfarrer Rainer Eppelmann auf die Idee, durch Überwachung der Stimmauszählungen den Nachweis der Manipulation zu führen. Beobachtet wurden Auszählungen im Berliner Bezirk Friedrichshain. Hier konnte schon 1986 in vier Wahllokalen festgestellt werden, dass der Anteil der ungültigen und ablehnenden Stimmen mit 10 bis 15 % viel höher lag als die offiziellen Ergebnisse, die auch im Bezirk Friedrichshain fast 100 % Zustimmung auswiesen. Allerdings wurden die Ergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen nicht bekannt gemacht. Anhand der vier überwachten Wahllokale konnte nicht auf den Stadtbezirk mit über achtzig Wahllokalen geschlossen werden. So hatte sich zwar der Verdacht der Wahlfälschung erhärtet, aber er war nicht bewiesen.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Angaben von Dr. Peter Przybylski, bis 1990 Staatsanwalt und Pressesprecher bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, bei der Veranstaltung „Gefälschtes ‚Zettelfalten‘“ am 29. April 2009.

<sup>5</sup> Siehe hierzu im folgenden Kapitel 3.

<sup>6</sup> Vgl. Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 221-225.

## **2. Die Situation in der DDR vor den Kommunalwahlen im Mai 1989**

In der DDR standen 1989 turnusmäßig Kommunalwahlen an. Das Politbüro hatte sie bereits am 24. Mai 1988 auf den 7. Mai 1989 terminiert. Am 27. Januar 1989 folgte der Wahlauftrag des Nationalrates der Nationalen Front. Die Parteiführung wollte ihre Politik einmal mehr legitimieren lassen. Das galt in Hinblick auf den bevorstehenden 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989. Und es galt wegen der politischen Veränderungen in Osteuropa und des Verzichts auf jegliche Reformen in der DDR. Um dies zu bestätigen, durften die Ergebnisse nicht schlechter ausfallen als bei den vorherigen Wahlen. Zur Vorbereitung erfolgten Kandidatenaufstellungen der „Nationalen Front“. Landauf und landab fanden entsprechende Vorstellungen statt. Wahlmüde Bürger sollten von SED-Trupps notfalls an die Urnen begleitet werden. Auch der Einsatz „fliegender Wahlurnen“ in Pflegeheimen und Krankenhäusern wurde vorbereitet.<sup>7</sup>

Und doch war vieles anders als bei vorherigen „Wahlen“ in der DDR. Da waren zunächst die seit Anfang der 1980er Jahre entstandenen oppositionellen Gruppen. Sie berieten schon zu Beginn des Jahres 1989, wie sie auf die angesetzten „Wahlen“ reagieren sollten. Am 8. Januar 1989 riefen bekannte Berliner Oppositionelle dazu auf, unabhängige Kandidaten aufzustellen. Unterzeichner waren Stephan Bickhardt, Ludwig Mehlhorn, Martin Böttger, Wolfgang Ullmann, Hans-Jürgen Fischbek, Wolfgang Apfeld, Rainer Flüge, Reinhard Lampe und Peter Hilsberg. Ulrike Poppe und Stephan Bickhardt waren bereit, im Stadtbezirk Prenzlauer Berg zu kandidieren. Am 31. Januar 1989 suchten sie beim Rat des Stadtbezirks um eine Wählbarkeitsbescheinigung nach. Doch schon die Herausgabe einer solchen Bescheinigung wurde verweigert. Die Parteien und Massenorganisationen aber stellten niemanden ohne eine Wählbarkeitsbescheinigung auf. So scheiterte die Kandidatur, noch bevor sie begonnen hatte.<sup>8</sup>

Bei den Veranstaltungen zur Präsentation der Kandidaten kam es anders als vor 1989 zu offenen Diskussionen. Die Stimmung im Lande hatte sich weiter verschlechtert. Das MfS berichtete der SED-Spitze, dass im Zentrum der Kritik die Versorgungslage stand, gefolgt vom Verlangen nach

<sup>7</sup> Zur Durchführung der Wahlen siehe Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 175-211.

<sup>8</sup> Ebd., S. 253-256.

Reisefreiheit und der Forderung nach politischen Reformen.<sup>9</sup> Viele empörten sich über die zunehmenden Versorgungsengpässe und wurden immer aggressiver. Sogar die vermehrten Genehmigungen für Reisen in die Bundesrepublik „in dringenden Familienangelegenheiten“ verschlechterten die Stimmung. Denn die West-Besucher lieferten danach „euphorische Schilderungen über das Warenangebot, das Niveau der Service- und Dienstleistungen und des Verkehrswesens sowie den Zustand der Produktionsabläufe“ im Westen. In der DDR könne der Rückstand „nicht aufgeholt werden“. Hinzu kam der „Gorbatschow-Faktor“, d.h., die Bürger verlangten eine „schonungslose Auseinandersetzung mit Mängeln und Mißständen“.<sup>10</sup>

Darüber wurde auch bei den Kandidatenvorstellungen debattiert. Nicht nur in Berlin kam es zu Forderungen nach der Aufstellung von Gegenkandidaten. In Neuglobsow bei Rheinsberg wurden nach Protesten sogar 6 der 24 Kandidaten ausgewechselt, die aus persönlichen Gründen als ungeeignet galten. Ein Journalist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hatte darüber in seiner Zeitung berichtet.<sup>11</sup> Andernorts registrierte das Ministerium für Staatssicherheit, dass politisch unzuverlässige Personen kandidieren wollten, z.B. kritische Mitglieder der Blockpartei CDU in Altefähr und Glowe auf Rügen.<sup>12</sup> Die Bürger äußerten sich bei den Veranstaltungen im Frühjahr 1989 zunehmend frei und offen. Das Regime und seine „führende Partei“ konnten die Kritik nicht mehr abwürgen.

Der offizielle Wahlaufruf vom 27. Januar 1989 hatte zudem eine Flut von Eingaben ausgelöst. Das war auch bei früheren „Wahlen“ in der DDR der Fall. Der Grundtenor lautete: Ihr bekommt unsere Stimmen nur, wenn wir dafür endlich eine angemessene Wohnung, das seit Jahren bestellte Auto oder die abgelehnte Westreise erhalten. Neu war 1989, dass ganze Kollektive und Dorfgemeinschaften für solche Eingaben mit ihren Unterschriften

<sup>9</sup> Siehe jetzt Jens Giesecke, „Seit langem angestaute Unzufriedenheit breitet sich in den Bevölkerungskreisen“ – Das Volk in den Stimmungsberichten der Staatssicherheit, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 130-148.

<sup>10</sup> Zitate ebd., S. 136f.

<sup>11</sup> Siehe Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 322f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 323.

einstanden. Viele dieser Eingaben dokumentierten den wirtschaftlichen Niedergang in der DDR. So drohten 20 Familien aus dem Dorf Dersekow bei Greifswald mit Wahlverweigerung, wenn ihr Ortsteil nicht endlich Telefonanschlüsse erhalten würde. Im Dorf Wusterhausen im Kreis Greifswald drohten sogar 60 Familien mit Wahlboykott, wenn die einzige Straße nicht ordentlich instand gesetzt würde.<sup>13</sup> Die kaputte Infrastruktur des Landes, das seit einem Jahrzehnt von seiner wirtschaftlichen Substanz lebte, fiel auf ihre Verursacher zurück. 1989 wurden allein im Zusammenhang mit den Wahlen 40.000 (!) solcher Eingaben gemacht.

Im Vorfeld der Wahlen kam es auch zu einer Welle von politischen Kundgebungen gegen das SED-Regime. So wurden in vielen Städten Transparente und Parolen wie „Stell Dir vor, es ist Wahl, und keiner geht hin!“ angebracht.<sup>14</sup> Meist dauerte es nicht lange, bis sie wieder entfernt worden waren. Aber die Staatssicherheit registrierte die starke Zunahme solcher Vorgänge mit Sorge. In Rostock erklärte ein Arzt beispielsweise: „Dieser Staat sperrt uns alle ein. Ich habe nichts verbochen und darf nicht dorthin fahren, wohin ich möchte. Ich werde dafür bestraft, dass ich täglich meiner Arbeit nachgehe und werde nicht zur Wahl gehen. Ich kann doch nicht meine eigenen Gefängniswärter wählen.“<sup>15</sup> In Neubrandenburg wurden sogar Flugblätter eines „Bundes unabhängiger Bürger“ in hoher Auflage verteilt, in denen es hieß: „Sind Sie unzufrieden mit: der Versorgung von Wohnungen, Möbeln, Kraftfahrzeugen, Industriewaren, Südfrüchten, dem Lohngefüge? Dann gehen Sie nicht zur Wahl. Unser Ziel: Wahlbeteiligung 50 %.“<sup>16</sup> Die Verfasser konnten nicht ermittelt werden.

### **3. Die Durchführung der Wahlfälschung am 7. Mai 1989**

Wahlen in der DDR wurden seit 1949 gleich mehrfach gefälscht. Zunächst erfolgte durch die Einheitslisten die Sitzverteilung, so dass der Ausgang der Wahlen feststand. Das war die erste Fälschung. Sodann wurde in immer größerem Umfang von Sonderwahllokalen Gebrauch gemacht. Dort konnten Bürger einige Wochen vor dem Wahltermin ihre Stimme abgeben, da es in der DDR keine Briefwahl gab. 1989 taten das

<sup>13</sup> Ebd., S. 321.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ebd., S. 320.

<sup>16</sup> Ebd., S. 322.

über 700.000 Menschen. Die Auszählung ihrer Stimmen erfolgte nicht öffentlich – und sie galten als „Polster“ zur Aufbesserung der Ergebnisse. Dass in den Sonderwahllokalen fast keine ungültigen oder ablehnenden Stimmen ausgewiesen wurden, war die zweite Fälschung.<sup>17</sup> Die Zustimmung von fast 100 % der Bevölkerung ließ sich aber nur durch die Vorgabe entsprechender Ergebnisse auf Kreis- bzw. Stadtbezirksebene fingieren. Das war die dritte Fälschung. Die Abläufe wurden in den wegen Wahlfälschung durchgeführten Ermittlungs- und Strafverfahren offengelegt.<sup>18</sup> Der zeitgeschichtlichen Literatur ist bisher jedoch kaum zu entnehmen, wie die falschen Zahlen zentral festgelegt, vor Ort als „Wahlergebnisse“ übernommen und dann weitergemeldet wurden.<sup>19</sup> Im Folgenden wird die Durchführung des Wahlbetrugs in Berlin und Dresden anhand der von der Justiz hierzu gewonnenen Erkenntnisse geschildert.

Es begann mit der Anleitung der für Wahlangelegenheiten zuständigen 2. Sekretäre der SED in den Bezirken durch das Politbüromitglied Horst Dohlus. Er hielt am 9. Februar 1989 eine 65 Schreibmaschinen-Seiten zählende Rede und forderte „eine überwältigende Stimmabgabe und Zustimmung für die Kandidaten der Nationalen Front ... und ein machtvolles Vertrauensvotum zu ihrem sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern ...“. Unter Hinweis auf die Kommunalwahlen 1984 (Beteiligung: 99,38 %, Zustimmung: 99,88 %) und die Volkskammerwahl 1986 (Beteiligung

<sup>17</sup> Siehe Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 106-108.

<sup>18</sup> Das gilt vor allem für die Verfahren 28/2 Js 1985/91 der Staatsanwaltschaft II Berlin wegen der zentralen Verantwortlichkeit für die Wahlfälschungen (Anklage vom 1.6.1995, eingestellt 31.10.1997), 77 Js 103/90 der Staatsanwaltschaft Berlin wegen der Vorgänge in Berlin (Urteil des AG Tiergarten vom 8.9.1993) und 51 Js 4048/91 der Staatsanwaltschaft Dresden wegen der Vorgänge in Dresden (Urteil des Landgerichts Dresden vom 27.5.1993, des Bundesgerichtshofes vom 3.11.1994 und wiederum des Landgerichts Dresden vom 9.8.1995), alle wiedergegeben in: Klaus Marxen / Gerhard Werle (Hg.), Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 1: Wahlfälschung, Berlin, New York 2000, S. 235-336 (Dresden), S. 373-387 (Berlin) und S. 398-457 (Zentrale Verantwortlichkeit).

<sup>19</sup> Vgl. nur Kowalczyk, Endspiel; Ehrhart Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008. Eine positive Ausnahme findet sich bei: Michael Richter, Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009. Die vorherrschende Ignoranz der Historiker gegenüber Justizakten ist bedauerlich.

99,74 %, Zustimmung: 99,94 %) erklärte Dohlus, dass die Wahl nicht schlechter ausfallen dürfte.<sup>20</sup> Er wiederholte dies in einer Rede vor den 2. Sekretären am 27. April 1989. Dabei verlangte Dohlus eine genaue Beachtung der Wahlvorschriften, da „feindlich-negative, oppositionelle Kräfte, darunter auch reaktionäre kirchliche Amtsträger“ den Ablauf beobachten wollten. Es sollte aber das „bestmögliche Ergebnis“ erzielt werden. Die 2. Parteisekretäre aus Berlin und Dresden erklärten, dass die letzten Wahlergebnisse nicht wieder zu erreichen seien. Doch Dohlus ging darüber hinweg. Er machte so deutlich, dass die Ergebnisse nötigenfalls zu manipulieren waren.<sup>21</sup>

Auch auf der staatlichen Ebene wurden entsprechende Vorbereitungen getroffen. Im Dezember 1988 war die zentrale Wahlkommission unter dem Vorsitz von Egon Krenz gebildet worden. Er beriet die Durchführung der Wahlen und ihr Ergebnis nicht nur mit Honecker, sondern auch mit dem Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen beim ZK, Dr. Klaus Sorgenicht, und dem Leiter derselben Abteilung beim Staatsrat, Dr. Hans-Joachim Semler. Letzterer wies die Sekretäre der Bezirkswahlkommissionen am 28. April 1989 auf die Sonderwahllokale als „Reservoir“ für die Ergebnisse hin. Er erklärte, dass nur wenige Personen die Wahlergebnisse feststellen und weitermelden sollten. „Änderungen der Gegenstimmen in ungültige Stimmen“ bezeichnete er als möglich. Die Grundfrage laute: „Was kann ich mir leisten?“. Je nachdem sollten unter Beachtung der letzten „Wahlen“ die Ergebnisse ausfallen. Egon Krenz übermittelte noch am 2. Mai 1989 „Grundsätze“ für die Auszählung der Stimmen, die nur mündlich bekannt gemacht werden durften und Anleitungen zur „individuellen“ Manipulation bei der Zuordnung der Stimmzettel enthielten.<sup>22</sup>

In Berlin hielten die Spitzen von SED und Verwaltung ein Erreichen des Ergebnisses der letzten Kommunalwahlen ohne Manipulationen nicht für möglich. Doch als dies verlangt wurde, entschlossen sich SED-Chef Günter Schabowski, sein 2. Sekretär Helmut Müller, Oberbürgermeister Erhard Krack und dessen 1. Stellvertreterin Hannelore Mensch, die Wahlfälschung durchzusetzen. Hannelore Mensch erarbeitete Zahlenvorgaben für

<sup>20</sup> Anklage der Staatsanwaltschaft II Berlin zum Aktenzeichen 28/2 Js 1985/91, in: Marxen / Werle, Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 1: Wahlfälschung, S. 405-408.

<sup>21</sup> Ebd., S. 412-415.

<sup>22</sup> Ebd., S. 416-423.

die Stadtbezirke und übermittelte sie am 2. und 3. Mai 1989 dorthin. Am 4. Mai 1989 fand eine Zusammenkunft statt, bei der die Teilnehmer auf die vorgegebenen Ergebnisse eingeschworen werden sollten, was „letzte Ölung“ genannt wurde. Es nahmen alle 1. Kreissekretäre und Stadtbezirksbürgermeister bzw. deren Vertreter teil. Schabowski forderte ein „bestmögliches“ Wahlergebnis. Er drohte, schlechte Ergebnisse führten zu „Kaderveränderungen“. Damit war klar, dass die realen Wahlergebnisse durch die vorgegebenen Zahlen zu ersetzen waren. Als der Bezirksbürgermeister Gnilka seinem Unmut darüber Luft machte, raunte Oberbürgermeister Krack ihn an, er möge nicht zuletzt noch „weiche Knie“ bekommen.<sup>23</sup>

Die Umsetzung erfolgte in den Stadtbezirken je nach Erfahrung, Mentalität und Skrupel der Beteiligten. Dabei wurden den Berichten der Wahlkommissionen durchweg die vorgegebenen Zahlen zugrunde gelegt. Der Bezirksbürgermeister von Hellersdorf rief jedoch bei Frau Mensch an und verlangte eine Verdoppelung „seiner“ Nein-Stimmen auf 800, die ihm gewährt wurde, wobei sich deren tatsächliche Zahl auf 1.900 belief. In Marzahn trug der Bezirksbürgermeister auf eigene Faust 150 Gegenstimmen nach, weil die reale Zahl viel höher lag. Im Prenzlauer Berg vermerkte Bezirksbürgermeister Gnilka die vorgegebenen 1.998 Gegenstimmen, deren Zahl tatsächlich hier viel höher lag. Auch der 1. Sekretär der SED im Bezirk Friedrichshain verlangte als Wahlleiter telefonisch mehr Gegenstimmen. Das wurde ihm jedoch verwehrt. Erst als die Beobachtung der Auszählungen in Friedrichshain bekannt wurde, durfte die Zahl der Nein-Stimmen von 1.200 auf 1.601 erhöht werden – tatsächlich waren es etwa 4.500. Der Bezirksbürgermeister von Mitte ging ins Rote Rathaus. Doch Frau Mensch gestattete nur eine kleine Erhöhung der Gegenstimmen.<sup>24</sup>

In Pankow kam es zu einer Erhöhung des Quorums an Gegenstimmen, das ursprünglich nur 0,4 % betragen sollte, auf 1,4 %, während tatsächlich 6 bis 10 % Gegenstimmen abgegeben worden waren. Für Weißensee wurden 1.000 Gegenstimmen an-, aber über 2.000 abgegeben. Hier war es Oberbürgermeister Krack persönlich, der entschied, dass trotz der Über-

<sup>23</sup> Ebd., S. 423-426.

<sup>24</sup> Urteil des AG Tiergarten vom 8.9.1993 zum Aktenzeichen (215) 77 Js 103/90 Ls (19/93) wegen der Vorgänge, in: Marxen und Werle, Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 1: Wahlfälschung, S. 381ff.

wachung der Auszählungen nur 1.011 Gegenstimmen angegeben wurden. Für Treptow waren 650 Gegenstimmen vorgesehen. Der Bezirksbürgermeister ging ebenfalls ins Rote Rathaus, als das Ergebnis stark abwich. Bei einem Gespräch mit Frau Mensch, zu dem Krack hinzukam, wurde eine Erhöhung des Kontingents um 150 bis 200 Stimmen zugestanden. Später gab es noch einen „Zuschlag“ von 100 Stimmen. In den Wahlbericht wurden dann 950 Gegenstimmen eingetragen – tatsächlich waren es etwa 2.800. In Köpenick wurden wie vorgegeben 1.406 Gegenstimmen angegeben, tatsächlich waren es etwa 2.600.<sup>25</sup> Es folgte die Weiterleitung der manipulierten Berichte der Wahlkommissionen an die Berliner Bezirkswahlkommission, die die „Ergebnisse“ dann an die Zentrale Wahlkommission meldete.

In Dresden gab es innerhalb von Partei und Staat auf allen Ebenen noch größere Widerstände gegen die Wahlmanipulationen als in Berlin. So sprach sich der Dresdener Oberbürgermeister Hans Berghofer gegen jede Manipulation aus. Dabei rechnete er mit einer Wahlbeteiligung von nur 91 % und 12 % Gegenstimmen. Wie Bezirksparteichef Dr. Hans Modrow intervenierte er bis zum 7. Mai 1989 wiederholt in Berlin. Doch Egon Krenz, Horst Dohlus und andere Verantwortliche verlangten auch für Dresden „bestmögliche“ Ergebnisse. So setzten Modrow und Berghofer die Fälschungen um. Allerdings gab es in Sachsen überall massive Widerstände. Modrow musste an die Parteidisziplin appellieren und bezeichnete die Fälschung der Wahlergebnisse sogar als „Parteiauftrag“. Ähnlich verfuhr Berghofer, der zunächst die Ergebnisse aus den Sonderwahllokalen manipulieren ließ. Danach setzte er bei seinen fünf Dresdener Stadtbezirksbürgermeistern durch, dass am Ende zwischen 2,18 und 2,84 % Gegenstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 97,4 bis 98,1 % gemeldet wurden, obwohl die Zahl der Gegenstimmen durchweg deutlich über 15 % lag.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Ebd., S. 383f.

<sup>26</sup> Urteil des Landgerichts Dresden zum Aktenzeichen 3 (c) KLS 51 Js 4048/91 vom 27.5.1993, in: Marxen und Werle, Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 1: Wahlfälschung, S. 235-312, Zahlenangaben S. 274f.

#### **4. Die Beobachtung der Kommunalwahlen durch die Opposition und die Proteste gegen ihre Fälschung**

Die DDR-Opposition hatte seit Anfang 1989 über ihr Vorgehen bei den Kommunalwahlen diskutiert. Nachdem die Aufstellung eigener Kandidaten gescheitert war, konnte es nur noch darum gehen, die Wahlen zu boykottieren oder gegen die Einheitslisten zu stimmen. Welcher dieser beiden Wege der richtige war, blieb umstritten. Empfohlen wurde daher nur, dem Regime die Zustimmung auf die eine oder andere Weise zu versagen. Im Rahmen der Diskussionen fand aber eine organisierte Wahlbeobachtung immer mehr Zuspruch. Vor allem in den drei Berliner Stadtbezirken Weißensee, Friedrichshain und Prenzlauer Berg wurde eine umfassende Beobachtung der Stimmauszählungen angestrebt. Träger der Aktion waren der Friedenskreis Weißensee, der Friedenskreis Samariter im Friedrichshain und die Arche-Wahlgruppe im Prenzlauer Berg. Auch in Dresden entwickelte sich eine entsprechende Initiative. Das Motto der Aktivisten bei Überwachung der Auszählungen lautete: „Mit Bleistift und Lineal gehen wir zur Wahl“.

Am Abend des 7. Mai 1989 fand in Berlin sogar eine „Wahlparty“ statt. Die „Kirche von Unten“ richtete sie in der Elisabethkirche an der Invalidenstraße in Berlin-Mitte aus. Daran nahmen auch Korrespondenten westlicher Medien teil. Vertreten waren unter anderem die ARD, „Der Spiegel“, „Die Zeit“, „Frankfurter Rundschau“ und DPA.<sup>27</sup> Immerhin konnten die Auszählungen im Stadtbezirk Weißensee in 66 von 67 Wahllokalen, im Stadtbezirk Friedrichshain in 80 von 87 Wahllokalen und im Stadtbezirk Prenzlauer Berg in 41 von 120 Wahllokalen verfolgt werden. Festgestellt wurden Gegenstimmen in der Größenordnung von 6,6 % (Friedrichshain) bis 11,3 % (Prenzlauer Berg). Auf der Wahlparty gab es dafür Beifall. Ungläubiges Staunen, blankes Entsetzen und unbändige Wut ertete Egon Krenz, als er im Fernsehen der DDR das offizielle Ergebnis mit 1,15 % Gegenstimmen bekannt gab. Viele waren entschlossen, diese Fälschung nicht hinzunehmen. Eine neue Protestbewegung entstand noch in der Wahlnacht.

<sup>27</sup> Siehe Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 286f.

Im Einzelnen wurden in Berlin folgende Stimmergebnisse festgestellt:

<b>Weißensee:</b>	Auszählung (66 von 67)	Offizielles Gesamt- ergebnis
Abgegebene Stimmen:	27.680	43.042
Ungültige Stimmen:	46	24
Für den Wahlvorschlag:	25.410	42.007
Gegen den Wahlvorschlag:	2.224	1.011
<b>Friedrichshain:</b>	Auszählung (80 von 87)	Offizielles Gesamt- ergebnis
Abgegebene Stimmen:	71.704	85.377
Ungültige Stimmen:	133	113
Für den Wahlvorschlag:	66.712	83.653
Gegen den Wahlvorschlag:	4.721	1.611
<b>Prenzlauer Berg:</b>	Auszählung (41 von 120)	Offizielles Gesamt- ergebnis
Abgegebene Stimmen:	23.482	107.739
Ungültige Stimmen:	37	127
Für den Wahlvorschlag:	20.768	105.614
Gegen den Wahlvorschlag:	2.659	1.998 <sup>28</sup>

Durch die Überwachung der Auszählungen und die Addition der Ergebnisse sowie deren Vergleich mit den offiziellen Zahlen konnte der Wahlbetrug erstmals nachgewiesen werden. Denn wenn in 66 von 67 Wahllokalen in Weißensee 2.224 Gegenstimmen gezählt worden waren, dann musste die Angabe von 1.011 Gegenstimmen für den ganzen Stadtbezirk gefälscht sein. Nicht anders verhielt es sich in Friedrichshain, wo in 80 von 87 Wahllokalen 4.721 Gegenstimmen gezählt wurden, im Ergebnis für den ganzen Bezirk aber nur 1.611. Auch im Prenzlauer Berg war die Fälschung offensichtlich, wenn in 41 der 120 Wahllokale 2.659 Gegenstimmen gezählt wurden, das Gesamtergebnis aber nur 1.998 aufwies. Ähnlich verhielt es sich in Dresden. Dort konnte die Auszählung in 227

<sup>28</sup> Zahlenangaben nach: Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 vom 19. Mai 1989, ohne Verfasserangabe, Kopie in: Archiv der Staatsanwaltschaft II Berlin, Az. 2 Js 245/90, Bd. 24, Bl. 80f.

der 444 Wahllokale verfolgt werden. In den 227 Wahllokalen wurden 12.379 Gegenstimmen bei insgesamt 104.727 Stimmen abgegeben. Im Wahlergebnis hieß es aber, dass in ganz Dresden nur 9.571 Gegenstimmen bei 389.569 Stimmen festgestellt wurden. Auch das war offener Wahlbetrug.

Der Nachweis von Fälschungen beflügelte die Wahlbeobachter und löste einen nachhaltigen Aktivierungsschub aus. Es folgte die Errichtung einer eigenen Koordinierungsgruppe, in der vor allem Mario Schatta und Evelyn Zupke aktiv waren. Schon am 19. Mai 1989 stellte die Gruppe eine erste dreiseitige Dokumentation vor, die die unabhängig ermittelten Wahlergebnisse den offiziellen gegenüberstellte.<sup>29</sup> Dieser „Bericht über die Kommunalwahlen 1989“ wurde überall in der DDR verbreitet. Ende Mai erschienen im Heft 3/1989 der „Umweltblätter“ die Zahlen und eine Protesterklärung, der sich 18 Gruppen angeschlossen hatten. Damit bekam die Wahlbewegung eine neue Dimension. Bald gingen bei der Koordinierungsgruppe täglich Zahlen und Gedächtnisprotokolle aus der ganzen DDR ein, die die Manipulationen detailliert und flächendeckend nachwiesen. Anfang Juni wurde mithilfe der Berliner Umweltbibliothek eine 30-seitige Dokumentation mit dem Titel „Wahlfall 89“ fertiggestellt. Die Koordinierungsgruppe stellte sie am 8. Juni 1989 in der Berliner Gethsemanekirche bei einer Veranstaltung vor, an der 1.500 Menschen teilnahmen. Die Opposition begann, sich und ihren Protest landesweit zu vernetzen.<sup>30</sup>

Schon bei der Berliner „Wahlparty“ war ein „Einspruch“ gegen das Ergebnis der Kommunalwahlen formuliert worden, der öffentlich verbreitet wurde. In den Folgetagen kam es zu einer regelrechten Flut von Eingaben an örtliche Partei- und Staatsorgane, Volksvertretungen aller Ebenen, die Wahlkommission der Republik, die Nationale Front, die Blockparteien, das ZK der SED, den Staatsrat und Erich Honecker persönlich. Allein an Egon Krenz waren 300 Protestschreiben gerichtet. Selbst linientreue SED-Mitglieder wandten sich an ihn als Vorsitzenden der Wahlkommission. Darüber hinaus wurden Strafanzeigen wegen Wahlfälschung bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR erstattet – u. a. von Rainer Eppelmann

<sup>29</sup> Siehe Anm. 29.

<sup>30</sup> Siehe Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 287-290.

und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“.<sup>31</sup> Die Menschen ließen nicht mehr locker. Sie waren bereit, persönliche Nachteile hinzunehmen, um den Wahlbetrug öffentlich zu machen. Viele fühlten sich in ihrer Würde getroffen, als die Manipulationen offensichtlich wurden. Bis heute ruft Wahlbetrug überall auf der Welt nachhaltige und heftige Proteste hervor. Denn es sind die eigenen Stimmen, die beim Wahlbetrug missbraucht werden.

## 5. Die Reaktionen der Staatssicherheit auf die Proteste

Der Staatssicherheit waren die Initiativen zur Beobachtung der Kommunalwahlen nicht entgangen. Am 21. April 1989 meldete die „Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe“ des MfS „Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte im Zusammenhang mit der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989“. In dem Bericht wurde auch auf die Absicht der genannten Kräfte hingewiesen, „allein bzw. organisiert auf Gruppenbasis den Ablauf der Wahlhandlungen und die öffentliche Auszählung der Stimmen zu beobachten, um so angebliche Wahlmanipulationen nachweisen und dokumentieren zu können.“<sup>32</sup> Erich Mielke erklärte dazu auf der „Zentralen Dienstbesprechung“ am 28. April 1989: „Ich wiederhole: Konsequenz vorbeugend zu verhindern sind vor allem öffentlichkeitswirksame, provokatorisch-demonstrative Aktivitäten am 1. und 8. Mai sowie zu den Kommunalwahlen ...“. Weiter führte er aus: „So wollen beispielsweise Kräfte im sog. Weißenseer Friedenskreis eine ‚flächendeckende‘ Kontrolle der Wahllokale im Stadtbezirk Weißensee organisieren.“ Mielke forderte, daraus die nötigen „Schlussfolgerungen“ zu ziehen.<sup>33</sup> Das geschah jedoch nicht. Jedenfalls geschah nichts, um etwa die Kontrolle der Stimmauszählungen zu verhindern. Offenbar vermochte sich niemand – auch Mielke nicht – vorzustellen, wie sehr die Legitimität der SED-Diktatur durch die „flächendeckenden“ Kontrollen und den Nachweis des Wahlbetrugs untergraben werden sollte.

Auch der erste Bericht seiner „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ an das SED-Politbüro zum „Verlauf der Kommunalwahl“ vom

<sup>31</sup> Ebd., S. 280ff.

<sup>32</sup> BStU, ZA, ZAIG, Bl. 5.

<sup>33</sup> BStU, ZA, ZAIG 8677, Bl. 71 und S. 76f.

8. Mai 1989 enthielt noch keinen Hinweis auf die politische Sprengkraft der Wahlbeobachtung. Die Überwachung der Stimmauszählungen in vielen Berliner Wahllokalen fand ebenso Erwähnung wie die „Wahlparty“ in der Elisabeth-Kirche. Zudem wurden viele oppositionelle Aktivitäten am Wahltag aufgezählt.<sup>34</sup> Nur allmählich dämmerte es SED und MfS, was mit dem Wahlbetrug losgetreten worden war. Berichte in den West-Medien und wütende Reaktionen der Bevölkerung lösten hektische Aktivitäten aus. Dabei kam es wiederholt zu Beratungen zwischen Krenz und Mielke. So war eine Konkurrenzsituation zwischen der Abteilung Staat und Rechtsfragen beim ZK unter Dr. Klaus Sorgenicht und der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS unter Dr. Werner Irmeler entstanden. Beide arbeiteten an Vorgaben zum Umgang mit den Protesten gegen den Wahlbetrug. Mielke ordnete an, dass die Vorlage aus dem ZK Priorität haben sollte. Allerdings waren die Unterschiede auch nicht sehr groß.

Am Ende stand das Schreiben Mielkes vom 19. Mai 1989 an die Leiter sämtlicher Dienstseinheiten des MfS (VVS 0008 38/39), in dem über „provokatorische Handlungen zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen“ berichtet wurde. Darin erklärte Mielke, dass bereits eine „Öffentliche Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989“, unterzeichnet von 18 ... kirchlichen Basisgruppen überwiegend aus der Hauptstadt der DDR Berlin (verbreitet wird).“ Dabei handelte es sich um die bereits erwähnte Veröffentlichung in den „Umweltblättern“ Nr. 3/1989. Mielke weiter: „Diese ‚Öffentliche Stellungnahme‘, initiiert durch solche hinlänglich bekannten Inspiratoren / Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und reaktionäre kirchliche Amtsträger wie Werner Fischer, Ulrike Poppe und Frank-Herbert Mißlitz sowie die Pfarrer Simon (Zionsgemeinde) und Schneider (Elisabeth-Kirchengemeinde), soll ... an Vertreter westlicher Massenmedien sowie an staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen in der DDR übergeben werden. ... Des Weiteren ist beabsichtigt, vor allem durch den operativ bekannten Pfarrer Eppelmann und seinen Umgangskreis, durch Mitglieder der ‚Initiative Frieden und Menschenrechte‘ sowie der ‚Umweltbibliothek‘ und durch weitere feindliche,

<sup>34</sup> BStU, ZA, ZAIG 3763, Bl. 14-24.

oppositionelle und andere negative Kräfte, Anzeigen beim Generalstaatsanwalt der DDR zu erstatten ...<sup>35</sup>

Weiter hieß es schon im Schreiben Mielkes vom 19. Mai 1989: „Zur Verwirklichung eines einheitlichen Vorgehens ... werden auch der Generalstaatsanwalt der DDR sowie der Minister des Innern und Chef der DVP Orientierungen bzw. innerdienstliche Weisungen ... herausgeben bzw. erlassen.“ Deshalb nahm Mielke mit dem 1. Stellvertreter des Generalstaatsanwalts, Karl Heinrich Borchert, Kontakt auf. Borchert erhielt auch die Textvorlagen aus dem ZK, denen er ebenfalls wortgetreu folgte. Damit offenbarte sich der klassische Befehlsweg der politischen Justiz in der DDR: Er führte vom Politbüro – hier in Gestalt seines für die „Sicherheit“ und die Wahlen zuständigen Mitglieds Egon Krenz – über den Minister für Staatssicherheit Erich Mielke zum 1. Stellvertretenden Generalstaatsanwalt Karl-Heinrich Borchert, der zu dieser Zeit in allen wichtigen Fragen der eigentliche Generalstaatsanwalt der DDR war.<sup>36</sup>

In der geheimen Weisung Borcherts an die Staatsanwaltschaften vom 19. Mai 1989 hieß es: „Anzeigen, die nach § 211 Strafgesetzbuch (wegen Wahlfälschung, Anm. d. Verf.) erstattet werden, sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von den jeweils zuständigen Organen zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen. Außerdem ist auf die offizielle Verlautbarung über die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu verweisen. Beschwerden gegen die Entscheidungen sind gemäß § 91 StPO zu bearbeiten und abschlägig zu entscheiden.“<sup>37</sup> Diese Passage fand sich auch in den Vorlagen aus dem ZK und dem Schreiben Mielkes an seine Dienstseinheiten. § 91 StPO-DDR regelte die Bearbeitung von Beschwerden gegen Untersuchungsorgane.

Borchert setzte allerdings – nur für die Justiz – hinzu: „Prüfungshandlungen und Entscheidungen ... erfolgen nur durch die Untersuchungsabtei-

<sup>35</sup> BStU, ZA, MfS BdL/Dok 008886, Bl. 1-5.

<sup>36</sup> Zur Rolle und inneren Struktur der Generalstaatsanwaltschaft der DDR siehe auch: Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. Aufl., Berlin 1997.

<sup>37</sup> Telex der Generalstaatsanwaltschaft der DDR an den Generalstaatsanwalt von Berlin und die Staatsanwälte der Bezirke zum Az. vvs-t-b 102-10/89, in: Archiv der Staatsanwaltschaft II Berlin, Az. 2 Js 245/90, Bd. 24, S. 3-5.

lung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Abstimmung mit dem Staatsanwalt.<sup>38</sup> Damit war klar, dass es sich um Verfahren der Abteilung I a handelte. Diese Abteilungen gab es nur bei der Generalstaatsanwaltschaft und den Bezirksstaatsanwaltschaften. Ihre Arbeit wurde von der Staatssicherheit angeleitet und überwacht. Anders als in einem Rechtsstaat kontrollierte also nicht die Justiz die Geheimpolizei, sondern die Geheimpolizei die Justiz. Weiter sorgte Borchert – und das war praktisch von großer Bedeutung – durch seinen Zusatz dafür, dass Staatsanwälte keine eigenen Ermittlungen aufnahmen. Denn Borchert wusste, dass bei staatsanwaltschaftlichen Prüfungen der Auszählungen und der Übermittlung der Ergebnisse das System der Wahlfälschungen aufzufliegen drohte.

## 6. Staatsanwälte als Sprechpuppen der Staatssicherheit

Auch das weitere Vorgehen der Staatsanwaltschaften wurde von der Staatssicherheit bestimmt. So setzten ihre bezirklichen Untersuchungsabteilungen durch, dass keine schriftlichen Bescheide über die Einstellung der Ermittlungen an die Anzeigerstatter gingen, wie das üblich war. Denn die Staatssicherheit befürchtete, dass die Einstellungsbescheide von den West-Medien verbreitet und die öffentliche Unruhe wegen der offensichtlichen Wahlfälschungen noch verstärken würden. So mussten die Staatsanwaltschaften die Anzeigerstatter vorladen und ihnen die Einstellung mündlich mitteilen. Das bedeutete nicht nur einen beträchtlichen zusätzlichen Aufwand, sondern die Staatsanwälte wurden auch in eine unangenehme Lage gebracht. Denn wie sollten sie auf Fragen zu ihren Ermittlungen angesichts der offenkundigen Widersprüche zwischen Stimmauszählungen und offiziellen Ergebnissen reagieren?<sup>39</sup>

Die Berliner Staatsanwälte wurden bei einer Dienstbesprechung Ende Mai 1989 ausführlich eingewiesen. Die Staatsanwälte der Stadtbezirke Friedrichshain und Weißensee sollten die ersten Anzeigerstatter vorladen und mündlich bescheiden. An der besonderen Einweisung des Staatsanwalts, der mit Pfarrer Eppelmann zu reden hatte, beteiligten sich sogar Vertreter

<sup>38</sup> Ebd., S. 5.

<sup>39</sup> Vgl. zum gesamten Vorgang: Klaus Bästlein, Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden 2002, S. 208-214.

der Abteilung I a des Generalstaatsanwalts und des Ministeriums für Staatssicherheit. Denn Eppelmans Äußerungen über den Wahlbetrug im West-Fernsehen hatten solches Aufsehen erregt, dass sich Krenz darüber mit Honecker abgestimmt hatte. Der zuständige Staatsanwalt fertigte daher einen Sprechzettel an, der an die Vorlagen für das Kreisgericht Fürstentwalde im Verfahren gegen Robert Havemann erinnerte. Dort war 1986 genau niedergelegt worden, was der Richter im Verlauf der Sitzung und für den Fall von Anträgen Havemanns – etwa bei dem Verlangen um Unterbrechung der Sitzung zum Aufsuchen der Toiletten – zu sagen hatte.<sup>40</sup>

Nach diesem Sprechzettel sollte der Staatsanwalt Pfarrer Eppelmann erklären: „Ihre Anzeige vom 16. Mai 1989 wurde mir zuständigkeitshalber vom Generalstaatsanwalt ... zur Bearbeitung übergeben. Nach Prüfung dieser Anzeige teile ich Ihnen mit, dass keinerlei Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die offizielle Verlautbarung vom 10. Mai 1989 über die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Sie haben gemäß § 91 StPO das Recht der Beschwerde gegen diese Entscheidung beim übergeordneten Staatsanwalt. Nach dieser Mitteilung äußere ich mein Unverständnis, dass Sie sich, ohne meine Entscheidung zu Ihrer Anzeige abzuwarten, in westlichen Medien in herabwürdigender Weise zum Wahlergebnis äußerten ... Ich verweise mit Nachdruck darauf, dass Sie sich durch ein derartiges Verhalten der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.“<sup>41</sup>

Fast gleich lautende Eröffnungen wurden allen Anzeigerstattern gemacht – allerdings unter Verzicht auf die Androhung strafrechtlicher Maßnahmen. Zu jedem Gespräch wurde ein „Aktenvermerk“ gefertigt. So notierte die Staatsanwältin über das „Gespräch“ mit Stephan Hilsberg und einen Begleiter: „Nach der von mir gegebenen Information, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen, legte Herr H. ... sein in der Anzeige enthaltenes Anliegen nochmals mündlich dar. Meine Frage, ob er meine Mitteilung nicht verstanden habe, verneinte er, so dass ich sie mit Nachdruck wiederholte. Herr H. und M. fragten nunmehr, wie ich denn die konkret aufgeführten Zahlenergebnisse der einzelnen Wahllokale widerlegen, und wie ich es mit meiner Funktion als Staatsanwalt vereinba-

<sup>40</sup> Siehe Clemens Vollnhals, Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, Baden-Baden 1998.

<sup>41</sup> Maschinenschriftlicher „Sprechzettel“, in: Archiv der Staatsanwaltschaft II Berlin, Az. 2 Js 245/90, Bd. 24, Bl. 150, Rückseite.

ren könne, solche eindeutigen Hinweise auf Straftaten nicht zu prüfen. Ich verwies nochmals auf das geprüfte und bestätigte Ergebnis der Wahlkommissionen ... Nachdem beide äußerten, dass es für sie ‚ungeheuerlich‘ sei, wie mit dem Recht umgegangen wird, beendete ich das Gespräch.“<sup>42</sup>

Als diese Staatsanwältin kurz darauf in Urlaub ging, musste ihr Stellvertreter die Anzeigerstatter „bescheiden“. Darüber fertigte er Vermerke, die auch für die Staatssicherheit von Interesse gewesen sein dürften und ihr vermutlich auch übermittelt wurden. So hieß es am 9. Juni 1999: „... der Bürger Th. ... suchte im Verlauf des Gesprächs die offene Konfrontation. ... (es) wurde bekannt, dass die Bürger Th. und F. auch bei der letzten erweiterten Stadtbezirksversammlung ... zum Ergebnis der Wahlen provozierend auftraten.“ Im Falle von Evelyn Zupke hieß es im Vermerk des Staatsanwalts: „Beim Verlassen des Zimmers warf die Bürgerin Zupke die Tür mit lautem Knall zu. ... (sie machte) einen äußerst verbohrten Eindruck.“ Am 25. Juni 1989 vermerkte dieser Staatsanwalt sogar in geradezu perfektem Stasi-Jargon: „Aus dem Gespräch war zu erkennen, daß der Bürger Sp. ... eine relativ verfestigte negative Einstellung besitzt.“<sup>43</sup>

Manche Staatsanwälte waren mit der Situation allerdings überfordert, so dass es dadurch zu unliebsamen Vorfällen kam. Das wurde etwa aus Potsdam berichtet. Dort hatte der Staatsanwalt am 8. August 1989 einen Anzeigerstatter vorgeladen und sagte das übliche Sprüchlein auf. Dann fragte der Anzeigerstatter, wer die Untersuchung der Wahlergebnisse vorgenommen habe, worauf der Staatsanwalt antwortete: „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“ Weitere Frage: „Wissen Sie, ob die Protokolle aus den Wahllokalen noch existieren, oder ob sie vernichtet sind?“ Der Staatsanwalt: „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“ Frage: „Dürfen Sie es nicht, oder wissen Sie es nicht?“ Antwort des Staatsanwalts: „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“ Erneute Frage: „Dürfen Sie es nicht, oder wissen Sie es nicht?“ Antwort: „Das kann ich Ihnen nicht sagen, und ich weiß es auch nicht.“<sup>44</sup> Das heißt, der Staatsanwalt räumte ein, dass er nicht wusste, ob die Wahlunterlagen noch existierten, so dass er sie gar nicht geprüft haben konnte.

<sup>42</sup> Vermerk ohne Datum, in: ebd., Bl. 125f.

<sup>43</sup> Vermerke, in: ebd., Bl. 163, 179 und 189.

<sup>44</sup> Schreiben des Anzeigerstatters an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR vom 11.9.1989, in: ebd., Bl. 35-38, Zitate Bl. 36.

Daneben gab es Staatsanwälte, die ihrem Unmut über das Verbot zur Vornahme eigener Ermittlungen intern Luft machten. Denn faktisch hatte die Staatssicherheit die beteiligten Staatsanwälte ja zu ihren Sprechpuppen degradiert – und das empfanden viele auch so. Eine Jugendstaatsanwältin aus Cottbus berichtete: „Ich hatte dabei gar keine politischen Gedanken. Ich hielt es einfach für lächerlich, dass wir uns nicht die Wahlunterlagen holten und die Sache selbst prüften, um den Anzeigenden quasi zu beweisen, dass der von ihnen geäußerte Verdacht nicht zutraf. Mein Unmut bezog sich auf die Position, in die ich gebracht worden war: Ich sollte ein Ergebnis verkünden, ohne es begründen zu können. Ich hatte kein Verständnis dafür, dass wir als Staatsanwaltschaft eine so einfache Sache nicht bewerkstelligen könnten. Dass die behauptete Wahlfälschung geschehen sein könnte, habe ich mir überhaupt nicht vorstellen können.“<sup>45</sup>

Auf der einen Seite kann die politische Naivität der Cottbusser Staatsanwältin nur bestaunt werden. Auf der anderen Seite zeigt ihre Aussage, dass die Opposition das SED-Regime mit der Kampagne zu den Kommunalwahlen ins Herz getroffen hatte. Denn DDR-Staatsanwälte waren die Treuesten der Getreuen. Ihr Organisationsgrad in der SED lag bei 100 %. Von der 10. Schulklasse an standen sie unter ständiger Beobachtung. Sie hatten absolute Anpassungsbereitschaft bewiesen und im Studium gelernt, dass die Partei immer Recht hatte.<sup>46</sup> Daher rührte wohl auch die politische Naivität. Aber selbst diese DDR-Staatsanwälte entwickelten ein gewisses Berufsethos. Und so mochten sich viele – in Cottbus schließlich sogar die Leiterin der I a-Abteilung und der Bezirksstaatsanwalt – mit den Vorgaben der Staatssicherheit für die Überprüfung der Kommunalwahlen nicht abfinden. Aber Karl-Heinrich Borchert blieb hart: Auch die Cottbusser durften nicht einmal bei der örtlichen Wahlkommission nachfragen.

<sup>45</sup> Aussage der Staatsanwältin vom 23.1.1991 und Vermerk dieser Staatsanwältin über das Gespräch mit einem Anzeigerstatter vom 14.6.1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft II Berlin, Az. 2 Js 245/90, Bd. 29, Bl. 171-181, Zitat Bl. 176f.

<sup>46</sup> Vgl. zur Ausbildung und Auswahl von DDR-Juristen: Jutta Limbach, Vorwort, in: Politische Strafjustiz in der früheren DDR, hrsg. vom Thüringischen Justizministerium, Erfurt 1996, S. 7-12, insb. S. 9f.

## 7. Vom Protest gegen den Wahlbetrug zum „heißen Herbst“ 1989

Trotz aller Bemühungen hatte das SED-Regime den öffentlichkeitswirksamen Aktionen wegen des Wahlbetrugs nichts entgegensetzen. Das Drohpotenzial von Staatssicherheit und politischer Justiz hatte sich erschöpft. Die SED aber konnte nicht mehr zurück. Den Wahlbetrug einzuräumen, war für sie aus ideologischen und machtpolitischen Gründen unmöglich. Für die SED gab es allerdings auch keinen Weg nach vorn. Denn jede Zurückweisung der Eingaben und Proteste gegen den offensichtlichen Wahlbetrug rief nur weitere wütende Reaktionen hervor. Die „führende Partei“ befand sich in einer Zwickmühle. Das erkannte die oppositionelle Wahlbewegung – und ließ nicht mehr locker. Auch Erich Mielke wurde allmählich klar, dass sich die Machtfrage stellte. Deshalb durfte es kein Zurückweichen vor den aufbegehrenden Bürgern geben. Die Staatssicherheit sollte jede öffentliche Thematisierung des Betrugs verhindern.

Zu einer ersten massiven Eskalation kam es am 7. Juni 1989 – einen Monat nach der gefälschten Kommunalwahl. Fortan sollte es an jedem 7. eines Monats Protestaktionen geben. An diesem ersten „kleinen Jubiläum“ der Wahlfälschungen war ein Schweigemarsch vom Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg zum Staatsratsgebäude an der Französischen Straße geplant. Doch das Gebäude des Konsistoriums war von einem Großaufgebot an „Sicherheitskräften“ umringt. Zwischen 40 und 50 potenzielle Demonstranten wurden sofort festgenommen. An die Durchführung eines Schweigemarschs war nicht zu denken. Stattdessen wurde eine Informationsandacht in der Sophienkirche an der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte verabredet. Am Abend wurde dann auch die Kirche von Volkspolizei und Staatssicherheit belagert.<sup>47</sup>

In der Kirche kam es zur Konfrontation. Die Pfarrer Martin-Michael Passauer und Wolfram Hülsemann rieten auch in Hinblick auf die Zugeführten von weiteren Aktionen ab. Doch die Mitglieder der Wahlbewegung ließen sich nicht mehr zurückhalten. Sie wollten „in die Öffentlichkeit, auf die Straße“. So formierte sich ein Demonstrationzug von 150 bis 200 Menschen. Vorne wurde ein Transparent „Nie genug vom Wahltrug“ und dahinter eine sargähnliche Wahlurne mit der Aufschrift „Hier ruht die

<sup>47</sup> Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen, S. 294f.

Demokratie!“ getragen. Transparent und Urne brachten die „Sicherheitskräfte“ gleich nach Verlassen des Kirchengeländes an sich. Die Demonstranten setzten sich auf das Pflaster. Mit Tritten, Schlägen und Hieben mit Gummiknüppeln trieben Volkspolizisten und MfS-Angehörige einen Keil in die Menge. Fast alle Demonstranten wurden – zum Teil an den Haaren – zu zwei bereitstehenden Bussen geschleift und abtransportiert. Sie kamen erst in der Nacht wieder frei. Erstmals hatte der Protest das schützende Dach der Kirche verlassen und war in die Öffentlichkeit getragen worden.<sup>48</sup>

Einen Monat später, am 7. Juli 1989, versammelten sich etwa 100 Personen zu einem „Schweigesitzen“ unter der Weltzeituhr am Alexanderplatz. Die Initiative dazu ging von der Gruppe „Mündige Bürger“ um den Weißenseer Diakon Mario Schatta aus. Im Vorfeld hatte es wieder „Vorbeugespräche“ und Versuche der Einflussnahme durch die Kirchenleitung gegeben. Aber die Wahlbewegung hielt an ihrem öffentlichen Auftreten fest, so dass wieder ein Großaufgebot an „Sicherheitskräften“ aufmarschierte. 94 Demonstranten wurden „zurückgewiesen“ und 30 festgenommen. Überall auf dem Alexanderplatz kam es zu erregten Diskussionen. Ein Kamerateam des ZDF filmte. Die Vorgänge waren rasch im ganzen Land bekannt. Abends trafen sich rund 140 Menschen in der Kirchengemeinde Fennpfuhl in Berlin-Lichtenberg. Dort wurde offen gefordert, „den Druck gegenüber dem Staat zu erhöhen“. Gegen einzelne Teilnehmer der Aktion auf dem Alexanderplatz ergingen Ordnungsstrafen. Gegen einen Demonstranten wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil er folgendes Transparent mit sich führte: „Zu dumm zum Addieren, aber ein ganzes Land regieren“.<sup>49</sup>

Wegen der Ferienzeit fand am 7. August 1989 keine Demonstration statt, sondern nur eine Andacht in der Hoffnungskirche in Berlin-Pankow. Am 7. September 1989 folgte wieder eine Aktion auf dem Alexanderplatz. Dieses Mal mit Trillerpfeifen unter dem Motto: „Wir pfeifen auf den Wahlbetrug“. Aus den West-Medien waren Treffpunkt und Aktion mittlerweile bekannt. Wieder gingen Volkspolizei und Staatssicherheit mit großer Brutalität gegen den friedlichen Protest vor. Einem Demonstranten wurde der Arm gebrochen. Von 189 Teilnehmern wurden die Personalien

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd., S. 296.

festgestellt; 59 wurden zugeführt und erst am nächsten Morgen wieder entlassen. Gegen 37 Teilnehmer ergingen Ordnungsstrafen. Am 7. Oktober 1989, dem 40. und letzten „Tag der Republik“, kam es zu einer Protestaktion unter dem Motto „Wir lachen über die Wahl“. Mehrere Hundert Teilnehmer dieser Aktion bildeten den Nukleus für die Demonstration von mehr als 5.000 Menschen zum Palast der Republik und weiter zur Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg.<sup>50</sup> So führten die Aufdeckung der Fälschungen der Kommunalwahlen im Mai 1989 und der daraus resultierende Protest direkt zum Beginn der Friedlichen Revolution im Oktober 1989.

### **8. Zur Strafverfolgung der Wahlfälschungen nach 1989**

Noch Ende 1989 nahmen DDR-Staatsanwaltschaften eigenständige Ermittlungen wegen der Wahlfälschungen auf. Ausgerechnet die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, die zuvor für die Einstellung der Verfahren gesorgt hatte, bildete im Januar 1990 eine aus sieben Staatsanwälten bestehende „Arbeitsgruppe Wahlen“. Das diente allerdings vor allem kosmetischen Zwecken, um Aktivitäten zur Aufklärung des SED-Unrechts nachzuweisen. Tatsächlich wurden die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft der DDR gegen die Verantwortlichen der Wahlfälschung auf der zentralen Ebene, nämlich die Herren Krenz, Dohlus und Semler, am 27. August 1990 wieder eingestellt.<sup>51</sup> Auf der lokalen Ebene sah das anders aus. Die erste Anklageerhebung erfolgte am 17. Januar 1990 in Neuruppin. Das dortige Kreisgericht verurteilte noch am 7. März 1990 den amtierenden Bürgermeister von Rheinsberg und drei Mittäter zu Freiheitsstrafen auf Bewährung. Der Bürgermeister hatte für 20 Nichtwähler Stimmzettel in die Wahlurne geworfen. Die Zahl der Nichtwähler, die bei neun Personen lag, wurde im Bericht der Wahlkommission auch noch auf zwei verkürzt.<sup>52</sup>

Insgesamt kam es bis zum 3. Oktober 1990 durch DDR-Staatsanwaltschaften zu Ermittlungen gegen mehr als 120 Beschuldigte. In 24 Fällen

<sup>50</sup> Ebd., S. 297ff.

<sup>51</sup> Angaben nach Marxen / Werle, Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 1: Wahlfälschung, S. XXXIIIff.

<sup>52</sup> Angaben nach dem Urteil des Kreisgerichts Neuruppin vom 7.3.1990 zum Az. S 10/90, in: ebd., S. 5-13.

wurde Anklage gegen insgesamt 76 Personen erhoben. Die Schwerpunkte lagen in den Ländern Brandenburg (Bezirke Potsdam, Frankfurt, Cottbus) und Sachsen (Bezirke Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt). Immerhin 25 der 76 Angeschuldigten wurden noch von DDR-Gerichten rechtskräftig abgeurteilt. Gegen elf ergingen Strafbefehle; im Übrigen wurde durch Urteil entschieden. Die Strafzumessung war sehr uneinheitlich: Sie reichte von geringen Geld- bis hin zu vollstreckbaren Freiheitsstrafen von 10 Monaten. Sieben Betroffene legten Rechtsmittel ein, durch die die Umwandlung der Freiheitsstrafen in „Verurteilungen auf Bewährung“ erfolgte. In einem Fall wurde sogar nur auf einen „Öffentlichen Tadel“ erkannt.<sup>53</sup>

Die Strafverfahren wurden nach Herstellung der deutschen Einheit fortgeführt und weitere kamen hinzu. Verurteilungen waren rechtlich nach dem Einigungsvertrag aber nur noch möglich, wenn neben § 211 StGB-DDR auch die Tatbestände der §§ 107a und 108d StGB wegen Wahlfälschung erfüllt waren. Die Strafbarkeit musste also nach DDR- und nach bundesdeutschem Recht gegeben sein. In der Literatur gab es erhebliche Zweifel, ob die bundesdeutschen Strafbestimmungen auch auf Wahlen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes angewendet werden konnten. Das galt umso mehr, als es ja ohnehin keine freien Wahlen in der DDR gab. Konnten darauf Strafvorschriften angewandt werden, die dem Schutz von Wahlen in einer funktionierenden Demokratie dienen? Diese Diskussion sprengte die Grenzen juristischer Dogmatik und nahm immer mehr rechtsphilosophische Züge an. Spätestens damit ging die Debatte den Gerichten zu weit, die in aller Regel von einer Strafbarkeit der Wahlfälschungen in der DDR auch nach bundesdeutschem Recht ausgingen, indem sie eine teleologische Auslegung des Einigungsvertrages vornahmen.<sup>54</sup>

Insgesamt kam es nach dem 3. Oktober 1990 zu 52 Anklagen gegen 82 Angeschuldigte. Die Schwerpunkte lagen nun in Thüringen (35 Anklagen) und Sachsen (14 Anklagen). Auffällig ist, dass die Mehrzahl der Anklagen bis 1992 erhoben wurde. Die Hauptursache dafür dürfte in der örtlichen und räumlichen Nähe der Staatsanwaltschaften zum Tatgeschehen liegen. Denn im Nahbereich arbeitet die Staatsanwaltschaft immer am

<sup>53</sup> Angaben nach ebd., S. XXXIVff.

<sup>54</sup> Siehe ebd., S. XLIII, mit weiteren Nachweisen.

schnellsten und effektivsten. Hinzu kam die intensive Vorarbeit aus DDR-Zeiten. Merkwürdigerweise gab es aber in drei früheren Bezirken keine Anklagen, nämlich in Frankfurt, Neubrandenburg und Suhl.<sup>55</sup> Nach dem 3. Oktober 1990 ergingen Entscheidungen gegen 131 Angeschuldigte: Gegen 26 wurde das Verfahren – in der Regel nach Zahlung einer Geldbuße – eingestellt, gegen zwei ergingen Verwarnungen, 99 wurden zu Geld- oder Bewährungsstrafen verurteilt und vier wurden freigesprochen. Die Strafzumessung war nun abgestimmter als zu DDR-Zeiten: Gegen die Spitzen in den Bezirken ergingen Bewährungsstrafen von über acht Monaten, gegen ihre Vertreter meist Bewährungsstrafen. Auf kommunaler Ebene wurden die Strafen nach der hierarchischen Stellung der Beteiligten immer geringer.<sup>56</sup>

Auch gegen die Hauptverantwortlichen der Wahlfälschungen wurden die Ermittlungen von der „Arbeitsgruppe Regierungskriminalität“ der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht wieder aufgenommen. Am 1. Juli 1995 erging Anklage gegen Krenz, Dohlus und Schabowski; 1997 folgte die Einstellung des Verfahrens wegen Verhandlungsunfähigkeit bei Dohlus und wegen Geringfügigkeit der zu erwartenden Strafen angesichts der bereits erfolgten Verurteilungen von Krenz und Schabowski aufgrund des Prozesses wegen des Grenzregimes.<sup>57</sup> Die mehr als 300 Seiten zählende Anklage der „Arbeitsgruppe Regierungskriminalität“ stellte gleichwohl ein Glanzstück staatsanwaltschaftlicher Arbeit dar, das für die zeitgeschichtliche Forschung große Erkenntnismöglichkeiten bietet. Die Anklage stützte sich dabei vor allem auf die Geschehnisse in Berlin und Sachsen. Hier kam es mit den Prozessen gegen Berghofer und Modrow in Dresden sowie Krack und Genossen in Berlin auch zu spektakulären Verurteilungen.

<sup>55</sup> Die Angaben zu den Verfahren in Schwerin, die ebd. auf den S. XXXVIII und 509 gemacht wurden, sind nach Auskunft der dortigen Staatsanwaltschaft nicht zutreffend.

<sup>56</sup> Angaben nach ebd., S. XXXVIII.

<sup>57</sup> Die Anklageschrift vom 1.6.1995 zum Az. 28/2 Js 185/91 ist wiedergegeben: ebd., S. 391-454. Die Einstellung erfolgte bei Dohlus wegen Verhandlungsunfähigkeit aus § 205 StPO und bei Krenz und Schabowski aus § 154 Abs. 2 StPO, weil die zu erwartende Strafe hinter den bereits erkannten Strafen wegen des Grenzregimes zurückgestanden hätte.

In Dresden ergingen beim Bezirks- und beim Landgericht am 7. Februar 1992 gegen Berghofer und am 27. Mai 1993 gegen Modrow opulente Urteile mit einem Umfang von bis zu 300 Seiten, die ebenfalls als wichtige Quellen für die zeitgeschichtliche Forschung anzusprechen sind.<sup>58</sup> Dabei lagen die Strafmaße der Urteile gegen Berghofer mit einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung und gegen Modrow mit einer gerichtlichen Verwarnung zunächst weit auseinander. Das Landgericht hatte sich intensiv mit allen Widrigkeiten befasst, denen der angebliche „Reformer“ Modrow von der Berliner Zentrale her ausgesetzt war, um sein überaus mildes Urteil zu begründen. Dem folgte der Bundesgerichtshof nicht. Er hob die geringe Strafe für Modrow am 3. November 1994 auf und verwies die Sache nach Dresden zurück, wo das Landgericht dann am 9. August 1995 auf neun Monate Freiheitsstrafe zur Bewährung erkannte.<sup>59</sup> Trotz dieser rechtskräftigen Verurteilung wegen Wahlfälschung blieb Hans Modrow „Ehrevorsitzender“ der „Linken“, die rechtlich mit SED und PDS identisch ist.

In Berlin verurteilte das erweiterte Schöffengericht Tiergarten nach nur dreitägiger Verhandlung am 8. September 1995 den früheren Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack, seine Stellvertreterin Hannelore Mensch, den früheren 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Helmut Müller und die Leiter der bezirklichen Wahlkommissionen, bei denen es sich meist um die früheren Bezirksbürgermeister handelte. In dem nicht einmal 20 Seiten zählenden Urteil wurde das gesamte Geschehen um die Wahlfälschungen in Berlin referiert. Vor allem Hannelore Mensch und Helmut Müller hatten einen schlechten Eindruck gemacht, als sie vor Gericht die Verantwortung für das Geschehen auf die „übereifrigen“ Bezirksbürgermeister abzuwälzen versuchten. Bei der Strafzumessung fand das insoweit Berücksichtigung, als Mensch und Müller jeweils ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung erhielten, während Krack mit zehn Monaten und die übrigen

<sup>58</sup> Urteil des Bezirksgerichts Dresden vom 7.2.1992 zum Az. 3 KLS 51 Js 530/91 (u.a. gegen Berghofer), in: ebd., S. 175-215, und Urteil des Landgerichts Dresden vom 27.5.1993 (u.a. gegen Modrow) zum Az. 3 (c) KLS 51 Js 4048/91, in: ebd., S. 237-310.

<sup>59</sup> Urteil des Bundesgerichtshofes vom 3.11.1994 zum Az. 3 StR 62/94 und des Landgerichts Dresden vom 9.8.1995 zum Az. 4 KLS 51 Js 4048/91, siehe: ebd., S. 313-336.

Angeklagten mit sechs bis acht Monaten davonkamen.<sup>60</sup> Hatten die Dresdener Prozesse noch großes Aufsehen erregt, war das in Berlin nicht mehr der Fall. Für die gesamte Berliner Strafverfolgung des SED-Unrechts waren das Streben nach Revisionssicherheit und ein auch daraus resultierender knapper Urteilsstil typisch. Gerade bei den Entscheidungen wegen Wahlfälschung stehen die 20 preußisch-kargen Seiten des Amtsgerichts Tiergarten den mit 300 Seiten eher barock anmutenden Urteilen der sächsischen Justiz gegenüber.

### **9. Zur zeitgeschichtlichen Einordnung der Geschehnisse**

Seit Gründung der DDR waren Wahlfälschungen an der Tagesordnung. Die erste Fälschung lag in den Einheitslisten, durch die der Wahlausgang vorab festgelegt wurde. Die zweite Fälschung lag in der Manipulation der Ergebnisse aus den Sonderwahllokalen. Die dritte und entscheidende Fälschung erfolgte durch die Ersetzung der realen Auszählungsergebnisse durch vorab übermittelte Zahlen auf Kreisebene, durch die erst die unglaublich hohen Zustimmungs-Quoten zu den Wahlvorschlägen erzielt wurden. Diese Vorgänge wurden von der Justiz für die Kommunalwahlen 1989 mustergültig offengelegt, fanden bislang aber keinen angemessenen Eingang in die Darstellungen der Friedlichen Revolution.

Der Wahlbetrug ging selbst vielen Repräsentanten des SED-Regimes 1989 zu weit. Doch als die SED-Spitze erneut massive Wahlfälschungen verlangte, beteiligten sich auch die Funktionäre auf der mittleren Ebene. Das galt für den Berliner SED-Chef Schabowski und seinen Oberbürgermeister Krack ebenso wie für die „Reformer“ Modrow und Berghofer in Dresden. Gegenüber ihren nachgeordneten Stellen stilisierten sie den Wahlbetrug sogar zum „Parteiauftrag“. Dabei hatte keiner der Funktionäre mehr als den Verlust seiner Ämter und Privilegien zu fürchten, wenn er sich verweigert hätte. Aber Rückgrat war kein Kennzeichen dieser SED-Funktionäre.

Die DDR befand sich zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen im Mai 1989 in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Die Stimmung in der Bevölkerung hatte sich schon in den Vorjahren enorm verschlech-

<sup>60</sup> Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 8.8.1993 zum Az. (215) 77 Js 103/90 Ls (10/93), ebd., S. 375-387.

tert. Zunehmende Versorgungsengpässe, fehlende Reisefreiheit und ausbleibende Reformen lösten Empörung und Wut aus. Ein Gefühl der Ausichtslosigkeit griff um sich. Es schien keine Perspektiven mehr zu geben. Die Menschen wurden zunehmend aggressiv und renitent. Vor diesem Hintergrund führten schon die Veranstaltungen zur Vorstellung der Kandidaten zu den Kommunalwahlen zu kritischen Diskussionen, die nicht im Sinne der Partei- und Staatsführung sein konnten.

Die Fälschung der Kommunalwahlen wurde für das SED-Regime zu einem Desaster. Die Staatssicherheit wusste alles. Sie kannte die Pläne zur „flächendeckenden“ Überwachung der Stimmauszählungen. Aber es wurde verkannt, welche Sprengkraft im Nachweis von Wahlfälschungen lag. Durch Addition der Nein-Stimmen aus den Wahllokalen auf Stadtbezirksebene gelang der Nachweis des Wahlbetrugs. Denn es war schlicht ausgeschlossen, dass die Gesamtzahl der Gegenstimmen in einem Bezirk deutlich niedriger lag als die Zahl der Gegenstimmen in einem Teil der Wahllokale. Erst allmählich dämmerte Erich Mielke, dass sich mit dem Nachweis des Wahlbetruges die Machtfrage stellte.

Jeder wusste, dass die „Wahlen“ mit Einheitslisten ein verlogenes Ritual waren. Aber dass selbst deren Ergebnisse noch gefälscht wurden, löste einen Sturm der Entrüstung aus. Neu war dabei 1989, dass die Menschen ihre Angst abschüttelten. Der Protest wurde offen und frei vorgetragen – bei Versammlungen, auf Flugblättern und in den West-Medien. Viele machten durch Strafanzeigen sogar selbst auf sich aufmerksam, lieferten sich quasi der Staatssicherheit aus. Es gab immerhin allein über 300 solcher Anzeigen – in Berlin, Leipzig, Dresden, Halle, Chemnitz, Cottbus, Potsdam, Rostock und anderwärts. Hier übten Bürger mit einem weitaus höheren persönlichen Risiko jenen aufrechten Gang, den die SED-Funktionäre bei der Mitwirkung am Wahlbetrug vermissen ließen.

Die Wirkungen der Aufdeckung des Wahlbetrugs waren so groß, dass sie selbst die treuesten Diener des Regimes, nämlich DDR-Staatsanwälte, nicht mehr unberührt ließen. Denn mit ihren Protesten wegen der Fälschung der Kommunalwahlen, aber auch durch die ständigen Hinweise auf Menschen- und Bürgerrechte erreichte die Opposition selbst diese Vertreter des Systems – und brachte sie durch Aufklärung zum Nachdenken. Die Opposition säte den Zweifel und die Herrschaftsverhältnisse gerieten ins Wanken. Das war gerade für das Ende der SED-Herrschaft

von nicht geringer Bedeutung. Vielleicht liegt darin auch ein Teil der Erklärung dafür, warum die Revolution so friedlich verlief.

Die Proteste gegen die Wahlfälschung am 7. Mai 1989 führten direkt zum Beginn der Friedlichen Revolution am letzten „Tag der Republik“, dem 7. Oktober 2009. In der Zwischenzeit war an jedem ersten 7. eines Monats gegen den Wahlbetrug in Berlin demonstriert worden. Und freie Wahlen zählten im Herbst 1989 selbstverständlich zu der Kernforderung der Friedlichen Revolution. Für die Opposition war die Kampagne zur Entlarvung der Fälschung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 ein großer Erfolg. Sie erweiterte ihre organisatorischen und politischen Möglichkeiten. Und sie begann, die Straßen zu erobern.

Die Opposition hatte nicht nur regimetreue Staatsanwälte verunsichert, sondern das Regime wurde auch in der Öffentlichkeit delegitimiert. Der Kaiser in Gestalt der SED stand plötzlich nackt da. Kurz: Die Kampagne gegen die Wahlfälschung wurde zum Auftakt des Kampfes für Freiheit und Demokratie. Sie war die letzte wichtige Etappe vor dem Beginn der Friedlichen Revolution.

*Stefanie Eisenhuth*

## **9. November 1989: Achtung! Sie verlassen jetzt West-Berlin**

„Uns’re Stadt hört doch nicht am Brandenburger Tor auf“, sangen Silvester 1989/90 die Schöneberger Sängerknaben vor dem symbolträchtigsten Bauwerk Berlins. Das alte Lied von Curt Flatow war in den Monaten zuvor in den West-Berliner Radios bereits rauf und runter gespielt worden. Der „Westberliner Frontstadt-Chor“ – so jahrzehntelang die Bezeichnung in der DDR – sang seit 1961 fröhlich gegen die Teilung der Stadt an, unter anderem alljährlich zu Weihnachten an der Glienicker Brücke sowie am Brandenburger Tor. Doch dass sie dieses Lied einmal Unter den Linden singen würden, hätten die kleinen Jungen wohl selbst nicht gedacht. Sieben Wochen zuvor hatte die Berliner Mauer nach 28 Jahren ihre Aufgabe als „antifaschistischer Schutzwall“ eingebüßt. Der 9. November 1989 hatte nicht nur das Leben der DDR-Bürger verändert. Auch auf der bunten Seite des Eisernen Vorhangs endete der Sonderstatus der eingemauerten Stadthälfte. Mit der DDR verschwand auch West-Berlin.

### **„Sofort und unverzüglich“ – die neue Reiseregulung**

Wie jeden Abend ab 19.20 Uhr saßen auch an diesem Donnerstag im November unzählige West-Berliner vor dem Fernseher und sahen die *Berliner Abendschau*, um sich vom allseits beliebten Moderator Hans Werner Kock mit den Worten „Macht’s gut, Nachbarn“ in den Abend geleiten zu lassen. Doch in dieser Nacht machten es ihre Nachbarn besonders gut. Das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski sorgte mit einer Pressekonferenz dafür, dass dieses Datum in die Geschichte eingehen sollte.<sup>1</sup> Seit dem 6. November 1989 hatte Schabowski das Amt des Sekretärs des ZK der SED für Informationswesen inne. Ein Amt, das im Rahmen der sich überschlagenden Ereignisse neu geschaffen worden war und mit dem eines Regierungssprechers vergleichbar ist. Nachdem Schabowski seinen ein-

<sup>1</sup> Ausführlich zu der Pressekonferenz sowie zu den unmittelbaren Folgen: Hanns-Hermann Hertle, *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin 1999.

stündigen Vortrag beendet hatte, stellte um 18.53 Uhr der italienische Journalist Riccardo Ehrmann eine Frage und lenkte somit noch einmal das Gespräch auf den neuen Reisegesetzentwurf. Nach langen und zögerlich vorgetragenen Erklärungen kam Schabowski schließlich auf den Punkt: „... haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.“ Auf die Frage, ab wann dies in Kraft treten würde, las Schabowski die ihm vorliegende Presseerklärung vor: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPKÄ – der Volkspolizeikreisämter – in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dabei noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. (Äh) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen.“ Es folgten weitere Fragen seitens der Journalisten und schließlich sprach der ZK-Sekretär die folgenschweren Worte: „Das tritt nach meiner Erkenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Erste Journalisten verließen hektisch den Saal. Andere schauten ungläubig im Raum umher. Was ist nun mit der Berliner Mauer? Sichtlich verunsichert und nach Worten suchend bekräftigte Schabowski: „Die Frage des Reisens, also die Durchlässigkeit der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn also dieser, ich sage es mal so, dieser befestigten Staatsgrenze der DDR.“

Auf dem Papier, welches Schabowski vortrug<sup>2</sup>, war keine Sperrfrist für die Veröffentlichung vermerkt. Diese existierte jedoch, wie man heute weiß: Die Regelung sollte erst am Morgen des folgenden Tages in Kraft treten. Die Angabe befindet sich auf der dritten Seite des Beschlusses des Ministerrats, nicht aber auf dem Dokument, das Schabowski erhielt.<sup>3</sup> Hat er sich wirklich „versprochen“, wie es heute oft heißt? Wusste er von dem Beschluss? Hier sind sich weder die Historiker noch die einstigen Akteure einig. Getrennt voneinander befragt, äußerten sich Egon Krenz und Gün-

<sup>2</sup> BStU, MfS, Rechtsstelle 101, Bl. 46.

<sup>3</sup> BStU, MfS, SdM 1506, Bl. 164-166.

ter Schabowski äußerst widersprüchlich:<sup>4</sup> Während der Nachfolger Erich Honeckers bis heute darauf beharrt, Schabowski habe Kenntnis von der Bedeutung der Mitteilung und auch von der Sperrfrist haben müssen, so verneint Schabowski dies und gibt an, er habe die Mitteilung erst kurz vor Beginn der Pressekonferenz in die Hand gedrückt bekommen.<sup>5</sup>

Die West-Berliner saßen gebannt zu Hause und lauschten den Nachrichten. Im *RIAS*, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor, hörten sie: „Politbüro-Mitglied Günter Schabowski gibt auf einer Pressekonferenz die Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik und zu West-Berlin bekannt.“ Wer um 19.00 Uhr die Nachrichtensendung *Heute* eingeschaltet hatte, erfuhr die Neuigkeit nach dem dritten Beitrag als Sondermeldung. Die Konferenz wurde gezeigt, jedoch nicht kommentiert. Es mangelte an präzisen Informationen. Überall herrschte die gleiche Frage: Was meinte Schabowski? Was bedeutet dies nun? Die offizielle Formulierung ließ mehrere Interpretationen zu.

Walter Momper, der Regierende Bürgermeister West-Berlins, hielt sich am frühen Abend bei einer Preisverleihung in der obersten Etage des Axel-Springer-Hauses auf. Dieses Gebäude, direkt an der Mauer zwischen den Bezirken Kreuzberg und Mitte errichtet, bot einen grandiosen Blick über die Stadt. Nur wenige Minuten nach 19 Uhr wurde Momper informiert. Er nutzte die Gunst der Stunde, eilte zum Studio des *Senders Freies Berlin* (SFB) und verlas gegen 19.30 Uhr eine hastig vorbereitete Rede in der *Abendschau*: „Ich glaube, man darf für alle Berlinerinnen und Berliner sagen, es ist ein Tag, den wir uns lange ersehnt haben, seit 28 Jahren. Die Grenze wird uns nicht mehr trennen.“ Den meisten West-Berlinern dürfte spätestens in diesem Moment die Stulle aus der Hand gefallen sein. Sie trauten ihren Ohren nicht, als Momper schon für den nächsten Tag einen Ansturm auf ihre Hälfte der Stadt ankündigte und alle Einwohner zur Rücksichtnahme mahnte, da man wohl für die kommenden Wochen mit einem Ausnahmezustand zu rechnen habe.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> ZDF-Sendung: *Unsere Geschichte*: 09.11.1989. *Wie war es wirklich?*, gesendet am 3.11.2007.

<sup>5</sup> Zu den Legenden um den 9.11.1989: Die Maueröffnung bleibt ein Versehen der SED, *Welt Online*, 17.4.2009 (<http://www.welt.de/politik/deutschland/article3575555/Die-Maueroeffnung-bleibt-ein-Versehen-der-SED.html>).

<sup>6</sup> SFB/rbb, *Berliner Abendschau*, 9.11.1989.

Seit Tagen hatte der durch ein Gespräch am 29. Oktober mit Schabowski gewarnte Bürgermeister über die Medien kommuniziert, dass man sich im Falle einer neuen Reiseregulierung seitens der DDR auf einen Massentourismus einstellen müsse. Der Berliner Senat richtete eine Projektgruppe „Vorbereitung auf einen verstärkten Besucher- und Reiseverkehr aus Ost-Berlin und der DDR“<sup>7</sup> ein, die Lösungen erarbeiten sollte, wie man mit der Verkehrssituation umgehen würde, wo die Besucher untergebracht werden könnten und welche Informationen man ihnen an die Hand geben sollte. Speziell um den Verkehr machte der Senat sich Sorgen und Momper wurde nicht müde, die West-Berliner um Geduld zu bitten, für den Fall der Fälle.<sup>8</sup> Vier Tage vor dem Fall der Mauer veröffentlichte die *B.Z.* einen Kommentar und fragte brüskiert, ob man der Stadt denn keine Gastfreundschaft zutraue: „Haben wir etwa die Sorge, dass die Besucher von drüben uns die Parkplätze wegschnappen? Befürchtet man im Rathaus Schöneberg, dass wir alle die Nase über die Auspuff-Gase der Trabbi-Lawine rümpfen? (...) Lieber mal ein paar hundert Autos mehr in der Stadt als Einschränkungen für Besucher.“<sup>9</sup> Das zunächst am 6. November von der SED-Regierung erlassene Reisegesetz, welches auf Antrag jährlich 30 Tage Aufenthalt im Ausland gestatten sollte, sorgte allseits für Enttäuschung. Mit einer erneuten Änderung des Gesetzes und der kompletten Öffnung der Grenze nur drei Tage später rechnete niemand. Auch war man in der Bundesrepublik vielerorts mit der Unterbringung der zahlreichen Umsiedler aus der DDR beschäftigt. Das Thema war zum innenpolitischen Sprengstoff geworden. Egon Bahr warnte bereits vor einem Schaden für beide deutsche Staaten und Finanzminister Waigel brachte sich ins Gespräch, da er keine überproportionale Belastung der Berliner sah und eine finanzielle Unterstützung der Stadt ablehnte.<sup>10</sup> Die Katastrophenmeldungen häuften sich. Die Bundeswehr räumte Kasernen und die Berliner Messehallen wurden zum Flüchtlingsquartier.<sup>11</sup>

Doch nun verdrängte die Nachricht über die angebliche Grenzöffnung alle Sorgen der letzten Tage. Am Morgen hatte Walter Momper in der Presse

<sup>7</sup> Walter Momper, Grenzfalle. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte, München 1991, S. 106ff.

<sup>8</sup> *B.Z.* 27.10.1989, S. 17; *B.Z.* 31.10.1989, S. 21.

<sup>9</sup> *B.Z.* 5.11.1989, S. 9.

<sup>10</sup> *B.Z.* 7.11.1989, S. 4.

<sup>11</sup> *B.Z.* 8.11.1989, S. 27.

angekündigt, die Bewohner West-Berlins in einem Brief Ende November auf die möglicherweise kommende Reisefreiheit einstimmen zu wollen. Wenige Stunden später sollte die Mauer bereits zum Denkmal geworden sein. Es kullerten die ersten vorsichtigen Freudentränen und man schaltete skeptisch von einem TV-Kanal zum nächsten. Sollte das wahr sein? Um 20 Uhr hieß es in der *Tagesschau*: „Also auch die Mauer soll über Nacht durchlässig werden.“ Aus der Möglichkeit wurde Realität und somit hörten die Berliner um 22.42 Uhr in den *Tagesthemen* Hanns Joachim Friedrichs verkünden: „Dieser 9. November ist ein historischer Tag. Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“

### **„Nur mal gucken“ – der Sturm auf West-Berlin**

Ab 23.00 Uhr wurden die Grenztruppen der DDR sowie die Passkontrollleure des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit dem prophezeiten Massenansturm konfrontiert. An den Übergängen nach West-Berlin hatten sich Zehntausende DDR-Bürger eingefunden, um ihr neues Recht auf freie Reise einzufordern. Den größten Andrang verzeichnete die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Bornholmer Straße. Schon gegen 20.30 Uhr registrierten die Mitarbeiter des MfS einige Hundert Reisewillige. Wenig später warteten Tausende darauf, dass Schabowskis Worten nun Taten folgen würden. Doch die Schlagbäume blieben unten. Ein Mann machte seinem Unmut Luft und fluchte: „Ne Massenverarschung is dit hier. Denn hätt ick auch zu Hause bleiben können und pennen können.“<sup>12</sup> Die Wartenden wurden zunehmend ungeduldiger. Eine Ventillösung sollte Abhilfe schaffen: Besonders vehement auf ihr Recht pochende Bürger wurden ab 21.30 Uhr durchgelassen und erhielten einen Stempel schräg über das Passbild ihres Personalausweises. Man plante, ihnen eine spätere Rückreise zu verweigern. Das erste Pärchen, das die weiße Demarkationslinie überschritt, waren Touristen aus Mecklenburg.<sup>13</sup> Sie hatten in einer Kneipe von der Grenzöffnung erfahren und sich umgehend auf den Weg gemacht. Ihnen folgten knapp 200 weitere Personen, die mit Sekt und Umarmungen begrüßt wurden. Das Durchlassen Einzelner sorgte jedoch auf

<sup>12</sup> „Herbstgeschichte – 10 Jahre Mauerfall“, Dokumentation von *Spiegel TV*, 1999.

<sup>13</sup> So der Bericht des Journalisten und Augenzeugen Adriano Coco.

der anderen Seite für weiteren Unmut. „Wir kommen wieder!“, schallte es im Sprechchor durch die Nacht, um die Grenzposten milde zu stimmen.<sup>14</sup> Die meisten wollten nur mal gucken, ein Bier auf dem Ku'damm trinken oder lang vermisste Verwandte und Freunde besuchen.

Harald Jäger, stellvertretender Leiter der Passkontrolleinheit (PKE) Bornholmer Straße, war beim Abendbrot von den Nachrichten überrascht worden. Sein Oberst, über die neue Regelung nicht informiert, bestätigte auf Nachfrage: „Es gibt keine Ausreisemöglichkeiten unter diesen Bedingungen.“ Um 23.30 Uhr beschloss Jäger, die Passkontrolle einzustellen und der Geschichte ihren Lauf zu lassen. Unter den Worten „Wir fluten jetzt“ öffnete die Bornholmer Straße als erster Grenzübergang. Pfeifend und applaudierend strömten die Ost-Berliner in den auf westlicher Seite angrenzenden Bezirk Wedding. Jubel ertönte von allen Seiten. Ungläubig schauten die Mitarbeiter der Passkontrolle dem Treiben zu – wohl schon mit der leisen Ahnung, hier bald nicht mehr stehen zu müssen. Kamerteams der westdeutschen Medien fingen die Stimmung ein: „28 Jahre!“, wurde mit Erstaunen und Erleichterung gerufen.<sup>15</sup> Arm in Arm spazierte ein Mann mit seiner Frau über die Brücke und begrüßte die Journalisten des *SFB* mit den Worten: „Und ick dachte, ick muss noch 35 Jahre warten.“ Sie ergänzte mit glücklichem Gesicht: „Ach Mensch, dit is einfach irre, dit mal von der anderen Seite zu sehen.“ Ein älterer Herr schlug die Hände vor sein Gesicht, wischte Freudentränen weg und sagte kopfschüttelnd: „Mein Jott, jibts det nochmal. Det kann ne wahr sein.“<sup>16</sup> Ein weiterer Besucher fasste die Bedeutung der Nacht mit wenigen Worten zusammen: „Wer jetzt schläft, der ist tot.“<sup>17</sup>

Bereits um 20 Uhr hatte der Pächter des West-Berliner Café Adler am Checkpoint Charlie samt einiger Gäste mit den DDR-Grenzposten auf die Maueröffnung anstoßen wollen. Diese hatten jedoch dankend abgelehnt. Zwei Stunden später hatten sich mehrere Hundert Personen auf westlicher Seite zusammengefunden, von denen erst ca. 50 und schließlich 120 ver-

<sup>14</sup> Herbstgeschichte – 10 Jahre Mauerfall, Dokumentation von Spiegel TV, 1999.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> SFB/rbb, *Berliner Abendschau*, 9.11.1989, zu sehen unter: [http://www.rbb-online.de/etc/medialib/rbb/rbb/abendschau/mauer/zu\\_fuss\\_in\\_den\\_westen.asx..2.asx](http://www.rbb-online.de/etc/medialib/rbb/rbb/abendschau/mauer/zu_fuss_in_den_westen.asx..2.asx)

<sup>17</sup> ZDF *heute*, 10.11.1989.

suchten, auf die östliche Seite zu gelangen, aber durch die Grenzer abgedrängt wurden. Die Lage spitzte sich zu. Eine Stunde später waren es 3.000 West-Berliner, die riefen: „Lasst uns rein!“ Der lautstarken Antwort einiger Hundert DDR-Bürger „Lasst uns raus!“ gab ein Hauptmann wenig später nach. Er entließ sie mit der Bitte „Kommt aber alle wieder zurück!“ in den Kreuzberger Teil der Friedrichstraße.<sup>18</sup>

Bis Mitternacht versammelten sich auch knapp 5.000 Menschen auf der westlichen Seite des Grenzübergangs Invalidenstraße. Genau wie die Ost-Berliner, die zur Bornholmer Straße gefahren waren, hatten auch sie den nächstgelegenen Grenzübergang gewählt. Auch das Außenteam des ZDF wartete hier auf ein Interview mit den ersten Ost-Berlinern. Gegen Mitternacht eroberten 500 ungeduldige West-Berliner den Einreisebereich der Invalidenstraße und forderten lautstark: „Wir wollen rein!“ Ihnen schallte von der anderen Seite „Wir wollen raus!“ entgegen. Ab 1.25 Uhr überwandene einige die Sperrvorrichtungen in Richtung Osten. Walter Momper versuchte sich als Verkehrspolizist. Das MfS protokollierte: „Ausgerüstet mit einem Megaphon bestieg er einen Tisch und forderte durch das Megaphon die Bürger auf, die Ein- und Ausreise einzustellen. Dem wurde nicht Folge geleistet. Um 1.35 Uhr sprach Momper im westlichen Vorfeld durch das Megaphon und forderte die West-Berliner Bürger auf, das Territorium zu verlassen, damit die DDR-Bürger nach West-Berlin passieren können; sie möchten den Verkehr nicht behindern, um diese historische Stunde nicht zu verderben.“ Der Bürgermeister, Markenzeichen roter Schal, hatte sich zuvor aus dem SFB-Studio mit den Worten verabschiedet, sein Platz sei jetzt woanders, und war mit Blaulicht zum Übergang gefahren worden. Zu seinem Fahrer hatte er gesagt: „Wir werden nicht die ersten sein, ich kenne meine Berliner.“<sup>19</sup> Er sollte Recht behalten.

Auch an den Übergängen Friedrich-/Zimmerstraße, Rudower Chaussee, Oberbaumbrücke und Heinrich-Heine-Straße mussten sich die Grenzer bereits gegen jeweils mehrere Hundert Einlass begehrende West-Berliner wehren.<sup>20</sup> Im Spalier empfing man allorts die einrollenden hupenden Trabis, verschenkte Blumen, klopfte auf die Pappdächer der Wagen und tauchte sie in Sektfontänen. Momper versuchte sich derweil in Schadensbegrenzung und kontaktierte kurz nach Mitternacht die Verantwortlichen

<sup>18</sup> Hertle, Chronik des Mauerfalls, S. 171-177.

<sup>19</sup> „Laßt die Leute raus“, *Der Spiegel* 46, 1989, 13.11.1989, S. 28-30.

<sup>20</sup> BStU, ZA, Mittag 30, Bl. 96-106.

der Alliierten. Er beschrieb die Lage: „Wir kommen überall rüber, wir können jederzeit zum Alexanderplatz laufen und uns die Hucke vollsaufen.“ Und bat die Amerikaner und Briten um Hilfe, denn „am Brandenburger Tor fangen die Verrückten an, überall mit dem Hammer auf der Mauer rumzukloppen.“<sup>21</sup> Laut eines Lageberichtes der West-Berliner Polizei hatten um 22.44 Uhr erste Mauerspechte ihre Arbeit aufgenommen. Die ersten Mutigen erklimmen die Krone und skandierten „Weg mit der Mauer“.<sup>22</sup> Auf beiden Seiten des Brandenburger Tors stieg die Zahl der Menschen rapide an. Die ersten West-Berliner überwandern das Ungetüm aus Beton und eroberten den Platz vor dem Tor. Mit den Worten „runter, runter“ forderten sie die restlichen Maueroberer auf, ihnen zu folgen.<sup>23</sup> Kurz nach 1 Uhr konnte die Volkspolizei nur noch ohnmächtig zusehen, wie 300 Ost-Berliner einfach über den Sperrzaun am Pariser Platz kletterten. Was folgte, waren Emotionen, die sich jeder Beschreibung entziehen: Umarmungen, Tränen. Manche streichelten die Säulen. Es wurde eine Menschenkette rund um das Tor gebildet und die Berliner tanzten die erste deutsch-deutsche Polonaise.<sup>24</sup>

Laut MfS-Protokoll reisten zwischen 23 Uhr und 4 Uhr über 68.000 DDR-Bürger nach West-Berlin. Der Straßenverkehr kam fast gänzlich zum Erliegen und der Ku'damm wurde gegen 2 Uhr zur Fußgängerpassage. Ein vorbeifahrender Bus mit Wodka-Werbung sorgte für spontane Jubelchöre: „Gorbi, Gorbi.“ Vor der Gedächtniskirche wurde „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ gesungen.<sup>25</sup> Die in den frühen

<sup>21</sup> „Laßt die Leute raus“, *Der Spiegel* 46,1989, 13.11.1989, S. 28-30. Walter Momper, Grenzfall, S. 146ff.

<sup>22</sup> ZDF *Heute*, 10.11.1989

<sup>23</sup> SFB/rbb, *Berliner Abendschau*, 9.11.1989, Zu sehen unter: [http://www.rbb-online.de/etc/medialib/rbb/rbb/abendschau/mauer/die\\_nacht\\_am\\_brandenburger.asx..2.asx](http://www.rbb-online.de/etc/medialib/rbb/rbb/abendschau/mauer/die_nacht_am_brandenburger.asx..2.asx)

<sup>24</sup> SFB/rbb, *Berliner Abendschau* 9.11.1989, zu sehen unter: [http://www.rbb-online.de/fernsehen/projekte/20\\_jahre\\_mauerfall/zeitzeugen\\_gesucht/zeitzeugen\\_gesucht.html](http://www.rbb-online.de/fernsehen/projekte/20_jahre_mauerfall/zeitzeugen_gesucht/zeitzeugen_gesucht.html).

Zuschnitt der TV-Berichte des SFB aus dem Jahr 1990: Ein Volk sprengt seine Mauern – 9. November 1989.

Morgenstunden am Bahnhof Zoo verteilte Ausgabe der Tageszeitung *B.Z.* titelte: Die Mauer ist weg! Berlin ist wieder Berlin!<sup>26</sup>

Weder aus den Akten des Politbüros oder des ZK noch aus den Berichten des MfS und der Nationalen Volksarmee (NVA) geht hervor, dass es einen zentralen Befehl zur Öffnung der Grenzen gab. Lediglich im Lagebericht des MfS vom 10. November 1989 findet sich ein Hinweis auf einen gegen 23.30 Uhr erfolgten Befehl. Ein Verantwortlicher wird nicht erwähnt.<sup>27</sup> Nur Egon Krenz meint, sich an einen gegen 22 Uhr gegebenen Befehl erinnern zu können.<sup>28</sup> Dem widerspricht jedoch die spätere Reaktion der NVA: Noch um 00.20 Uhr löste sie erhöhte Gefechtsbereitschaft aus und begann, Technik und Panzer einsatzbereit zu machen. Oberstleutnant Harald Jäger von der Bornholmer Straße erreichte dieser angebliche Beschluss von Egon Krenz nicht. Im Alleingang hatte er in dieser Nacht entschieden, dem Druck der Menschen nachzugeben.

### **Grenzenlos glücklich – der erste Tag nach dem Mauerfall**

Bereits am 10. November beseitigte die DDR erste Grenzsperranlagen und richtete neue Übergänge ein. Die Berliner erkundeten den jeweils bis dato unbekanntem Teil ihrer Stadt. Nur einige ältere West-Berliner wagten zunächst nicht den Schritt über die weiße Linie, die bisher die beiden deutschen Staaten getrennt hatte. Geprägt von den Erinnerungen an die Berlin-Krise und den Mauerbau wollten sie die nächsten Tage abwarten. Sie hatten die Sorge, die Mauer könnte hinter ihnen wieder geschlossen werden. Die Jahre des Kalten Krieges hatten skeptisch gemacht und man traute

<sup>26</sup> ZDF *heute*, 10.11.1989; SFB/rbb, *Berliner Abendschau* 9.11.1989, zu sehen unter: <http://www.rbb-online.de/etc/medialib/rbb/rbb/abendschau/mauer/kurfuerstendamm.asx..2.asx> sowie weitere Stimmungsberichte des SFB/rbb; *B.Z.*, 10.11.1989, S. 60.

<sup>27</sup> Die genaue Formulierung lautet: „Als aufgrund der unüberschaubaren Menschenmenge vor einigen Grenzübergangstellen und nach dem Eindringen zahlreicher Personen in die Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße abzusehen war, daß die Situation nicht länger zu beherrschen sein werde, wurde etwa gegen 23.30 Uhr auf zentrale Weisung mit der Abfertigung der Personen zur Grenzpassage nach Westberlin begonnen.“ Siehe: BStU, ZA, Mittig 30, Bl. 96-106.

<sup>28</sup> Egon Krenz, Herbst '89, Berlin 1999, S. 236-250.

dem Frieden noch nicht. Am Nachmittag versicherte jedoch das Innenministerium der DDR: Die neue Reiseregulation ist dauerhaft. Die von den Meldestellen ausgegebenen Visa waren für ein halbes Jahr gültig – an den meisten Übergängen genügte jedoch zunächst der Personalausweis.

Für die West-Berliner galten im Laufe des 10. November schon wieder die alten Regeln. Seit dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971 hatten sie in einem der fünf Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten der DDR in ihrer Stadthälfte einen Berechtigungsschein beantragen müssen. Diese Büros der Arbeitsgruppe XVII des MfS befanden sich in Charlottenburg, Steglitz, Kreuzberg, Wedding und Spandau. Hier musste der „behelfsmäßige Personalausweis“ vorgezeigt werden, ein spezieller Ausweis für West-Berliner Einwohner. Darüber hinaus hatte der Antragsteller den Grund der Reise anzugeben und sich für einen Grenzübergang für die Ein- und Ausreise zu entscheiden. Die Visa wurden erst bei der Einreise am Grenzübergang ausgegeben. In den Wochen zwischen Mauerfall und Weihnachten genossen erstmals die DDR-Bürger eine größere Reisefreiheit als die West-Berliner. Erst am 24. Dezember 1989 endete die altbekannte Prozedur – nun konnten die West-Berliner mit ihrem Personalausweis für maximal 30 Tage in den Osten der Stadt reisen. Sie hatten nur eine Zählkarte auszufüllen, die bei der Ausreise wieder abgegeben werden musste. Auch der Zwangsumtausch von 25 DM wurde abgeschafft. Am 1. Juli 1990, dem Tag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, wurden schließlich auch die Passkontrollen gänzlich eingestellt.

Am 10. November waren Schulen und Arbeitsplätze hüben wie drüben nur mäßig besucht. Die Schulsenatorin Sybille Volkolz hatte appelliert, die Lehrer mögen den Unterricht doch an die Grenze verlegen. Geschichtsunterricht live und direkt, das sollten die Kleinen nicht verpassen. Die Straße des 17. Juni war umgetauft worden. Ein Berliner hatte euphorisch ein Straßenschild überklebt. Nun war dort zu lesen: Straße des 9. November.<sup>29</sup> Die in der Nacht geborene neue Spezies, der Mauerspecht, bearbeitete in Scharen emsig den Betonwall. Überall klopfte es. Berliner saßen und tanzten auf der Mauer, Musiker spielten und pfiffige Händler vermieteten Hämmer und Meißel. Ein Unternehmen warb zielgruppenge-

<sup>29</sup> Fotoarchiv Frederik Ramm, Zu sehen unter: <http://www.remote.org/frederik/culture/berlin/7314-3252-4641-img0034-3.jpg>.

recht mit einem Banner: „Betondemontagetechnik – Diamant-, Betonbohr- und Sägedienst“.<sup>30</sup>

In nur einer Nacht hatte sich das Stadtbild gänzlich verändert: Graue, beigefarbene und hellblaue Trabis, so weit das Auge reichte. Der typische Geruch der Zweitakter erfüllte nun die gesamte Berliner Luft. Die 100 DM Begrüßungsgeld<sup>31</sup> für jeden Bürger aus der DDR sorgten für Menschenschlangen vor den Banken. Mittagessen für 1 Ost-Mark, Kaffee und Coca-Cola gratis – die aus der ganzen DDR angereisten Menschen wurden mit Angeboten, Vergünstigungen und Geschenken überhäuft. Die Bäckerei „Backstube“ verschenkte 12.000 Pfannkuchen, das KaDeWe hatte allein am Vormittag 300 Liter Kaffee an die Gäste verteilt. Der *SFB* richtete eine eigene Telefonnummer ein, unter der West-Berliner Übernachtungsmöglichkeiten für die Besucher aus der DDR melden konnten. Viele Bars spendierten Schnaps und akzeptierten Ost-Mark. Ein glücklicher Gewinner aus der Spielbank lud spontan alle vorbeilaufenden DDR-Bürger in ein Lokal ein: 800 Bier verschenkte er insgesamt. Der Fußballverein Hertha BSC verteilte 10.000 Freikarten für das Olympiastadion, die Berliner Philharmoniker gaben ein Gratis-Konzert und mehrere Theater luden zu Sondervorstellungen.<sup>32</sup> Einzelne West-Berliner, aber auch große Unternehmen kümmerten sich an provisorisch errichteten Ständen um die Versorgung der Gäste aus dem Osten.

<sup>30</sup> Foto von Gerd Rosskamp, 10.11.1989. Zu sehen unter: [https://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/ObjectDetail/Show/object\\_id/886/search\\_mode/browse](https://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/ObjectDetail/Show/object_id/886/search_mode/browse).

<sup>31</sup> Das Begrüßungsgeld existierte bereits seit 1970. 1987 war es auf 100 DM erhöht worden. Bereits am 3.12.1989 erwähnte Kohl gegenüber dem US-Präsidenten George Bush, dass man aufgrund der hohen finanziellen Belastung die Zahlung zum Ende des Jahres einstellen müsse. Bis zu diesem Tag seien laut Kohl 1,8 Mrd. DM ausgezahlt worden. Gemäß den Recherchen des Wirtschaftshistorikers André Steiner waren es eher 2 bis 3 Mrd. DM allein im November und Dezember 1989. Im Gegensatz zu gängigen Behauptungen habe dies jedoch keinen großen Einfluss auf den westdeutschen Einzelhandelsumsatz gehabt.

<sup>32</sup> *B.Z.*, 11.11.1989, S. 2-12.

### Schöneberger Sängerknaben, B-Mannschaft

Am Abend des 10. November sprachen im Anschluss an eine eigens einberufene Sitzung des Berliner Senats Jürgen Wohlrabe, Walter Momper, Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl vor dem Schöneberger Rathaus. Zehntausende Berliner hatten sich auf dem John-F.-Kennedy-Platz versammelt. Als erster Redner trat der glatzköpfige Bürgermeister ans Mikrophon und ließ sich feiern. Er war zur Ikone des Mauerfalls geworden. Von hinten zischte der Bundeskanzler: „Lenin spricht“<sup>33</sup>. Doch die Berliner beklatschten stürmisch seine berühmten Worte: „Wir Deutschen sind heute das glücklichste Volk der Welt.“ Kohl hingegen wurde im Verlauf seiner nüchtern vorgetragenen Rede gnadenlos ausgepiffen. Zu diesem Zeitpunkt war er noch nicht der Einheitskanzler. Viele Anwesende hatten die heiße Debatte infolge einer unglücklichen Formulierung, in der er indirekt Gorbatschow mit Goebbels verglichen hatte, noch in Erinnerung. 1986 hatten in einer Umfrage des Emnid-Instituts 90 % der Bundesbürger diese Äußerung als einen Fehler bezeichnet.<sup>34</sup> Auch eine Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch ehemalige Mitglieder der Waffen-SS beerdigt liegen, sowie seine jüngste Polenreise hatten einen großen Teil der Bundesrepublik gegen ihren Kanzler aufgebracht. Nur 57 % der Westdeutschen wünschten im November 1989, dass Kohl auch weiterhin in der deutschen Politik eine Rolle spielen solle.<sup>35</sup> Die Anhänger des Kanzlers waren darüber hinaus einem anderen Ruf gefolgt: Die CDU hatte zeitgleich zu einer Kundgebung an der Gedächtniskirche geladen.<sup>36</sup>

Der einstige West-Berliner Bürgermeister Willy Brandt wusste sein Publikum zu begeistern. „Dies ist ein schöner Tag nach einem langen Weg“, resümierte der Begründer der Neuen Ostpolitik. Gleichzeitig mahnte er in kluger Voraussicht: „Nichts wird wieder so, wie es einmal war. Dazu gehört, dass auch wir im Westen nicht an mehr oder weniger schönen Paro-

<sup>33</sup> Christiane Landgrebe, *Der Tag, an dem die Mauer fiel. Prominente Zeitzeugen erinnern sich*, Berlin 1999, S. 36.

<sup>34</sup> „Kohl hätte sich entschuldigen müssen“, *Der Spiegel* 46, 1986, 10.11.1986, S. 28-30.

<sup>35</sup> „SED bei freien Wahlen ohne Chance?“, *Der Spiegel* 48, 1989, 27.11.1989, S. 62-67.

<sup>36</sup> Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990*, München 2009, S. 417.

len von gestern gemessen werden, sondern an dem, was wir heute und morgen zu tun, zu leisten bereit und in der Lage sind, geistig und materiell.“<sup>37</sup> Hans-Dietrich Genscher, damals besonders infolge seines großen Engagements für die DDR-Flüchtlinge beliebt, würdigte die Besonnenheit und Reife, mit der sich die Menschen in der DDR für ihre Freiheit eingesetzt hatten. Er sprach die Sorgen der europäischen Nachbarn vor einem nicht mehr geteilten Deutschland an und betonte die Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft der westlichen Demokratien. „Liebe Mitbürger, wenn die Stunde der Freiheit in ganz Europa schlägt, dann können wir sagen: Deutsche haben dabei mitgewirkt, und wir waren dabei.“<sup>38</sup> Zum Abschluss der Veranstaltung hatte sich der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Jürgen Wohlrabe, eine besondere Überraschung ausgedacht: Er begann, die Nationalhymne der Bundesrepublik zu singen. Unvorbereitet und wenig begeistert stimmten die anderen vier Redner ein. Der spontan begründete Männerchor ging aufgrund der schiefen Tonlage als B-Mannschaft der Schöneberger Sängerknaben in die Geschichte ein.

Zeitgleich versuchte die SED im Ost-Berliner Lustgarten, schräg gegenüber dem Palast der Republik, die Massen noch einmal zu mobilisieren. Mit Durchhalteparolen und Arbeiterliedern sollte die Parteibasis für die von Egon Krenz proklamierte Wende begeistert werden. Er gab sich zuversichtlich: In den kommenden freien Wahlen würde das Volk die Besten ins Parlament wählen. Das Volk wählte und entschied sich für die westliche Demokratie. Am 18. März 1990 gewann die Allianz für Deutschland unter Führung der CDU mit knapp über 48 % der Stimmen.

### **„Wat nu?“ – erste Ernüchterung und die Frage nach der Zukunft**

Für mehrere Wochen regierte in West-Berlin das Chaos. Allseits bemühte man sich um Verpflegung und Unterbringung der unzähligen Besucher. Französische Soldaten schenkten in Heiligensee Kaffee aus, der Wirtschaftssenator setzte die Ladenschlussgesetze außer Kraft, die Johanniter

<sup>37</sup> Willy Brandt, „Was zusammengehört ...“. Über Deutschland, 2., völlig neu überarbeitete und erweiterte Aufl., Bonn 1993, S. 33-38.

<sup>38</sup> Hans-Dietrich Genscher, Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit, Berlin 1991, S. 228-230.

verteilt an einem Tag 75.000 Portionen Suppe, Kirchengemeinden wurden zu Herbergen, an und in der Diskothek Big Apple wurde die erste Wahl zur Miss Ost-Berlin zelebriert.<sup>39</sup>

Die *B.Z.* brachte das Gefühl dieser Tage auf den Punkt: „Das neue WIR-Gefühl belebt alle Herzen in der Stadt. Der Besucher-Rausch schenkt Berlin das schönste und wundervollste Chaos der Welt! Fühlt euch wohl, Freunde!“<sup>40</sup>

Nach tagelangem Freudentaumel kam schleichend mit den alltäglichen Problemen die erste Ernüchterung.<sup>41</sup> Die Kolonnen aus stotternden, stinkenden Trabis ließen erste, die gerade noch gejubelt hatten, schon bald die Nase rümpfen. Doch vor allem ein typischer Export aus dem Osten sorgte für genervte Reaktionen: die Warteschlange. Schnell verbreitete sich unter den West-Berlinern die ironische Abwandlung eines Weihnachtsgedichtes: „Von draußen vom Aldi-Markt komme ich her, ich muss euch sagen, da gibt's bald nichts mehr ...“ Das KaDeWe wurde in „Kaufhaus des Ostens“ umbenannt. Die Berliner Schnauze brachte schnell die für sie typischen charmant-arroganten Sprüche hervor. Auf dem Ku'damm demonstrierten Kreuzberger Autonome, um den dort flanierenden Ostdeutschen zu erklären, dass der Kapitalismus das eigentliche Übel ist. Die Zuschauer von jenseits der Mauer reagierten jedoch nur mit einem murri-gen: „Dann geht doch rüber.“<sup>42</sup> Die Berliner waren in ihrem Element: Die ganze Welt schaute auf sie und sie konnten ihre Freude unter den üblichen kodderig vorgetragenen, aber meist liebevoll gemeinten Meckereien verstecken.

Es dominierte zwar eine stadtweite Volksfeststimmung, dennoch mussten möglichst schnell dauerhafte Lösungen gefunden werden. West-Berlin wurde förmlich überrannt. Obwohl die Zahl der Übersiedler ab Mitte November rapide sank, waren die Notaufnahmelager seit der ungarischen Grenzöffnung im September 1989 noch immer überfüllt. Der Senat kaufte Container, um Unterkünfte für dauerhaft Ausreisende errichten zu können. Ein Weddinger Möbelhaus und die Polizei hatten Räume zur Verfügung

<sup>39</sup> *B.Z.*, 13.11.1989, S. 7-42.

<sup>40</sup> *B.Z.*, 11.11.1989, Titelseite.

<sup>41</sup> *Der Tagesspiegel*, 19.11.1989, S. 13.

<sup>42</sup> „Mit hungrigem Blick“, *Der Spiegel* 47, 1989, 20.11.1989, S. 31.

gestellt.<sup>43</sup> In 300 Notquartieren – unter anderem Turnhallen, Jugendherbergen und beschlagnahmte Wohnungen – standen 23.000 Betten bereit.<sup>44</sup> Bausenator Wolfgang Nagel bat, jeder, der ein Zimmer untervermieten könne, solle sich melden.<sup>45</sup> Klaustrophobie herrschte in der schon immer chronisch unter Wohnungsmangel leidenden Stadthälfte. Im Verlauf des Jahres waren insgesamt 344.000 Menschen aus der DDR geflüchtet, davon etwa 16 % nach West-Berlin. Allein im Monat des Mauerfalls waren 135.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen. Bis zur Wiedervereinigung folgten weitere 260.000.<sup>46</sup> Der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kommentierte dies im Januar 1990 lakonisch mit den Worten: „Das sind Zahlen, derentwegen einst die Mauer gebaut wurde.“<sup>47</sup>

In Bonn forderten erste Politiker einen Zuzugsstopp für West-Berlin. Auch wenn man sich sicher war, dass die DDR keinen Schritt mehr zurück machen könne, so war die Zukunft doch ungewiss. Noch drei Wochen nach der Grenzöffnung existierte kein Plan, wie es nun weitergehen solle. Die Wohlfahrtsverbände waren überlastet, sie waren seit Wochen im Dauereinsatz.<sup>48</sup> Eine Umfrage des Institutes Emnid bestätigte die Sorgen der Westdeutschen im November 1989: 81 % rechneten mit Problemen auf dem Wohnungsmarkt, 57 % mit einer Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.<sup>49</sup> Händeringend wurde seitens beider Regierungen nach einer Möglichkeit gesucht, um eine schnelle Steigerung der Lebensqualität und demokratische Reformen in der DDR glaubhaft zu machen, um so die Zahl der Übersiedler zu senken.

<sup>43</sup> RIAS-Bericht aus dem Rathaus Schöneberg, 14. September 1989, Archiv Deutschlandradio, Sendung: Spätreport; ausführlich zur Situation in der gesamten Bundesrepublik: „Das Faß läuft über“, *Der Spiegel* 38, 1989, 18.9.1989, S. 20-26.

<sup>44</sup> „Die Katastrophe ist da“, *Der Spiegel* 46, 1989, 13.11.1989, S. 130-137.

<sup>45</sup> *B.Z.*, 12.12.1989, S. 5.

<sup>46</sup> Volker Ronge, „Übersiedler“, in: Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/Main, New York, 1993, S. 643-647.

<sup>47</sup> „DDR: ‚Sie fühlen sich betupft‘“, *Der Spiegel* 3, 1990, 15.1.1990, S. 16-18.

<sup>48</sup> *Der Tagesspiegel*, 21.11.1989, S. 17.

<sup>49</sup> „Wer zurückfährt, ist willkommen“, *Der Spiegel* 47, 1989, 20.11.1989, S. 16-17.

Derweil wuchs Berlin immer enger zusammen. Während der Besucherstrom in der Bundesrepublik Ende November langsam nachließ, kamen an den Wochenenden noch immer bis zu 200.000 Besucher nach West-Berlin.<sup>50</sup> Am 22. Dezember wurde das Brandenburger Tor feierlich geöffnet – erstmals nach knapp drei Jahrzehnten konnten Fußgänger es wieder durchqueren. Trotz strömendem Regen warteten über 100.000 Berliner auf beiden Seiten des Tores, bis um 15 Uhr die Sperrgitter entfernt wurden. Ein regelrechter Sturm auf das Tor setzte ein. Die Feuerwehr verzeichnete 26 Rettungseinsätze. 80 Menschen fielen im Gedränge in Ohnmacht. Niemand hatte solch einen Andrang erwartet.<sup>51</sup> 500.000 durchquerten das Tor allein an den Weihnachtsfeiertagen und wurden auf ihrem Spaziergang zum Alexanderplatz mit Glühwein versorgt. Ein Ost-Berliner schenkte Tee und Grog aus. An seinem Wohnwagen prangte ein Schild: „Heute ist euer 9. November, herzlich willkommen!“<sup>52</sup> Neue Worte und Sitten wurden von den Besuchern aus dem Westteil schnell gelernt: Die „Sättigungsbeilage“ bezeichnete in DDR-Gaststätten alles, was sich außer Fleisch noch auf dem Teller befand. Stets fielen die West-Berliner auf, da sie nicht wussten, dass man in den Restaurants zu warten hatte, bis man platziert wurde. Dass die Ost-Variante „Club Cola“ für vom Original verwöhnte Gaumen ungenießbar war, stellte man schnell fest.

Die Silvesternacht am Brandenburger Tor wurde schließlich zum krönenden Abschluss eines ereignisreichen Jahres. David Hasselhoff tanzte in einer mit blinkenden Lampen verzierten Lederjacke und sang im Chor mit der feiernden Menge „I’ve been looking for freedom“. Das neue Jahr brachte Gutes und Schlechtes: Die sich anbahnende deutsche Einheit sorgte schon bald für gemischte Gefühle. Die Westdeutschen – und insbesondere West-Berlin – plagte die Sorge vor drohender Massenarbeitslosigkeit und einer Überforderung der Sozialkassen durch die anhaltenden Flüchtlingsströme. Auch die Situation in den Notaufnahmелagern drohte zu eskalieren: Frust, Ungeduld und Alkohol führten mancherorts zu Randalen und Gewalt.<sup>53</sup> In Ostdeutschland warnten erste Stimmen vor einem Ausverkauf der DDR und einem Status als „Bürger zweiter Klasse“.

<sup>50</sup> *Der Tagesspiegel*, 28.11.1989, S. 7.

<sup>51</sup> *B.Z.*, 23.12.1989, S. 2.

<sup>52</sup> *B.Z.*, 24.12.1989, S. 12.

<sup>53</sup> Hierzu ausführlich: „Wieso kommen die noch?“, *Der Spiegel* 8, 1990, 19.2.1990, S. 29-32.

### Der Weg zur deutschen Einheit

Am 17. November 1989 hatte der frisch gewählte neue Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik vorgeschlagen. Die Zeit arbeitete jedoch gegen seine Idee. Täglich verließen 2.000 Menschen das Land, die Opposition traf sich zu Gesprächen am Runden Tisch, die finanzielle Situation der DDR verschlechterte sich rapide und die SED verlor über die Hälfte ihrer Mitglieder. Am 3. Dezember lösten sich das Politbüro und das Zentralkomitee der SED auf. Auf den Demonstrationen in Leipzig tauchten zunehmend Deutschlandfahnen auf. Statt „Wir sind das Volk“ wurde bald „Wir sind ein Volk“ gerufen. Am 28. November 1989 präsentierte Helmut Kohl einen Zehn-Punkte-Plan, der zunächst die Entwicklung konföderativer Strukturen vorsah, aber die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik benannte.<sup>54</sup> Die europäischen Nachbarn waren darüber weniger erfreut und auch Michail Gorbatschow zeigte sich erbost. In Moskau redete er sich gegenüber Hans-Dietrich Genscher in Rage und zog einen bitteren Vergleich: „Heute geht man in diesem Stil mit der DDR um, morgen womöglich mit Polen, der Tschechoslowakei und dann mit Österreich.“<sup>55</sup>

Ende Januar jedoch druckte die *Bild*-Zeitung auf der Titelseite ein Interview mit dem Journalisten und Gorbatschow-Berater Nikolai Portugalow ab, in dem dieser bekundete, Moskau würde im Falle einer deutschen Wiedervereinigung nicht intervenieren. Nun wurden aus den Bonner Planspielen konkrete Verhandlungen für eine deutsche Einheit. Auch Berlin übte sich mit ersten Schritten, der Einheit ein Stück entgegenzulaufen: Ein gemeinsamer „provisorischer Regionalausschuss“ nahm seine Arbeit auf.<sup>56</sup> Aus der wirtschaftlichen Notlage der DDR resultierte zunächst eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Sie trat am 1. Juli 1990 in

<sup>54</sup> Helmut Kohl, „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ (28. November 1989), *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 29. November 1989; abgedruckt in: Volker Gransow und Konrad H. Jarausch (Hg.), *Die Deutsche Vereinigung: Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt*, Köln 1991, S. 101-104.

<sup>55</sup> Alexander von Plato, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel*, 2. durchges. Aufl., Lizenzausgabe, Bonn 2003, S. 131.

<sup>56</sup> Momper, *Grenzfall*, S. 234ff.; Dieter Schröder, *Von Politik und dummen Fragen*, Rostock 2002, S. 159ff.

Kraft.<sup>57</sup> Erneut bildeten sich Schlangen vor den Banken. Umgetauscht wurde bis zu einer Summe von 4.000 Mark im Verhältnis 1:1, höhere Beträge im Verhältnis 2:1.<sup>58</sup> Nach hitzigen Debatten beschloss die Volkskammer der DDR in der Nacht des 23. August 1990 den Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Eine besonders von ostdeutschen Bürgerrechtlern und vielen Sozialdemokraten bevorzugte Alternative wäre die Vereinigung nach Artikel 146 gewesen. Dies hätte die langwierige Erarbeitung einer neuen, gemeinsamen Verfassung vorausgesetzt. Diese Zeit blieb aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage der DDR nicht.<sup>59</sup>

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Wickert aus dem Februar 1990 bestätigten knapp 90 % der Westdeutschen und 85 % der Ostdeutschen, dass sie die Beibehaltung des alten Grundgesetzes bevorzugen würden.<sup>60</sup> Die Wiedervereinigung an sich stand im Westen weniger hoch im Kurs: Im Mai erklärten nur 28 % der monatlich vom Emnid-Institut Befragten sie als wichtiges Ziel deutscher Politik. Während im März noch 61 % bereit waren, dafür finanzielle Opfer in Kauf zu nehmen, waren es nun nur noch 28 % der Bundesbürger. 58 % gaben an, die Bundesregierung würde sich politisch in den letzten Monaten zu sehr auf die DDR konzentrieren. Während 80 % der DDR-Bürger an eine stabile D-Mark nach der Währungsunion glaubten, bezweifelten dies 52 % der Bundesbürger.<sup>61</sup> Im Juni gemeinsam befragt, versprachen sich 64 % der Ostdeutschen mehr Vorteile von der Einheit, 63 % der Westdeutschen sahen eher Nachteile auf sich zukommen. Einig waren sie sich hinsichtlich des Tempos: Mehr als die Hälfte der Befragten empfanden den Prozess als zu schnell. Dennoch stimmten sie mehrheitlich überein: Das Ziel ist wichtiger als das Tempo.<sup>62</sup> Für die Berliner verband sich mit der Debatte um die

<sup>57</sup> Manfred Görtmaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 715-768; Herrmann Weber, *Die DDR 1945-1990*, 4. durchges. Aufl., München 2006, S. 96-120.

<sup>58</sup> Im Verhältnis 1:1 umtauschen durften: Kinder unter 14 Jahren bis zu 2.000 DDR-Mark, 15- bis 59-Jährige bis zu 4.000 DDR-Mark, über 60-Jährige 6.000 DDR-Mark.

<sup>59</sup> Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Lizenzausgabe, Bonn 2004, S. 299-300.

<sup>60</sup> Görtmaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 752.

<sup>61</sup> „Bonn tut zu viel für die DDR“, *Der Spiegel* 22, 1990, S. 34-44.

<sup>62</sup> „Ist die Wahl schon entschieden?“, *Der Spiegel* 26, 1990, S. 40-50.

Einheit noch ein weiterer zukunftsrelevanter Faktor: die Hauptstadtfrage. Bonn hatte stets nur als Zwischenlösung gegolten. Würde man sich an die Versprechen und Treueschwüre halten? Würde Berlin wieder Regierungssitz werden? Während die einen von einer Metropole mit Weltbedeutung träumten, befürchteten andere, ohne weitere Subventionen würde Berlin eher zur „Sozialstation Deutschlands“ werden.<sup>63</sup>

### **Das Ende der Insellage**

Mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 und der „Erklärung der Vier Mächte“ vom 1. Oktober 1990 stimmten die Alliierten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu. Am 3. Oktober 1990 feierten Tausende Menschen mit Feuerwerk die deutsche Einheit. Der Platz vor dem Reichstag war ein Meer aus Fahnen und Wunderkerzen. Mit diesem Tag wurde auch die Zuständigkeit der Alliierten für Berlin aufgehoben und der Sonderstatus der einstigen „Insel im roten Meer“ endete. Mit der Kommunalwahl vom 11. Januar 1991 wählte die Stadt erstmals wieder ein Gesamtberliner Abgeordnetenhaus.<sup>64</sup>

Infolgedessen nahmen die zahlreichen Förderungen West-Berlins Schritt für Schritt ein Ende. Die bisher gezahlte Berlin-Zulage (ein steuer- und abgabenfreier Bonus von 8 % auf das Bruttoeinkommen), im Volksmund auch „Zitterprämie“ genannt, sowie steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen entfielen schrittweise bis 1994.<sup>65</sup> All die Jahre zuvor hatten diese Subventionen für bissige Kommentare seitens der restlichen Bundesbürger gesorgt. Zumindest in diesem Punkt ging es den Ost- und West-Berlinern ähnlich: Ihre finanziell bevorzugte Behandlung hatte stets für zahlreiche Neider im Rest des Landes gesorgt.<sup>66</sup> Im Falle der West-Berliner wollten jedoch nur wenige Westdeutsche mit ihnen tauschen –

<sup>63</sup> „Eine Frage des Überlebens“, *Der Spiegel* 43, 1990, S. 110-121; Andreas Salz, Bonn – Berlin: Die Debatte um Parlaments- und Regierungssitz im Deutschen Bundestag und die Folgen, Münster 2006.

<sup>64</sup> Wilfried Rott, *Die Insel*, S. 426-429.

<sup>65</sup> Zu der Sonderstellung West-Berlin siehe: Bernd-Rainer Fischer, „Berlin“, in: Weidenfeld und Korte, *Handbuch zur deutschen Einheit*, S. 39-54.

<sup>66</sup> Ulrich Paul, „Zitterprämien und Notopfer“, *Berliner Zeitung*, 19.10.2006, URL: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2006/1019/lokales/0020/index.html>.

für ein paar Hundert Mark mehr im Monat wollte man die Gefahr lieber doch nicht auf sich nehmen, an die heißeste Front des Kalten Krieges zu ziehen.

Mit der Sonderrolle West-Berlins versank auch die Erinnerung an dieses merkwürdige politische Gebilde, das nicht ganz Bundesrepublik war und schon gar nicht zur DDR gehörte.<sup>67</sup> Die Stadt musste schneller zusammenwachsen als der Rest der Republik. Die Zusammenlegung öffentlicher Einrichtungen und der gemeinsame Alltag sorgten schon bald für ein selbstverständliches Miteinander. In diesem Winter 1989 fand zum letzten Mal der gemeinsame Besuch des Weihnachtsmarktes am Alexanderplatz mit der Verwandtschaft aus der DDR statt. Das bis dato obligatorische Treffen verlor seine Exklusivität und somit seine Bedeutung. An Sonntagen ging es für die West-Berliner nun nicht mehr zur Drachenschaukel in den Berliner Zoo, sondern das Umland wurde erkundet: Das erste Kirschblütenfest in Werder, Schloss Sanssouci, die Schleuse in Woltersdorf und das Kloster Chorin waren neue Ziele der wöchentlichen Familienausflüge. Wollte man vom Norden der Stadt nach Kreuzberg, hörte man nicht mehr die ganze Autofahrt über das Geschimpfe, dass man immer „außen rum“ fahren müsse. Der Ost-Berliner Bezirk Mitte hatte sich zwischen die West-Berliner Bezirke Wedding und Kreuzberg geschoben – es war ein Umweg über den Ku’damm nötig, um den gemütlichen Kiez rund um den Görlitzer Park zu erreichen.

Schnell verschwanden die Aussichtsplattformen, die man oft erklommen hatte, um einen Blick auf die andere Seite der Mauer zu werfen. Auch die Schilder, die immer irgendwie bedrohlich gewirkt hatten, waren bald nicht mehr da: „Achtung! In 120 m endet West-Berlin.“ Vergessen sind einstige Kuriositäten wie unbegrenztes Telefonieren für 23 und später 30 Pfennig, Geisterbahnhöfe, Amerikahäuser, Alliierten-Wohnviertel mit eigenen Kinos und Schwimmbädern und die ständig präsenten Panzer und Jeeps im Umfeld der französischen, amerikanischen und britischen Kasernen. Nun lockte nicht mehr die Wehrdienstfreiheit<sup>68</sup> junge Menschen in die Stadt an der Spree, sondern die schnell wachsende Subkultur in den ver-

<sup>67</sup> Zum Status West-Berlin ausführlich: Eberhard Diepgen (Hg.), Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken, Chancen, Berlin 1989.

<sup>68</sup> Wer seinen Wohnsitz nach West-Berlin verlegte, konnte nicht zum Dienst in der Bundeswehr eingezogen werden. Die Bundeswehr durfte aufgrund des Vier-Mächte-Status auch keine Truppen in der Stadt stationieren.

fallenen Häusern des Prenzlauer Berg. Das stundenlange Warten am Kontrollpunkt Dreilinden war nur noch eine unangenehme, immer blasser werdende Erinnerung. Stets hatten die Eltern ihre Kinder zum Schweigen ermahnt. Kein unbedachtes Wort sollte dafür sorgen, dass die Familie das Auto parken und leer räumen müsse, die Sitze ausgebaut werden würden und man unter Angst warten müsse, bis festgestellt werden würde, dass man nichts Illegales über die Grenze schmuggeln wolle. Es herrschte Stille, bis endlich ein mürrischer Uniformierter die Papiere durch das Autofenster zurückreichte. Reisten die West-Berliner gen Süden, war der auf einem Beton-Sockel platzierte Panzer das sichere Zeichen, dass man die Kontrolle überstanden hatte und sich nun auf der Transitautobahn der DDR befand. Der Panzer wich Anfang der neunziger Jahre einem rosafarbenen Bagger, dem neuen Symbol der Stadt, die „dazu verdammt ist, immerfort zu werden und niemals zu sein“<sup>69</sup>. Im Sommer 1993 kam eine weitere Neuerung, die viele West-Berliner noch lange Zeit verwirrte: Die Postleitzahlen wurden umgestellt. Stets hatte man sich über die zweistellige Nummer identifiziert: Man kam aus 30 (Schöneberg), 51 (Reinickendorf) oder 49 (Lichtenrade). Heute zeugt noch der Kreuzberger Club „SO 36“ von dieser Tradition. Doch selbst das Berliner-Original „Tüten-Paula“, die wohl berühmteste Obdachlose der Stadt, verschwand in jenen Jahren vom Ku’damm und ward nicht mehr gesehen.<sup>70</sup> West-Berlin war mit der DDR untergegangen.

### **Die vergessene Stadt**

Heutzutage werden Berliner mit merkwürdigen Fragen konfrontiert: Hattet ihr denn West-Fernsehen? Habt ihr euch nicht eingesperrt gefühlt? Führten Tunnel von Westdeutschland nach Berlin? Die West-Berliner waren sich ihrer besonderen Rolle stets bewusst: „Wir fühlten uns als den freien [sic!] Teil dieser Stadt.“<sup>71</sup> Ein Lebensgefühl, das sich heute kaum noch schildern lässt. In West-Berlin zu wohnen, bedeutete für Alteinge-

<sup>69</sup> Karl Scheffler, *Berlin, ein Stadtschicksal*, Berlin 1910.

<sup>70</sup> Ulf Mailänder und Ulrich Zander, *Das kleine Westberlin-Lexikon. Von „Autonom“ bis „Zapf“ – die alternative Szene der siebziger und achtziger Jahre*, Berlin 2003, S. 287.

<sup>71</sup> TV-Dokumentation: *Die Insel West-Berlin oder wo alle Himmelsrichtungen Osten sind*, *RBB* 2006, Teil 1.

sessene ein trotziges Bekenntnis und für Zugezogene das Genießen eines bunten, multikulturellen Umfelds. Man hatte sich mit einem Leben im Schatten der Mauer arrangiert. „Wessis“, das waren die anderen, die Westdeutschen. Noch heute hört man vereinzelt die alte Redewendung „Ick fahr nach Wessiland“, wenn die Verwandtschaft in Köln oder Hamburg besucht wird. Aber die einstige Insel beginnt, aus dem kulturellen Gedächtnis zu verschwinden. Einzig die doppelt vorhandenen Einrichtungen zeugen noch von den vergangenen Zeiten, in denen zwei Stadthälften existierten: 3 Universitäten, 3 Flughäfen, 3 Opern, 2 Volksbühnen. Im öffentlichen Gedenken ist die Erinnerung an die Teilung Deutschlands präsent – doch die Besonderheiten West-Berlins drohen in Vergessenheit zu geraten.<sup>72</sup> Wer an die Situation der Insel-Bewohner erinnern will, wird schnell der Nostalgie bzw. der Westalgie bezichtigt.<sup>73</sup> Die Betonung der einstigen Bedeutung der so genannten „Frontstadt“ ist jedoch nicht die Aufforderung zur Sentimentalität, sondern ein Plädoyer für die Notwendigkeit einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“, wie sie der Historiker Christoph Kleßmann gefordert hat.<sup>74</sup> Denn auch Geschichten aus den ummauerten zwölf Bezirken könnten einen bedeutenden Teil dazu beitragen, die Absurdität des Lebens mit dem Eisernen Vorhang zu veranschaulichen.<sup>75</sup> Berlin als Symbol des Kalten Krieges birgt noch viel Material für spannende und lehrreiche Erzählungen.<sup>76</sup> Zuletzt erinnerte der US-

<sup>72</sup> „Die ewige Frontstadt“, *Der Spiegel* 9, 2006, 25.2.2006, S. 156-158.

<sup>73</sup> Exemplarisch hierfür die Diskussion im Internet-Forum von [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de): <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Berliner-Mauer;art141,2886556>.

<sup>74</sup> Hierzu: Christoph Kleßmann, „Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18-19/2005, S. 3-11; Arnd Bauerkämpfer, Martin Sabrow und Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte 1945-1990*, Bonn 1998, S. 14f.

<sup>75</sup> Neu erschienen: Wilfried Rott, *Die Insel. Die weiteren Bücher zur Geschichte West-Berlins* sind eher nostalgische als historische Darstellungen: Gabriela Wachter, *war jewesen – West-Berlin 1961-1989*, Berlin 2009; Kerstin Schilling, *Insel der Glücklichen. Die Generation West-Berlin*, Berlin 2004; Horst Bosetzky, *West-Berlin. Erinnerungen eines Inselkindes*, Berlin 2006; Olaf Leitner, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! – Die Kultur, die Szene, die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre*, Berlin 2002.

<sup>76</sup> Zur besonderen Eignung Berlins als Standort für ein Museum des Kalten Krieges: Konrad H. Jarausch, *Die Teilung Europas und ihre Überwindung. Überlegungen zu einem Ausstellungskonzept für Berlin*, *Zeithistorische For-*

Präsident Barack Obama an die historische Bedeutung der Stadt, als er im Juli 2008 die legendären Worte des Oberbürgermeisters Ernst Reuter zitierte: „Ihr Völker der Welt (...) schaut auf diese Stadt!“

Wie wichtig diese Erinnerung auch für die alteingesessenen Bewohner der Spree-Metropole ist, zeigten der Abschied der Amerikaner 1994 mit 250.000 Gästen auf dem Maifeld oder die Proteste um die Schließung des Flughafens Tempelhof, über den die Alliierten die Versorgung West-Berlins während der Berlin-Blockade 1948/49 aufrechterhalten hatten. „Aber Geschichte vergeht nicht mit denen, die Teil von ihr waren, schon gar nicht im Fall von West-Berlin, diesem sonderbaren Gebilde, über das sich viel Gutes und einiges Schlechte sagen lässt. West-Berlin war eine unmögliche Stadt, in der das Bestehende spätestens mit dem Mauerbau das Vorstellbare übertroffen hat. Der urbane Torso gemahnte nicht nur an die ganze Stadt, sondern auch an das ganze Deutschland, das in dem Moment Wirklichkeit zu werden begann, wo mit der Öffnung der Mauer West-Berlins schon fast vergessener Traum in Erfüllung ging, nicht bloß Schaufenster und Leuchtturm, sondern Tor zur Freiheit zu sein.“<sup>77</sup>

---

*schungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 5 (2008), H. 2;  
URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jaraus-2-2008>.

<sup>77</sup> Wilfried Rott, „Das dritte Deutschland“, *Der Tagesspiegel*, 30.8.2009.

*Elena Demke / Peter Ulrich Weiß*

## **Verbunkerte Akten.**

### **Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Cottbus**

Als Ende Februar 1990 die *Lausitzer Rundschau* wissen wollte, welche Position das Cottbuser Bürgerkomitee zur Auflösung der DDR-Staatssicherheit zum Aktenverbleib vertreten habe, erklärte dessen 1. Sprecher, „dazu haben wir den klaren Standpunkt, wie auch die Mehrzahl der Bürgerkomitees der DDR, solche Akten nicht der Öffentlichkeit preiszugeben. Dieser politische Zündstoff wäre kaum kontrollierbar, außerdem ist er wegen des Umfangs schwer aufzuarbeiten ... Fakt ist, dass bereits vor unserem Einsatz in den Ämtern Akten vernichtet wurden. Der gesunde Menschenverstand sagt, dass diese ‚Säuberungsaktion‘ nicht gerade die kleinen Zuträger betraf. Es wäre also auch ungerecht, die jetzt noch verbliebenen Akten zu veröffentlichen.“<sup>1</sup> Mindestens drei Problemlagen des Komitees sind aus dieser Antwort erkennbar: Kontroversen über Aktenzugänglichkeit, Kenntnis von Aktenvernichtungen und moralische Argumentation in juristischen Fragen. Die daraus erwachsene Spannung war für die rund dreimonatige Tätigkeit des Bürgerkomitees charakteristisch.

Die folgenden Ausführungen bieten einen ersten Überblick über die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Cottbus und über die Arbeit der Bürgerkomitees.<sup>2</sup> Sie sollen zumindest ansatzweise klären, unter welchen Umständen es zu der in Cottbus besonders lang und umfangreich fortgesetzten Aktenvernichtung gekommen ist.

<sup>1</sup> Lausitzer Rundschau (LR) vom 28.2.1990.

<sup>2</sup> Autorin und Autor danken Christoph Polster und Gunnar Pflug vom Cottbuser Bürgerkomitee sowie Staatsanwalt a.D. Horst Helbig, die ihre Aufzeichnungen sowie Kopien von Protokollen zur Verfügung stellten. Unterlagen dieser Provenienz werden im Folgenden mit „Kopie A.d.V.“ ausgewiesen. Neben den Genannten danken die Verfasser weiteren, ungenannt bleiben wollenden ehemaligen Mitgliedern des Bürgerkomitees für ihre Auskunftsbereitschaft.

### **Aufbruch im „Stillhaltebezirk“. Zum regionalhistorischen Hintergrund**

Im Herbst 1989 kursierten in der DDR Erzählungen, wonach Halter von Fahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen des Bezirkes Cottbus andernorts an Tankstellen nicht bedient oder ihnen gar die Autoreifen zerstochen würden. Solche „Revolutionslegenden“ verweisen darauf, dass Cottbus auch im politischen Aufbruch als Außenseiter- und Stillhaltebezirk wahrgenommen wurde. Dass dieser Eindruck allerdings kein unbegründeter war, wird daran deutlich, dass in Cottbus erst Ende Oktober die ersten Massendemonstrationen stattfanden. DDR-weit hatten sich zu diesem Zeitpunkt Oppositionsgruppen und Massenbewegung längst zu einer machtvollen Bürgerbewegung formiert; fast überall im Lande waren die Straßen seit dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 als Ort des friedlichen Protests erobert und das Regime zu ersten Zugeständnissen gezwungen worden. Diese Verspätung zeugt von einem insgesamt schwachen Protestpotenzial in der Lausitzer Region, das auch für eine längere Phase zersplittert blieb. Zwar nahmen viele Cottbuser, unter ihnen auch spätere Protagonisten der Stasi-Auflösung, an den ersten Montagsdemonstrationen in Leipzig teil, aber zu einer eigenen regionalen oder lokalen Bewegung fanden sie sich vorerst nicht zusammen.<sup>3</sup>

In Cottbus traten Oppositionelle öffentlich in Erscheinung, als die SED bereits das Thema Veränderung und Reform im Interesse ihres Machterhalts mit „Wende“-Versprechungen zu besetzen versucht hatte. Der lokalen Bürgerbewegung drohte Vereinnahmung bzw. Marginalisierung, noch bevor sie sich überhaupt konstituiert hatte. Das Dilemma verdeutlicht ein als „Lesermeinung“ im Kontext der ersten Massendemonstration in der Bezirksstadt am 30. Oktober 1989 auf der Lokalseite der *Lausitzer Rundschau* veröffentlichter Kommentar: „Wir sind der Überzeugung, dass die Legitimierung des Neuen Forums die Sympathisanten unserer Initiative von der Straße weg halten würde ... wir glauben aber auch, dass es notwendig und verständlich ist, das Gefühl der Solidarität unter den Andersdenkenden klarzumachen, die sich benutzten fühlen, da sich ihr jahrelanges Engagement nun auf den Fahnen derer findet, die die wesentliche

<sup>3</sup> Siehe auch Peter Ulrich Weiß, Bürgerbewegung und Provinz. Eigenheiten der „Wende“ und des Neuen Forums im Bezirk Cottbus 1989/90, in: *DeutschlandArchiv* 2 / 2002, S. 220-230.

Verantwortung für unsere gegenwärtige Situation mit tragen.“ Die Autorin, Sabine Bürger, war Gründungsaktivistin des Cottbuser Neuen Forums und sollte bald darauf auch Protagonistin der Stasi-Auflösung werden.

Es war nicht zuletzt der Ruf nach Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der die Versuche der SED, den Protest in Gesprächsrunden zu kanalisieren und damit einzufrieden, zum Scheitern bringen sollte. Auf den bezirksweiten Massenprotestveranstaltungen war diese Forderung nach Entmachtung des Staatssicherheitsdienstes von Anfang an ein zentrales Thema. Die nach wie vor linientreue Presse griff das Thema im Laufe des Novembers offensiv im Interesse des MfS auf. Sie publizierte im alten Stile empörte „Lesermeinungen“ als *Volkes Stimme* gegen die Forderungen der Demonstranten. Ein DDR-weit festzustellendes Novum waren Wortmeldungen von Vertretern des Staatssicherheitsdienstes in der Presse: So erklärte am 9. November der seit 1981 amtierende Leiter der Cottbuser Bezirksverwaltung, Horst Fitzner, dass das MfS der Garant von „Rechtssicherheit“ in der DDR sei. Ein Beweis für das gute Vertrauensverhältnis zwischen MfS und Bevölkerung sei dabei die gute „Zusammenarbeit mit Informanten“. Die *Lausitzer Rundschau* mutete solche Deutungen ihren Lesern unkommentiert zu.<sup>4</sup>

Die Forderungen der friedlichen Demonstranten wurden dabei nicht näher ausgeführt, es war eine Ausnahme, wenn im Laufe des Novembers überhaupt ohne kritischen Unterton über sie berichtet wurde. So informierte die *Lausitzer Rundschau* am 21. November immerhin auf der Titelseite: „Die Demonstranten sangen, Stasi in die Volkswirtschaft. Unter Rufen ‚Stasi raus‘ wurden mitgeführte Kerzen in die Fenster einer Dienststelle des ehemaligen MfS gestellt“.

Dass die DDR-Volkskammer am 17. November die Umbenennung des Ministeriums für Staatssicherheit in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) „abgesegnet“ hatte, schürte das Misstrauen – zu Recht, denn die Fragen nach parlamentarischer Kontrolle künftiger Geheimdiensttätigkeit und nach Verantwortung für begangenes Unrecht blieben außen vor. Es ging, und das war offensichtlich, um Machterhalt und das Verwischen von Spuren.

<sup>4</sup> Zur Forderung „Stasi raus“. Interview mit Generalmajor Fitzner, in: LR vom 9.11.1989; ähnlich: LR vom 17.11., 27.11. und 28.11.1989.

Die Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (BAfNS) und der meisten Kreisämter ging nicht mit einer wirklichen „Besetzung“ oder gar „Stürmung“ einher. AfNS und SED konnten noch über Wochen Akten vernichten und im Hintergrund materielle Interessen absichern. Dennoch waren die Begehungen und Bürger-Kontrollen ab dem 4. Dezember von großer Bedeutung. Sie brachen den Bann unbeirrter Machtwillkür – vorerst eher auf der symbolischen Ebene, aber bald auch auf der Ebene der konkreten Handlungsmöglichkeiten. Generalmajor Fitzner jedenfalls war schon wenige Wochen nach seinen selbstbewussten Wortmeldungen in der Presse „völlig von der Rolle“<sup>5</sup>, als am 5. Dezember 1989 in Begleitung der Cottbuser Staatsanwaltschaft Vertreter des Neuen Forums und der Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Cottbus (RAW) seinen Amtssitz inspizierten.

### **Der Anfang wird gemacht: Die ersten Kontrollaktionen vom 4. bis 7. Dezember 1989**

#### **Die Kreisämter**

Das MfS bzw. AfNS Cottbus umfasste 14 Kreisämter, in denen zwischen 35 und 91 hauptamtliche Mitarbeiter angestellt waren.<sup>6</sup> Hinzu kam die Objektdienststelle „Schwarze Pumpe“. Die ersten Kontrollen und Versiegelungen fanden zwischen dem 4. und 7. Dezember 1989 statt.<sup>7</sup> Der An-

<sup>5</sup> Interview d.V. mit dem ehemaligen 1. Sprecher des Bürgerkomitees Cottbus, Gunnar Pflug, 23.11.2004.

<sup>6</sup> Diese wurden in folgender hauptamtlicher Mitarbeiterstärke von nächststehenden Oberstleutnants geleitet (Stand: 1.10.1989): Bad Liebenwerda (38 MA) / Dieter Hofmann, Calau (56 MA) / Karl-Heinrich Mosler, Cottbus-Stadt (91 MA) / Eberhard Müller, Finsterwalde (51 MA) / Heinz Buhkert, Forst (35 MA) / Klaus Schulz, Guben (41 MA) / Winfried Schneider, Herzberg (35 MA) / Harald Schüler, Hoyerswerda (42 MA) / Reiner Ackermann, Jessen (36 MA) / Lothar Albert, Luckau (30 MA) / Helmut Kammel, Lübben (38 MA) / Walter Schuster, Senftenberg (73 MA) / Horst Halla, Spremberg (40 MA) / Siegfried Fritsche und Weißwasser (47 MA) / Gerhard Schenka.

<sup>7</sup> 4. Dezember: Weißwasser; 5. Dezember: Guben, Herzberg, Bad Liebenwerda, Cottbus-Stadt, Lübben, Hoyerswerda; 6. Dezember: Senftenberg, Luckau, Spremberg; 7. Dezember: Finsterwalde, Calau. BStU, ZA, HA VIII – AKG, 1672, Bl. 259, 264, 271.

fang wurde in Weißwasser gemacht, wo während des dortigen Montagsgebetes zur sofortigen Begehung des Amtes aufgerufen wurde. In Begleitung des Kreisvorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und eines Mitgliedes des Neuen Forums führten hier die Kreisstaatsanwältin von Weißwasser und je ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei und der Volkspolizei zwischen 20.00 Uhr und 21.30 Uhr einen Kontrollgang durch und versiegelten alle Panzerschränke.<sup>8</sup> Am nächsten Tag setzte eine personell erweiterte Gruppe die Arbeit fort: Ein Kreisstaatsanwalt, zwei Mitarbeiter des Volkspolizei-Kreisamtes (VPKA), drei Abgeordnete der Volkskammer, der Kreissekretär der Christlich-Demokratischen Union (CDU), drei Mitglieder der LDPD und ein Pfarrer beteiligten sich. Das MfS notierte, dass sich einige aus der Gruppe auch als Mitglieder des Neuen Forums vorgestellt hätten.<sup>9</sup> Wie andernorts auch, hatten in Weißwasser Indizien laufender Aktenvernichtung, wie auffällig qualmende Schornsteine in den Objekten, Aufmerksamkeit erregt. Initiativen, um die vermutete Aktenvernichtung zu verhindern, fanden teilweise spontan großen Zulauf; so beteiligten sich in Senftenberg mehrere Hundert Personen an einer Mahnwache.<sup>10</sup> In Finsterwalde war neben dem AfNS-Objekt bereits zwei Tage zuvor von einer Bürgergruppe das Gebäude der SED-Kreisleitung auf Spuren von Aktenvernichtungen untersucht worden.<sup>11</sup>

Zumeist zogen die Vertreter der Bürgerinitiativen die staatliche Exekutive hinzu. So „bestellte“ das Neue Forum Calau am 7. Dezember Polizei und Kreisstaatsanwalt telefonisch zur Besichtigung des AfNS-Gebäudes. Gleich zu Beginn – rund 100 Bürger hatten sich spontan am Eingang versammelt und lautstark Eintritt verlangt – kam es allerdings zum Konflikt, da der Staatsanwalt alleiniges Fragerecht beanspruchte und sich bald explizit als „Freund des MfS“ bezeichnete.<sup>12</sup> In Bad Liebenwerda, wo ein Bürger mit dem Hinweis auf Aktenvernichtungen am Abend des 4. Dezember just in die Gründungsversammlung des SDP-Ortsverbandes „geplatzt“ war, waren „alle Anwesenden ... der Meinung, am nächsten Tag

<sup>8</sup> BStU, ZA, HA VIII-AKG, 1672, Bl. 271.

<sup>9</sup> BStU, ZA, HA VIII-AKG, 1672, Bl. 264.

<sup>10</sup> Türen zum Archiv vom Staatsanwalt versiegelt, in: LR vom 8.12.1989.

<sup>11</sup> Rainer Ernst / Olaf Weber (Hg.), Finsterwalde. Ein Lesebuch zur Geschichte der Stadt, Finsterwalde 1991, S. 153f.

<sup>12</sup> Gedächtnisprotokoll von Heinz Petrick über die Begehung des AfNS-Kreisamtes Calau vom 7.12.1989, Kopie A.d.V.

aktiv zu werden, da man zu dieser Zeit weder beim Rat des Kreises, noch bei der Polizei Hilfe erwarten konnte.“ Am kommenden Tag fand dann ein Treffen zwischen dem Kreisratsvorsitzenden, der Kreisstaatsanwältin, den lokalen Leitern von VP und AfNS sowie Vertretern des Neuen Forums, der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und anderer Parteien statt, und, so die Zeitzeugenerinnerung, „nach dreistündigem Drängen und heißen Diskussionen wurde endlich den Forderungen der Volksvertreter nach Begehung des MfS-Gebäudes nachgegeben“<sup>13</sup>.

Die Wortwahl „Volksvertreter“ lässt eine Frage anklingen, die in der brennenden Situation für viele Akteure offenbar ein wichtiger Faktor ihres Handlungshorizontes war: die Frage nach der Legitimität des eigenen Handelns. In der Rückschau mag dies angesichts eines dynamischen Prozesses, der ein illegitimes Regime hinwegfegte, womöglich befremden. Für die Beteiligten, die mit schwer kalkulierbaren Risiken konfrontiert waren, war es jedoch eine zentrale Frage. Nicht zuletzt ihrerwegen war die Zusammenarbeit mit der staatlichen Exekutive – trotz der Gefahr, manipuliert zu werden – oftmals gewünscht.

Die Mehrzahl der Kreisämter war zu diesem Zeitpunkt von Akten befüllt. So notierte einer der drei Vertreter des Neuen Forums Calau, dass sie einen mit allem (DDR-)Komfort ausgestatteten Bau vorgefunden hätten, dessen Räume zu jeweils voneinander isolierten Abteilungen zusammengefasst waren, dass sie Abhör- und Überwachungsgeräte, Kisten voller Munition und Handgranaten sowie Ständer mit Maschinenpistolen gesehen hätten, aber die meisten Schränke, Regale und Karteikästen leer geräumt gewesen seien. Der Dienststellenleiter hätte auf Anfrage erklärt, dass auf Weisung des neuen AfNS-Leiters Wolfgang Schwanitz alle Unterlagen bis zum 4. Dezember abtransportiert worden seien. Den Bestimmungsort der Transporte wüsste er allerdings nicht.<sup>14</sup> Auch in Forst fand

<sup>13</sup> Michael Ziehlke, Wie sich die Wende in Bad Liebenwerda vollzog, Teil III, in: Ortschronik Bad Liebenwerda 1999.

<sup>14</sup> Gedächtnisprotokoll von Heinz Petrick über die Besichtigung des AfNS-Kreisamtes Calau vom 7.12.1989, Kopie A.d.V. - Im offiziellen Protokoll heißt es dazu: "Die Besichtigung der verschiedenen Schränke ergab, daß in den meisten Fällen leere Ordner und Karteikästen vorhanden waren, so daß keine Versiegelung notwendig erschien." Protokoll der Besichtigung des AfNS-Kreisamtes Calau vom 7.12.1989, unterzeichnet von Staatsanwalt Schreinert und Heinz Petrick, Kopie A.d.V.

die kleine Kontrollgruppe aus Mitgliedern des Ökumenischen Friedenskreises und vom Demokratischen Aufbruch keine Akten mehr. Die AfNS-Mitarbeiter erklärten, diese seien nach Cottbus gebracht worden.<sup>15</sup> Andernorts teilten sie mit, dass Akten vernichtet worden waren. Die Gubener Lokalseite der *Lausitzer Rundschau* beispielsweise informierte unter dem Titel „Nur noch leere Panzerschränke“, „man habe [dem Bürgerkomitee] versichert, dass Personen betreffende Unterlagen vernichtet wurden“<sup>16</sup>. Auch der Finsterwalder Kontrollgruppe wurde ohne Umschweife mitgeteilt, dass Akten bis zum 4. Dezember vernichtet worden seien, was der Leiter des Kreisamtes, Oberstleutnant Heinz Buhlert, in einem Zeitungsinterview indirekt bestätigte.<sup>17</sup>

Es gab aber auch Ausnahmen wie in Luckau, wo die Bürgervertreter ganze Räume mit Archivmaterial verschlossen und versiegelten, oder in Spremberg, wo ein Beteiligter „zuerst ... die noch vorhandenen Ordner, deren Rücken durch Wegkratzen der Schrift unkenntlich gemacht wurden, zählen [will]“, da dies aber zu umständlich ist, zum Zollstock greift und „53 Meter meist A4-Ordner“ misst.<sup>18</sup>

### **Das Bezirksamt „Am Nordrand“**

Auch die erste öffentliche Kontrolle des Bezirksamtes am 5. Dezember verlief im Wesentlichen nach dem gleichen Muster: zuerst öffentlicher Unmut und Protest wegen Aktenvernichtung, dann kooperieren Vertreter der Bürgerbewegung mit Staatsanwaltschaft und Polizei und schließlich findet eine gemeinsame Objektbegehung statt. Schon am frühen Morgen hatten Sabine Bürger und Christoph Polster vom Neuen Forum alarmierende Anrufe von Bürgern erhalten, die über geschäftiges Treiben in verschiedenen MfS-Objekten berichteten.<sup>19</sup> Andere Zeitzeugen erinnern sich, dass die Belegschaft des Cottbuser RAW mit Stürmung der Stasi-Zentrale

<sup>15</sup> Mündliche Auskunft von Maria Nooke, 30.11.2004.

<sup>16</sup> LR vom 7.12.1989.

<sup>17</sup> Gebäude der „Sicherheit“ wurde besichtigt, in: LR vom 13.12.1989; Nicht mehr streng geheim?!, in: LR vom 8.12.1989.

<sup>18</sup> Vgl. LR vom 8.12.1989; Gedächtnisprotokoll von Joachim Paschke/Spremberg vom 13.12.1989, Kopie A.d.V.

<sup>19</sup> Interview d.V. mit Christoph Polster vom 13.6.2000.

drohte, wenn die Aktenvernichtung nicht sofort beendet werden würde.<sup>20</sup> Schließlich ordnete der Bezirksstaatsanwalt Reizmann die Begehung der BAFNS-Zentrale an, und zog dafür, vermittelt über den Werksdirektor, auch Vertreter der Belegschaft des RAW hinzu.<sup>21</sup>

Dabei ist nicht auszuschließen, dass Reizmann damit nicht nur auf die genannten Bürger-Proteste reagierte, sondern auch eine zentrale Weisung vorlag. Beweise gibt es für eine solche – angesichts der Parallelität der Ereignisse in den Bezirken plausible – Vermutung für den Fall Cottbus jedoch nicht. So fuhren am Vormittag des 5. Dezember 1989 Gunnar Pflug und Dieter Dictus als Vertreter der Betriebsgewerkschaftsorganisation des RAW Cottbus, Sabine Bürger vom Neuen Forum und die Staatsanwälte der Bezirksstaatsanwaltschaft Cottbus, Horst Helbig und Günther Hoppe, am 5. Dezember gemeinsam in die Zentrale des Bezirksamtes in der Straße „Am Nordrand“. Dort stieß als Vertreter der Polizei Oberleutnant Dietmar Hoffmann von der Abteilung K der Bezirksbehörde der Volkspolizei (BDVP) Cottbus zu ihnen.

Die BAFNS-Leitung mit Horst Fitzner und seinem Stellvertreter, Oberst Heinz Schulz, an der Spitze gab sich beflissen und beschwor Kooperation. Bei der folgenden, von 10.30 Uhr bis 16.30 Uhr dauernden Begehung des Objektes wurde deutlich, dass die Aktenvernichtung bis kurz zuvor auf Hochtouren gelaufen war. Die Gruppe ließ die Papiervernichtungsmaschinen (Aktenex) aus allen Büros in einen Raum bringen und diesen wie auch die Räume der zentralen Papiermühle und des zentralen Archivs der Abt. XII versiegeln. Im Computerraum wurden stichprobenartig Disketteninhalte überprüft. Ebenso wurden Taschenkontrollen an den Ein- und Ausgängen durch Mitarbeiter des Bezirksamtes unter Beisein von Vertretern des Neuen Forums und des RAW sowie die Außensicherung des Be-

<sup>20</sup> So die Erinnerung des Staatsanwalts Horst Helbig, Interview d.V. vom 29.9.05. Ende Dezember 1989 erregte die Belegschaft des RAW durch ihr kompromissloses Engagement erneut die allgemeine Aufmerksamkeit, als sie mit Streik drohte, falls ehemalige MfS-Mitarbeiter Übergangszahlungen erhalten würden. Bericht Dr. Neubert vom 7.1.1990, Bl. 2.

<sup>21</sup> So Gunnar Pflug im Zeitungsinterview: Unser Ziel ist Recht, wem hilft schon Rache?, in: LR vom 28.2.1990 und im Interview mit d.V., 23.11.2004.

zirksamtes durch die Volkspolizei vereinbart.<sup>22</sup> Angesichts des für die kleine Gruppe kaum überschaubaren Gebäude- und Zimmerlabyrinths der Bezirkszentrale, erschienen die Versiegelungen auch den Akteuren zunächst eher von symbolischem als von effektiv-praktischem Wert, um weitere Aktenvernichtung durch die Staatssicherheit zu verhindern.<sup>23</sup>

### **Erlebensweisen der Akteure bei den ersten Kontrollen**

Wie die Protagonisten die Begehungen der Areale der gefürchteten Geheimpolizei erlebten und ihre Handlungsmöglichkeiten einschätzten, unterschied sich individuell stark. Dies gilt auch für die retrospektive Bewertung dieses außerordentlichen Ereignisses. Hier sollen zumindest einige Facetten aufgezeigt werden.<sup>24</sup>

Die Auflöser standen zunächst einmal einem undurchschaubaren, riesigen Apparat gegenüber, während umgekehrt galt: „Die kannten einen ja.“ Dieses vorerst fortdauernde Machtgefälle war für diejenigen, die eigene Erfahrungen mit Verfolgung und Repression durch das MfS hatten, besonders offensichtlich. Prägend waren offenbar aber auch indirekte Erfahrungen mit staatlicher Gewalt in der DDR. Ein Protagonist, den Bilder erschossener Flüchtlinge als Jugendlichen tief schockiert hatten, berichtete, dass ihm in der Anfangszeit der Stasi-Auflösung der Angstschweiß ständig den Körper hinablief und er sich vorstellte: „Wenn das hier schief geht, erschießen die uns sowieso alle.“ Dagegen befand ein Stasi-Auflöser, der zuvor NVA-Offizier gewesen und politisch gemäßregelt worden war, mit den MfS-Mitarbeitern „auf Augenhöhe“ verhandeln zu können, denn: „die Sprache konnt‘ ich gerade so ...“.

Natürlich prägten auch die äußeren Umstände die Wahrnehmung. In Calau etwa dauerte die erste Kontrolle acht Stunden, wobei eine Handvoll Vertreter der Bürgerbewegung von schwer bewaffneten Stasi-Mitarbeitern

<sup>22</sup> Bürgerkontrolle am Nordrand, in: LR vom 6.12.1989; BStU, ZA, HA VIII – AKG, 1672, Bl. 264; Interview d.V. mit Horst Helbig am 29.9.2005; Protokoll der Begehung vom 5.12.1989, Kopie A.d.V.

<sup>23</sup> So die Erinnerung Horst Helbigs, Interview d.V. am 29.9.2005.

<sup>24</sup> Dafür wurden Zeitzeugen befragt, deren z.T. sehr persönliche Äußerungen hier bewusst anonym wiedergegeben werden.

bewacht wurden. „Man fühlte sich wie auf Glatteis“, beschrieb ein Teilnehmer vom Neuen Forum Calau den großen psychischen Druck.

Das Erlebnis, dass Angst und Mut eine seltene und produktive Symbiose eingingen, machte die ersten Begehungen für einige der Akteure zum vielleicht wichtigsten Ereignis der Herbsttage 1989. Mit den Stasi-„Besetzungen“ synchronisierten sich größere Zusammenhänge und persönliche Erlebnisse zu einer kollektiven Erfahrung. Der politische Umbruch in der eigenen Region blieb endlich nicht mehr hinter den DDR-weiten Ereignissen zurück.

Die ersten Reaktionen der AfNS-Mitarbeiter waren nach Wahrnehmung der Stasi-Auflöser sehr unterschiedlich. So wird zum einen von Anzeichen des Schocks und der Überforderung berichtet: „Völlig von der Rolle“ sei der ehemalige Stasi-Bezirkschef gewesen. „Der war ganz grün ... Nie zuvor einen so blassen Menschen gesehen zu haben“, erinnert sich eine andere Zeitzeugin an den Leiter der örtlichen MfS-Kreisdienststelle. Während solche Reaktionen den Beteiligten der Bürgerbewegung ihre neu gewonnene Macht vor Augen hielten, gab es andernorts auch den gegenteiligen Eindruck: „die Herren taten solvent“ oder „man fühlte sich verarscht“. Der Regierungsbeauftragte berichtete nach Ost-Berlin am 12. Dezember vom Selbstmord eines MfS-Offiziers und von „großer Niedergeschlagenheit unter den Genossen ... die bis an die Grenze des physischen Schocks reicht“. Indem er an die Adresse des Ministerrats auf „Zukunftsangst, Unruhe und Unsicherheit“<sup>25</sup> unter den ehemaligen MfS-Mitarbeitern hinwies, dürfte er mit solchen Stimmungsberichten auch instrumentelle Ziele verfolgt haben, wie beispielsweise die Absicht, Maßnahmen zur materiellen Abfederung entlassener Genossen zu motivieren. Auf Basis der fragmentarischen Quellenlage entsteht der Eindruck, dass Dienststellenleiter und die Masse der Mitarbeiter eher paralysiert und ratlos reagierten, während Stellvertreter bzw. allgemein die „zweite Garde“ in der Macht-Hierarchie souverän zu agieren wussten und zielstrebig darauf hinwirkten, die unübersichtliche Situation gemäß den eigenen Interessen zu gestalten. Inwiefern sich dieser Eindruck auf empirisch gesicherter

<sup>25</sup> BArch Berlin, DC 20 11949, Bericht von Dr. Neubert, Bezirk Cottbus, vom 12.12.1989; BArch Berlin, DC 20 11950, Gemeinsamer Informationsbericht an den Operativstab des Ministerrats vom 13.12.1989, gez. Neubert, Regierungsbeauftragter, und Bartusch, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres.

Basis verallgemeinern ließe, muss allerdings hier eine offene Frage bleiben.

### **Die Bildung der Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi**

Die meisten Komitees im Bezirk formierten sich als solche unmittelbar nach den ersten Besichtigungs- und Kontrollaktionen. Ihre Gründung ging meist entweder auf Initiativen einzelner Personen oder auf informelle Gruppenbekanntschaften zurück. In Cottbus-Stadt konstituierte sich die Bürgerinitiative vom 5. Dezember als explizit eigenständiges Bürgerkomitee erst am 12. Januar 1990.

Die Zusammensetzung der Bürgerkomitees war in der Regel sehr heterogen, allerdings gehörten ihnen häufig Mitglieder der neuen Gruppen und Parteien an, insbesondere des Neuen Forums und der SDP. An den Begehungen beteiligten sich neben zahlreichen Bürgern ohne Gruppen- oder Parteizugehörigkeit mancherorts auch Mitglieder von Blockparteien. Personell herrschte eine hohe Fluktuation und entsprechend schwanken Angaben über die Zahl der Beteiligten. Für das Bürgerkomitee in der Bezirksstadt schätzte der 1. Sprecher des Bürgerkomitees, Gunnar Pflug, dass bei der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes bzw. der ehemaligen Bezirksverwaltung bis zu 35 Personen beteiligt waren.<sup>26</sup> Der Regierungsbeauftragte für die Auflösung des MfS zählte Mitte Januar 1990 16 ständige und 10-15 zeitweilige Mitglieder des Bürgerkomitees.<sup>27</sup> Am 12. Januar hatte das Bürgerkomitee noch versucht, mittels des Presseaufrufs „Helfer gesucht“ weitere Mitstreiter zu gewinnen.<sup>28</sup>

Die Organisation der Komitees orientierte sich an basisdemokratischen Strukturen der Bürgerbewegung, die meisten Komitees benannten einen 1. und 2. Sprecher. Allerdings kam es angesichts des kurzen Aktionszeitraums kaum zu verbindlichen organisatorischen Vereinbarungen. In etlichen Kreisen übernahmen bald Mitglieder von entsprechenden Arbeitsgruppen der neuen Gruppierungen entweder im Rahmen ihrer Aufgaben

<sup>26</sup> Unser Ziel ist Recht, wem hilft schon Rache?, in: LR vom 28.2.1990.

<sup>27</sup> BArch Berlin, DC 20 11950, Meldung des Herrn Neubert aus Cottbus vom 18.1.1990.

<sup>28</sup> LR vom 12.1.1990.

am lokalen Runden Tisch oder mit eigenem Mandat Funktionen im Stasi-Auflösungsprozess.

Die Zielsetzungen der Komitees orientierten sich im Wesentlichen an dem, was Vertreter der Bürgerbewegung in den Medien bzw. am Zentralen Runden Tisch formuliert hatten: Verhinderung von Aktenvernichtung, Versiegelung wichtiger Schränke und Räume, Entwaffnung der MfS-Mitarbeiter, Kontrolle der durchgeführten Maßnahmen. Für die Auflösung der Bezirksverwaltung formulierte Gunnar Pflug die Prämissen folgendermaßen: „Zuerst ging es um die Sicherung von Dokumenten und die Aussonderung der verfassungswidrigen Akten zum Zwecke der späteren Vernichtung“, dann galt es, „die materielle Basis für einen Sicherheitsapparat zu zerschlagen“.<sup>29</sup>

### **Emanzipation aus der „Sicherheitspartnerschaft“: Arbeitsphasen des Cottbuser Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung**

Soweit in den Kreisen noch Akten lagerten, wurden sie mithilfe der Volkspolizei nach Cottbus gebracht. Dort unterzeichneten gemeinsam mit Vertretern von Staatsanwaltschaft und Polizei auch Bürgervertreter Empfangsprotokolle. Die Kreisämter wurden als Objekte mit Protokoll und Inventarverzeichnis an die Räte der Kreise übergeben und die Mitarbeiter entlassen.<sup>30</sup> Am 15. Dezember 1989 gaben Staatsanwalt Horst Helbig und der Regierungsbeauftragte für die Auflösung der Staatssicherheit, Dr. Erhard Neubert, in der *Lausitzer Rundschau* den „Abschluß der Auflösung der Kreisämter für Nationale Sicherheit“ bekannt.<sup>31</sup> Damit betrachteten die meisten Bürgerkomitees ihre Arbeit für beendet und lösten sich auf. Nur in einzelnen Kreisen setzten sie ihre Arbeit fort und versuchten,

<sup>29</sup> LR vom 28.2.1990.

<sup>30</sup> BArch Berlin, DC 20 11950, Tagesberichte von E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 11. und 12.12.1989; BArch Berlin, DC 20 11950, Gemeinsamer Informationsbericht an den Operativstab des Ministerrats vom 13.12.1989, gez. Neubert, Regierungsbeauftragter, und Bartusch, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres.

<sup>31</sup> Alle Akten des MfS sind sichergestellt, in: LR v. 15.12.1989; Interview d.V. mit Heinz Petrick am 1.3.2000; BArch Berlin, DC 20 11950; Tagesberichte von E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 13. und 14.12.1989.

die Neuvergabe der frei gewordenen Gebäude zu kontrollieren.<sup>32</sup> Die nach Cottbus verbrachten Akten blieben in den folgenden Wochen punktuell für Mitglieder der Bürgerkomitees noch zugänglich. So notiert ein Protokoll des Cottbuser Bürgerkomitees vom 6. Februar 1990, 7.15 Uhr<sup>33</sup>: „Delegation aus Finsterwalde und Bad Liebenwerda: Einsichtnahme ins Archiv über inoffizielle ehemalige Mitarbeiter des Stasi-Apparates“ – allerdings lässt die Notiz offen, wie ausführlich und mit welchem Erfolg es tatsächlich zu dieser Einsichtnahme kam oder ob sie lediglich vorgesehen war.<sup>34</sup>

Im Unterschied zu den Kreiskomitees begann für das Bürgerkomitee der Bezirksstadt erst ab Mitte Dezember die eigentliche Arbeit. Zur Charakterisierung seiner Tätigkeit können folgende Phasen unterschieden werden:

1. Phase (5. Dezember 1989 bis Mitte Januar 1990): Das Bürgerkomitee agiert vor allem als Teil des „Arbeitsgremiums Sicherheitspartnerschaft“
2. Phase (12. bis 22. Januar 1990): Das Bürgerkomitee konstituiert sich als eigenes Gremium, emanzipiert sich stärker von staatlicher Einflussnahme und bezieht ständige Präsenz im Objekt „Nordrand“.
3. Phase (Ende Januar bis 28. Februar 1990): Unter Kontrolle des Bürgerkomitees wird das BAFNS systematisch aufgelöst.

Zur 1. Phase:

Die ausführlichsten Quellen zu dieser Phase spiegeln die Perspektive des ehemaligen MfS und des für den Bezirk Cottbus zuständigen Regierungsbeauftragten, Dr. Erhard Neubert, wider: Für sie stellte sich die Situation in Cottbus als vergleichsweise günstig dar, denn das AfNS-Bezirksamt blieb weitgehend arbeitsfähig.

<sup>32</sup> Beispielsweise inspizierte das Finsterwalder Komitee einen konspirativ genutzten Bauernhof in Göllnitz: Lübbener begingen das AfNS-Schulungsobjekt Briesensee und waren angeblich über den „vorgefundenen Komfort dieses Objektes enttäuscht“. BStU, HA VIII-AKG, 1672, Bl. 264; In Weißwasser wurde der private Bungalow des vormaligen Leiters der Kreisverwaltung bzw. des Kreisamtes – vergeblich – nach Akten durchsucht. BStU, XII, 828, Bl. 6.

<sup>33</sup> Kopie A.d.V.

<sup>34</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 6.2.1990, 15.00 Uhr, Kopie A.d.V.

Die zentrale Figur staatlicherseits war der von Ministerpräsident Modrow für die Fragen der Stasi-Auflösung im Bezirk Cottbus beauftragte Neubert, der zusammen mit Oberstleutnant Göhler (Innenministerium) und Oberst Schator (AfNS) am Tag nach der Besichtigungsaktion in der Bezirksstadt zu agieren begann. Am 6. Dezember gegen 19.30 Uhr traf diese Berliner Abordnung mit Repräsentanten des Rates des Bezirkes, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des AfNS-Bezirksamtes sowie einer Mitarbeiterin des Bezirksgerichtes und – als einziger Vertreterin der neuen Kräfte – Sabine Bürger vom Neuen Forum zusammen. Aus einer kaum gebrochenen Machtposition heraus artikulierte die staatliche Seite bei dieser Gelegenheit ihre „hohe Meinung“ über die Mitarbeit des Neuen Forums und der Kirche „im Interesse der gemeinsamen Sicherheit und Vertrauensbildung“.<sup>35</sup> Ihre organisatorische Form fand diese Zusammenarbeit am 8. Dezember mit der Bildung einer Arbeitsgruppe zur Auflösung der Staatssicherheit, die sich bald „Arbeitsgremium Sicherheitspartnerschaft“ nannte.<sup>36</sup> Die genaue Zahl der weiteren Treffen ist nicht sicher geklärt, nachweisbar sind bislang Sitzungen für den 11., 14., 15. und 22. Dezember sowie den 4. Januar. Ergänzend zu den Teilnehmern bei der ersten Begehung waren hier auch weitere Vertreter des Neuen Forums, der SDP, der Belegschaft des RAW und ab Mitte Dezember des Demokratischen Aufbruchs beteiligt. Diese Arbeitsgruppe sah vorerst ihr Ziel nicht im sofortigen Stopp jeglicher Aktenvernichtung. Schon wenige Tage nach ihrer Gründung konnte Neubert nach Ost-Berlin telegrafieren: „die Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes ist gewährleistet“.<sup>37</sup>

„Arbeitsfähigkeit“ bedeutete dabei vor allem eines: Aktenvernichtung, wobei an der Auswahl nun ein Staatsanwalt und Vertreter der Volkspolizei beteiligt waren. Die ehemaligen Stasi-Offiziere fanden zurück zu einer gewissen Routine. Die Kreisämter (KÄ) waren zwar verloren, aber man

<sup>35</sup> BArch Berlin, DC 20 11948, Tagesbericht von E. Neubert an Operativstab Berlin vom 6.12.1989.

<sup>36</sup> So genannte „Sicherheitspartnerschaften“ gab es auch in einigen Cottbuser Kreisen wie z.B. in Luckau oder Calau. Allerdings wurden darunter in erster Linie deeskalierende Dialogveranstaltungen zwischen Vertretern der Neuen Kräfte und Vertretern des alten Sicherheitsapparates, also VP, AfNS etc. verstanden. BStU, HA XXII, 1721, f. 39; BStU, HA XXII, 828, f. 113.

<sup>37</sup> BArch Berlin, DC 20 11950, Gemeinsamer Informationsbericht an den Operativstab des Ministerrats vom 13.12.1989, gez. Neubert, Regierungsbeauftragter, und Bartusch, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres.

blickte in Cottbus durchaus schon auf die Zukunft der operativen (op.) Arbeit, auch unter Nutzung Inoffizieller Mitarbeiter (IM) in Dienstseinheiten („DE“), die man wieder weitgehend souverän befehlen konnte. So telegrafierte am 27. Dezember 1989 gegen 17.10 Uhr Genosse Masula aus dem BAfNS Cottbus an die Zentrale in Berlin: „Alle op. DE sind arbeitsfähig, soweit es die gegenwärtigen Bedingungen ermöglichen; keine Versiegelung in DE, die die op. Arbeit behindern; Mehrzahl der MA [Mitarbeiter, d.V.] ist mit Vernichtung op. Schriftgutes beschäftigt; teilweise Klärung, welche ausgewählten IM werden für Verfassungsschutz benötigt; Staatsanwalt und maximal 3 Kräfte der VP sind mit Bewertung op. Schriftgutes in Zusammenarbeit mit MA der BS [??] tätig ohne Bürgervertreter – Aufgabenstellung besteht darin, op. Schriftgut der ehemaligen KÄ und des Archivs für Vernichtung / Archivierung aufzubereiten [...] Außenobjekte sind vollständig übergeben.“<sup>38</sup>

Zur 2. Phase:

Anfang Januar 1990 wuchs in Cottbus sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den involvierten Bürgervertretern die Unzufriedenheit über den Stand der Stasi-Auflösung. Ausdruck der wachsenden Entschlossenheit, Aktenvernichtungen zu verhindern, war auch die vom Neuen Forum durchgesetzte Versiegelung einiger Räume mit Archivmaterial in der SED/PDS-Bezirksleitung.<sup>39</sup> Innerhalb des „Arbeitsgremiums Sicherheitspartnerschaft“ kam es zu immer größeren Spannungen wegen der offensichtlichen Verzögerungen und weitgehenden Undurchsichtigkeit des Auflösungsprozesses. Die Situation eskalierte, nachdem das Gremium auf Beschluss des Runden Tisches des Bezirkes um mehrere Vertreter der alten Kräfte erweitert worden war und damit die neuen Gruppen und Parteien vollends in den Hintergrund gedrängt zu werden drohten. Zugleich konfrontierten deren Vertreter jetzt die staatliche Seite im Arbeitsgremium mit der Forderung nach unverzüglichem Stopp der Aktenvernichtungen. Die überregionalen Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees, bei denen Gunnar Pflug und Sabine Bürger Cottbus vertraten, hatten dazu offenbar wichtige Impulse gegeben. Mehr noch als bisher galt es, dem AfNS „auf

<sup>38</sup> BStU, ZKG, 128, Lagebericht für den Zeitraum vom 27.12.-28.12.1989, Bl. 317f.

<sup>39</sup> BArch Berlin, DC 20 11349, Tagesbericht E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 5.1.1990.

die Finger zu gucken“.<sup>40</sup> Um weiteren „Umarmungsstrategien“ den Boden zu entziehen, konstituierten die nichtstaatlichen Auflöser am 12. Januar ein Bürgerkomitee als eigenes Gremium, dem keine staatlichen Vertreter angehören durften. Erst jetzt wurde eine dauerhafte Präsenz des Bürgerkomitees im Objekt gesichert.<sup>41</sup>

Zeitgleich wurde der öffentliche Protest nun immer nachdrücklicher. Bereits am 8. Januar hatten sich wütende Demonstranten vor dem „Objekt Nordrand“ versammelt. In den darauffolgenden Tagen bis zur nächsten Montagsdemonstration am 15. Januar potenzierte sich der Unmut angesichts des inzwischen veröffentlichten Zwischenberichts des Regierungsvertreters noch einmal.<sup>42</sup> In dem Bericht hatte Neubert das AfNS als ganz „normalen Geheimdienst“ dargestellt und mitgeteilt, dass das Objekt von den ehemaligen MfS-, nun AfNS-Mitarbeitern selbst „bewacht“ würde und alle „zu Bürgern entsprechend der alten, falschen Sicherheitspolitik“ angelegten Akten – also auch Informationen über die Zuträger – vernichtet würden.<sup>43</sup> Am 16. Januar warfen Demonstranten unter „Stasi raus“-Rufen mehrere Fenster der ehemaligen Bezirksverwaltung mit Steinen ein. Allerdings befanden sich zu diesem Zeitpunkt außer wachhabenden Polizisten nur Vertreter des Bürgerkomitees in dem Objekt. Dennoch war dieser Tag eine Zäsur, da das Bürgerkomitee die vollständige personelle Räumung des Amtes durchsetzen konnte und die Kontrollarbeiten nun endgültig unter seiner Aufsicht standen. Insofern titelte die *Lausitzer Rundschau* nicht ganz falsch: „Nordrand in Bürgerhand“, auch wenn in den Folgetagen der Zugang zur ehemaligen Stasi-Zentrale weitgehend offen blieb und freiwillige Helfer, aber auch Souvenir-Jäger und ehemalige MfS-Mitarbeiter in der unübersichtlichen Situation noch ein- und ausgehen konnten.

<sup>40</sup> Interview d.V. mit G. Pflug, 23.11.2004.

<sup>41</sup> Kalendereintragungen C. Polster, Interviews d.V. mit G. Pflug, 23.11.2004 und H. Helbig, 29.9.2005.

<sup>42</sup> Vgl. LR v. 9.1. und 16.1.1990.

<sup>43</sup> Zwischenbericht des Regierungsbeauftragten vom 11. Januar zu Aufgaben und Struktur der ehemaligen Bezirksverwaltung Cottbus des MfS und zum Stand der angewiesenen Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit, in: LR vom 13.1.1990.

### Zur 3. Phase:

Wenige Tage nach seiner Gründung stellte das Bürgerkomitee neue Regeln auf und vereinbarte Zeitpläne für den systematischen Vollzug der Auflösung. Die komplette Beräumung des Amtes lief nun zügig nach einem festen Schema ab. Ein Mitglied der zeitweilig nur drei Mitglieder umfassenden Arbeitsgruppe V betrat gemeinsam mit dem Staatsanwalt jeden der versiegelten Räume zuerst, öffnete sämtliche Schränke und sichtete die Akten. Relevantes Material für die mit der Auflösung von Immobilien bzw. dem Abbau der Nachrichtentechnik befassten Arbeitsgruppen I und III wurden dann von diesen ausgewertet. Den konkreten Abtransport von Akten und Gegenständen übernahmen Räumkommandos. Die Immobilien wurden an den Rat des Bezirkes übergeben, das ehemalige Personal entlassen, Waffen an die Nationale Volksarmee (NVA) und Nachrichtentechnik an Volkspolizei oder Deutsche Post übergeben bzw. vernichtet und die erhaltenen Akten in zwei ehemalige Munitionsbunker eingelagert. Strafsakten waren, um IM-Berichte bereinigt, bereits seit Dezember zur Staatsanwaltschaft gebracht worden. Finanzakten, Kaderakten und Dienstbefehle sollten zunächst bei der Volkspolizei eingelagert und dort mit Kontrolle des Bürgerkomitees unter Siegel verschlossen bleiben, was nach Einspruch des Komitees jedoch teilweise revidiert wurde.<sup>44</sup> Vorvernichtetes Material war am 9. Februar verkollert worden.<sup>45</sup> Da bis zum Ende des Monats alle notwendigen Arbeiten abgeschlossen wurden, stellte das Bürgerkomitee am 28. Februar 1990 seine Tätigkeit offiziell ein.

Von potenziellen neuen Mitstreitern, die in der zweiten Phase zum Bürgerkomitee hinzugestoßen waren, blieb in der letzten Phase nur ein kleiner Teil dabei. Einer der Akteure führte dies auf die Ankündigung einer Stasi-Überprüfung aller Bürgerkomitee-Mitglieder zurück.<sup>46</sup> Zeitzeugeninterviews zeigen jedoch auch, dass manch kurzzeitig Hinzugekommener das Bürgerkomitee nicht als sinnvolles Wirkungsfeld betrachtete. Entscheidungsstrukturen wurden als intransparent, Arbeitsabläufe als unübersichtlich empfunden und Offenheit bei der Klärung von Konflikten vermisst.

<sup>44</sup> Protokoll des Bürgerkomitees, 13.2.1990 sowie Protokoll zur spontanen Beratung am 13.2.1990, Kopie A.d.V.; im Ergebnis wurden nur die Finanzakten bei der BDVP eingelagert.

<sup>45</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 9.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>46</sup> Interview d.V. mit H. Helbig vom 30.9.2005.

Manche Akteure gewannen daher den Eindruck, die Rolle des Bürgerkomitees erschöpfe sich weitgehend in der Funktion als „Feigenblatt“ für die Selbstaflösung des AfNS.<sup>47</sup> Die zugängliche schriftliche Überlieferung zeichnet da ein differenzierteres Bild: Die Beteiligten führten demnach keine Alibi-Beschäftigungen durch, sondern leisteten intensive konkrete Arbeit, die dem Vorwurf des „Feigenblattes“ widerspricht. Die täglichen Arbeitsabläufe und die Zuteilung von Aufgaben waren klar geregelt. Arbeitsgruppen mit klaren Zuständigkeiten hielten bis zu zweimal täglich, um 7.15 Uhr und 15.15 Uhr, Besprechungen ab, die auch protokolliert wurden.<sup>48</sup> Aber, und darin kann man einen Grund für den Eindruck der Intransparenz vermuten, diese Protokolle dokumentieren vor allem technische Abläufe. Entscheidungsprozesse oder gar Kontroversen sind dagegen nicht erkennbar. Entweder fanden sie nicht statt oder sie wurden nicht dokumentiert. Ein Indiz für die Konzentration auf den technischen Ablauf ist auch, dass die in der historischen Rückschau vielleicht brisanteste Frage, die Bewertung der Akten, von der personell am schwächsten besetzten Arbeitsgruppe vorgenommen wurde.

### **Positionen zum Umgang mit den Akten**

Hinsichtlich der Frage Aufbewahrung oder Vernichtung von Stasi-Unterlagen gab es deutliche Kurswechsel, die sich nicht durchweg mit den oben beschriebenen Phasen decken. Unmittelbar bei und nach der Kontrolle der Stasi-Zentrale lautete das Ziel, die Vernichtung zu stoppen. Jedoch wurden im Dezember weiterhin Akten vernichtet, nun allerdings auch mit Billigung der Bürgervertreter. Ab Mitte Januar lehnte das Bürgerkomitee jedoch dieses Vorgehen wieder ab und trat erneut für eine vollständige Sicherung der Akten ein. Konflikte innerhalb des Bürgerkomitees über diese Frage sind aus der schriftlichen Überlieferung, aber auch aus Interviews mit den maßgeblichen Akteuren, kaum fassbar. Einzelne Randbemerkungen und Episoden weisen jedoch darauf hin, dass es Konflikte gab, die verschiedentlich auch zum Ausscheiden von Bürgerkomitee-Mitglie-

<sup>47</sup> Interviews d. V. mit Frau D. vom 30.8.2005, Herrn S. vom 25.8.05 und Gespräch mit Frau T. vom 31.8.2005.

<sup>48</sup> Mit dem Datum 22.1.1990 nimmt die Dichte überlieferter Protokolle deutlich zu.

den führten.<sup>49</sup> Es ist fraglich, inwiefern es überhaupt zu Aushandlungsprozessen bei Meinungsverschiedenheiten kam – wer anderer Meinung war, verließ unter Umständen recht schnell das Bürgerkomitee und erscheint daher auch nicht in der Überlieferung.

Die Kurswechsel waren jedenfalls nicht Ausdruck veränderter Machtkonstellationen innerhalb des Komitees, sondern spiegeln die Einflüsse der einerseits auf Aktenvernichtung hinarbeitenden „Sicherheitspartnerschaft“ und der andererseits auf Aktensicherung abzielenden zentralen Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees wider. Da das Cottbuser Bürgerkomitee in seinen grundlegenden Vorstellungen über die Zukunft des AfNS offen und damit sehr beeinflussbar war – beispielsweise befürworteten Mitglieder frühzeitig die Schaffung eines neuen Geheimdienstes –, fehlten für ein klares Votum für oder gegen Aktenvernichtung entsprechend eindeutige Positionen. Auch die Unsicherheit hinsichtlich der Legalität des eigenen Handelns – man postulierte nicht ein revolutionäres Ausnahme-Recht, sondern rang immer wieder um Kriterien von Legalität – erschwerte das Verfechten einer sicheren Position. Denn das Cottbuser Bürgerkomitee verstand sich nicht als ein Gremium, das eigene Politik macht, sondern eher als Exekutive der Stasi-Auflösung.

Zur Illustration seien einige Details und paradoxe Aspekte dieser Entwicklung angeführt:

Der schnelle Wechsel vom Stopp der Aktenvernichtung hin zu ihrer Fortsetzung mit Unterstützung des „Arbeitsgremiums Sicherheitspartnerschaft“ ist bemerkenswert. Ziel der nun zumindest teilweise kontrollierten Vernichtung war der unbedingte „Quellenschutz“. Der Staatsanwalt betrachtete es als seine Aufgabe, alle Dokumente mit der Nennung von Zuträgern des MfS für die Vernichtung auszusondern. Über das zu vernichtende Material wurde selbst keine Liste geführt, um keine neuen Quellen zu schaffen. Der „Quellenschutz“ galt auch während der Kontrollen durch die Bürgerversammlung und schloss die Schweigepflicht aller Teilnehmer über das Gesehene mit ein. Das sicherte nicht allein die Anonymität der Stasi-Mitarbeiter, sondern erleichterte generell die Entsorgung von brisantem Material.<sup>50</sup>

<sup>49</sup> Interview mit Frau D. am 30.9.2005, außerdem sagten Zeitzeugen Interviewtermine mit entsprechenden Andeutungen ab.

<sup>50</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14274, Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes

„Es gelte, die Papiere herauszuziehen, die vom ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit unberechtigt über Bürger angelegt wurden“, ließ das Gremium am 9. Dezember in der *Lausitzer Rundschau* verlautbaren.<sup>51</sup> Dagegen hatte Sabine Bürger noch beim ersten Treffen mit Neubert drei Tage zuvor erklärt, dass das Neue Forum die Ausgliederung der „Akten über politisch Andersdenkende“ und deren vorläufige Deponierung bei Justizorganen fordere, bis „die zuständigen Staatsorgane“ eine Entscheidung zum MfS getroffen hätten.<sup>52</sup> Doch schon am nächsten Tag war die Situation verändert. Bürger wurde ebenso wie die anderen Mitglieder des Gremiums mit einem Fernschreiben des Ministerratsvorsitzenden Hans Modrow konfrontiert, das die Vernichtung von Akten anordnete.<sup>53</sup> Diese oberste Verfügung wurde erst einmal als offizielle Entscheidung akzeptiert. Am 8. Dezember telegraphierte der Regierungsbeauftragte nach Berlin, dass „Übereinstimmung“ mit SED-Bezirksfunktionären, Bürgerbewegung und RAW-Betriebsgewerkschaftsorganisation herrsche „über die kontrollierte Vernichtung der unberechtigt angelegten Dokumente entsprechend dem Beschluss des MR [Ministerrats] vom 7.12.1989 ... Es soll erreicht werden, dass künftig jeder Bürger ohne Angst vor ungerechtfertigten Beschuldigungen leben kann.“<sup>54</sup>

Das betraf auch die Akten aus den Kreisämtern, weshalb davon auszugehen ist, dass durch lokale Bürgerkomitees gesicherte Unterlagen teilweise mit Zustimmung des „Arbeitsgremiums Sicherheitspartnerschaft“ in Cottbus vernichtet wurden.<sup>55</sup> Es ist in diesem Zusammenhang nicht eindeutig zu erklären, warum im Dezember wiederholt die Vertreter des Neuen Forums bzw. des Bürgerkomitees zwar bei der Kontrolle des Abtransportes und der Vernichtung der Akten anwesend waren, jedoch auf deren vorhe-

---

Cottbus (Berlin, 7.1.04), Bl. 13f.

<sup>51</sup> LR vom 9.12.1989.

<sup>52</sup> BArch Berlin, DC 20 11948, Meldung Rat des Bezirkes Cottbus, Genosse Neubert, vom 6.12.1989.

<sup>53</sup> BArch Berlin, DC 20 11948, Meldung des Genossen Dr. Erhard Neubert aus Cottbus vom 7.12.1989.

<sup>54</sup> BArch Berlin, DC 20 11948, Tagesbericht E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 8.12.1989.

<sup>55</sup> BStU, ZKG, 127, Berichterstattung zur angewiesenen Auflösung der Kreisämter des AfNS (Berichtszeitraum 13.12.1989, 6.00 Uhr bis 14.12.1989, 6.00 Uhr), Bl. 40.

rige Sichtung verzichteten.<sup>56</sup> Jedenfalls konnte die staatliche Seite in dieser Phase die ihr genehme Variante des Umgangs mit den Akten durchsetzen und alternative Positionen im Rahmen der „Sicherheitspartnerschaft“ marginalisieren. So notierte der Regierungsbeauftragte am 21. Dezember 1989, dass man sich im „Arbeitsgremium Sicherheitspartnerschaft“ darüber einig sei, dass zur Umsetzung des Ministerrats-Beschlusses vom 14. Dezember folgendermaßen mit Schriftgut zu verfahren sei: „Was die neuen Organe benötigen, wird aussortiert und gesichert aufbewahrt. Alles andere (ca. 80 % des gesamten Materials) wird nicht weiter aussortiert, sondern für die Vernichtung freigegeben. Die Einbeziehung des Staatsarchivs [Potsdam] ist gewährleistet.“<sup>57</sup> Noch am 4. Januar 1990, als das „Arbeitsgremium Sicherheitspartnerschaft“ die teilweise Einlagerung von Stasi-Akten ins Staatsarchiv Potsdam beschloss,<sup>58</sup> bekräftigte es erneut die Vereinbarungen vom 8. bzw. 21. Dezember.<sup>59</sup> Im typischen Sprachgebrauch des AfNS nahm es damit „eine realistische Position“ im Umgang mit den Akten ein.<sup>60</sup> Damit kam das Gremium letztlich den Interessen des AfNS entgegen, was mehrheitlich sicherlich nicht die Absicht der Akteure war. Dennoch trugen sie die Entscheidungen mit.

Verschiedene Motive hierfür können angeführt werden. So begünstigte eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Maßstäbe für die Richtigkeit des eigenen Handelns die Hinnahme der Mehrheits-Linie im „Arbeitsgremium“. Seine Mitglieder wollten gesetzeskonform agieren bzw. gingen davon aus, dass sie ihr Handeln auf den Boden einer – in der historischen Rückschau schwer vorstellbaren – Legalität stellen könnten und müssten.

Zweitens lehnten die Mitglieder des Bürgerkomitees zumindest im Dezember die Existenz eines Geheimdienstes nicht prinzipiell ab. So sprach beispielsweise Christoph Polster von der Arbeitsgruppe des Neuen Fo-

<sup>56</sup> BArch Berlin, DC 20 11951, Meldung vom Gen. Neubert aus Cottbus vom 18.12.1989.

<sup>57</sup> BArch Berlin, DC 20 11349, Meldung des Regierungsbeauftragten Cottbus an den Operativstab Berlin vom 21.12.1989.

<sup>58</sup> Staatsarchiv erhält Dokumente, in: LR vom 5.1.1990.

<sup>59</sup> BArch Berlin, DC 20 11349, Meldung des Regierungsbeauftragten Cottbus an den Operativstab Berlin vom 21.12.1989. - BStU, ZA, ZAIK 14 274, Bl. 13f., BArch Berlin, DC 20 11349, Bl. 692.

<sup>60</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14274, Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Cottbus (Berlin, 7.1.04), Bl. 13f.

rums zur Auflösung der Stasi von „legitimen Sicherheitsaufgaben“ und Gewährleistung der „Geheimhaltung des – auch von Bürgerinitiativ-Seite – anerkannten Sicherheitsaspektes“. <sup>61</sup> Regierungsvertreter Neubert berichtete bereits am 21.12.1989, dass Bürgervertreter vor einem Sicherheitsvakuum gewarnt hätten, falls das alte Organ zu schnell aufgelöst werden würde und das neue dagegen noch nicht arbeitsfähig sei. <sup>62</sup>

Drittens standen sie bei dünner Personaldecke vor kaum überschaubaren Aktenmengen und weitgehend undurchschaubaren MfS-Strukturen – verschiedene Zeitzeugen erinnern sich, insbesondere in den ersten Wochen nach der Begehung schlichtweg überfordert gewesen zu sein. Zum Jahresende 1989 beschrieb Polster die Situation im Informationsblatt des Neuen Forums wie folgt: „Das Problem in der Arbeitsgruppe stellt sich – aus der Sicht der Bürgerinitiativen – darin, daß die Überprüfbarkeit der vereinbarten Schritte, wie auch der Aussagen der Stasi-Vertreter sich als schwierig erweist. [...] Um die Geheimhaltung ... zu gewährleisten, wurde ein ‚Staatsanwalt des Vertrauens‘ in die Arbeit einbezogen. Dieser hat die Aufgabe, alle gesicherten Akten der Stasi zu kontrollieren und die Dossiers sicherzustellen und die Vernichtung zu gewährleisten. Man kann sich leicht vorstellen, daß dies in der Praxis eine kaum zu bewältigende Aufgabe ist.“ <sup>63</sup> Die Menge des Schriftgutes wurde auf rund 50 Tonnen geschätzt. <sup>64</sup> Schließlich kam auch die Angst vor „Mord und Totschlag“, also vor möglicher Lynchjustiz gegen MfS-Mitarbeiter, hinzu. Hinweise auf eine derartige Gefahr sollten offenbar effektiv einschüchtern, wurden jedoch von den Beteiligten durchaus ernst genommen, allerdings mit dem veränderten Akzent der von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern ausgehenden Gefahr. So wertete der Staatsanwalt Horst Helbig, der die Folgen von „Mord und Totschlag“ aus seiner Tätigkeit im Bereich Tötungsverbrechen kannte, den Selbstmord eines MfS-Mitarbeiters am 7. Dezember 1989 mit der Dienstwaffe im Objekt als Indiz für ein Gewaltpotenzial, das sich auch

<sup>61</sup> Informationsblatt Nr. 1 des Neuen Forums Cottbus vom 31.12.1989; BArch Berlin, DC 20 11349, Meldung des Regierungsbeauftragten Cottbus an den Operativstab Berlin vom 21.12.1989.

<sup>62</sup> BArch Berlin, DC 20 11349, Meldung des Regierungsbeauftragten Cottbus an den Operativstab Berlin vom 21.12.1989.

<sup>63</sup> Informationsblatt Nr. 1 des Neuen Forums Cottbus vom 31.12.1989.

<sup>64</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Information zu Aufgaben und Struktur der ehemaligen Bezirksverwaltung Cottbus des MfS und zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vom 11.1.1990.

in eine andere Richtung hätte entladen können.<sup>65</sup> Sabine Bürger war gleich zu Beginn der Stasi-Auflösung mit einer erschreckenden Macht demonstration und Gewaltandrohung konfrontiert worden. Bei einer Begehung der Cottbuser MfS-Untersuchungshaftanstalt wenige Tage nach der ersten Begehung des Bezirksamtes stieß sie in einem der Räume, in denen sie selbst Jahre zuvor als Häftling vernommen worden war, auf historische Fotos mit Erhängten und der Botschaft „für das Neue Forum“ bzw. „so werden wir es mit dir auch machen“.<sup>66</sup> Morddrohungen gegen Cottbuser Bürgerrechtler hatte es auch anderswo gegeben.<sup>67</sup>

Die Kursänderung hin zur kompromisslosen Aktensicherung geschah unter dem Einfluss öffentlichen Protests und der Abstimmung zwischen den Bürgerkomitees der Bezirke. Am 11. Januar trat das Cottbuser Bürgerkomitee gegenüber dem Regierungsbeauftragten und dem alten Gremium mit einem eigenen Forderungskatalog auf. So wurden neben der Einstellung sämtlicher Aktenvernichtungen und jeglicher Tätigkeit des Bezirksamtes die vollständige Entwaffnung, die Begehung aller Räume nach Bauplan, die Offenlegung aller Strukturen, Finanzen und Datenträger und die Aufhebung der Geheimhaltungsverpflichtung für das Bürgerkomitee verlangt.<sup>68</sup> Während der überraschte Regierungsvertreter einige Punkte in der folgenden Diskussion zurückdrängen konnte, blieb der Dissens in der Frage der Aktenvernichtung bestehen, der sich nach seinen Angaben allerdings an der Forderung nach einer klaren zentralen Richtlinie und nicht an der Vernichtung an sich entzündet hatte.<sup>69</sup>

Den konsequenten Stopp der Aktenvernichtung setzte das Bürgerkomitee jedenfalls nicht durch. Bis Mitte Februar blieb die Situation insofern paradox, als einerseits Transporter Akten zur Papiermühle fuhren, andererseits das Bürgerkomitee die Vernichtung einzelner Papiere durch Angestellte

<sup>65</sup> Interview d.V. mit H. Helbig, 30.9.2005.

<sup>66</sup> Mündliche Auskunft von Sabine Bürger, 20.11.2004.

<sup>67</sup> So z.B. gegen den Gründer des Neuen Forums in Calau, Heinz Petrick. Vgl. Tina Krone (Hg.), „Sie haben so lange das Sagen, wie wir es dulden“. Briefe an das Neue Forum September 1989 - März 1990, Berlin 1999, S. 306f.

<sup>68</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Tagesbericht von E. Neubert vom 11.1.1990; BArch Berlin, DC 20 11350, Information zu Aufgaben und Struktur der ehemaligen Bezirksverwaltung Cottbus des MfS und zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vom 11.1.1990.

<sup>69</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Tagesbericht von E. Neubert vom 11.1.1990.

anprangerte und sogar strafrechtliche Schritte einleitete.<sup>70</sup> Der Fokus lag offenbar mehr darauf, Einzeltäter dingfest zu machen, als die Materialvernichtung insgesamt mit allen Mitteln zu verhindern. Nur schrittweise, manchmal mit Korrekturen im Stundentakt, setzte sich die Ablehnung jeglicher Dokumentenvernichtung als handlungsleitende Maxime durch. So kündigt das Protokoll der Bürgerkomiteesitzung vom 13. Februar, 7.00 Uhr an: „heute Vernichtung der Dienstausweise und Stempel im Heizhaus“.<sup>71</sup> Im Protokoll von 15.00 Uhr des gleichen Tages heißt es aber dann: „Revidierung des gestrigen Beschlusses zu der Vernichtung der Dienstausweise ... Grundsatz der Arbeit: es wird von uns nichts vernichtet (keine Dokumente und Schriftstücke) – deshalb: Dienstausweise und Stempel kommen in den Bunker.“<sup>72</sup> Bis zum 20. Februar scheint die Wendung endgültig vollzogen worden zu sein, denn an diesem Tag berichtete Neubert, dass das Cottbuser Bürgerkomitee nun jegliche weitere Vernichtung von Akten entschieden untersagt hätte.<sup>73</sup> Die Vernichtung elektronischer Datenträger, die zu diesem Zeitpunkt auch von anderen Bürgerkomitees unterstützt wurde,<sup>74</sup> fand allerdings im Februar statt. Zwei Tage nach dem entsprechenden Ministerratsbeschluss vom 26. Februar 1990 wurden in Cottbus alle elektronischen Datenträger vernichtet. Laut Protokoll war dabei der Staatsanwalt anwesend, den seine Zustimmung „noch heute wurmt“, jedoch kein Vertreter des Bürgerkomitees, das in dieser Woche seine Arbeit einstellen sollte.<sup>75</sup>

Die Einlagerung des Aktenmaterials in zwei Munitionsbunker seit dem 30. Januar 1990 geschah nicht zwingend mit der Perspektive einer späteren Öffnung der Akten, vielmehr sollten sie für eine ausstehende gesetzliche Entscheidung aufbewahrt werden.<sup>76</sup> Dennoch wurde Wert darauf gelegt, sie systematisch einzulagern und vor unbefugter Vernichtung zu schützen. Dazu wurde auf das Angebot des Potsdamer Staatsarchivs zu-

<sup>70</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 30.1.1990, Kopie A.d.V.

<sup>71</sup> Protokoll der Bürgerkomitees vom 13. Februar, 7.00 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>72</sup> Protokoll der Bürgerkomitees vom 13. Februar, 15.00 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>73</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Tagesbericht von E. Neubert vom 20.2.1990.

<sup>74</sup> Protokoll der gemeinsamen Beratung der Vertreter der Bürgerkomitees der Bezirke und den Regierungsbeauftragten in den Bezirken am 16.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>75</sup> Interview d.V. mit Horst Helbig am 29.9.2005; Protokoll vom 28.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>76</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 29.1.1990, Kopie A.d.V.

rückgegriffen, das bereits Mitte Dezember telefonisch seine Mitarbeit bei der Sichtung angeboten hatte – eine Initiative, die auf eine Weisung des stellvertretenden Ministers für Innere Angelegenheiten zurückging.<sup>77</sup> So wurde nach Maßgaben einer Mitarbeiterin des Staatsarchivs Potsdam das Stasi-Archiv in einen Bunker überführt und dort sortiert. In einem anderen Bunker wurde unsortiertes Material deponiert. Das zentrale Archiv des Bezirksamtes wurde ab dem 20. Februar innerhalb von drei Tagen umgelagert.<sup>78</sup> Die Eingänge und auch die Lüftungsschächte wurden zum Schutz vor möglichen Brandsätzen zugemauert und durch Bereitschaftspolizisten bewacht.<sup>79</sup>

### **Stasi-Auflösung jenseits der Akten: Waffen, Immobilien, Personal**

Als die materielle Hinterlassenschaft des MfS, die am stärksten in die Gegenwart hineinwirkt, lassen die Akten und die Frage nach ihrer Aufbewahrung oder Vernichtung in der Retrospektive alle anderen Aufgabefelder der Stasi-Auflösung verblassen. Dabei waren auch die Fragen nach dem Verbleib von Waffen und Immobilien hoch brisant und nahmen in der alltäglichen Arbeit des Bürgerkomitees großen Raum ein. Einige Tätigkeitsfelder sollen hier zumindest angerissen werden.

Dass die Frage nach einer zügigen Entwaffnung psychologisch und machtpolitisch wichtig war, ist evident. Immerhin hatten auch in Cottbus AfNS-Mitarbeiter Anfang Dezember zum Widerstand gegen die geplante Auflösung aufgefordert. Mitarbeiter des Kreisamtes Spremberg riefen in einem Verteiler vom 9.12.1989, der an Volkskammer, Ministerrat, SED, AfNS-Ämter und -Leiter Schwanitz, DDR-Fernsehen und ADN adressiert war, zur Rettung des sozialistischen Vaterlandes und des AfNS „auch unter Einsatz des Lebens“ auf.<sup>80</sup> In den Kreisämtern war, sehr zur Erleich-

<sup>77</sup> BArch Berlin, DC 20 11950, Bericht von Dr. Neubert, Bezirk Cottbus, vom 15.12.1989.

<sup>78</sup> BArch Berlin, DC 20 11351, Meldung des Kollegen Neubert aus Cottbus vom 20.2.1990. - BArch Berlin, DC 20 11351, Information RB Cottbus Herr Neubert vom 23.2.1990.

<sup>79</sup> Interview d.V. mit Dr. Pautz, 15.9.2004.

<sup>80</sup> BArch Berlin, DC 20 11948, Standpunkt des Kollektivs des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Spremberg vom 9.12.1989; Walter Süß, Staatssicherheit

terung der dortigen Bürgerkomitees, die Waffenabgabe allerdings bis Mitte Dezember weitestgehend abgeschlossen worden.

In der ersten Arbeitsphase des Bezirkskomitees stand dagegen die Auflösung der Waffenkammern ebenso wie die der Nachrichtentechnik nicht im Mittelpunkt. Lediglich die Auflösung des Immobilienbestandes wurde von Beginn an in Angriff genommen. Außer den ehemaligen Kreisdienststellen wurden in dieser Phase 13 Objekte der vormaligen Bezirksverwaltung, drei rückwärtige Einrichtungen und zwei Mehrzweckobjekte an den Rat des Bezirkes übergeben.<sup>81</sup> Nach den Angaben des Regierungssprechers gingen außerdem bis zum 12. Januar 180 Wohneinheiten an den Rat der Stadt Cottbus über. Die Übergabe von 122 PKW und weiterer Transporttechnik war vorbereitet, 94 PKW der Kreisämter waren bereits an die Kreisräte übergeben worden.<sup>82</sup>

In der zweiten Phase nahm das Bürgerkomitee das Problem des Waffenzugangs zügig in Angriff. Zu diesem Zeitpunkt waren immerhin noch 200 Mitarbeiter im Besitz von Waffen.<sup>83</sup> Die Entschlüsselung einer Computerdatei durch ein Mitglied des Bürgerkomitees ermöglichte die genaue Übersicht und weitere Kontrolle. In den Waffenkammern befanden sich 1022 Maschinenpistolen, rund 2000 Pistolen und 240 Gewehre. Zwischen dem 10. und 12. Januar wurden sie eingesammelt, katalogisiert und schließlich von der Bezirksbehörde der Volkspolizei (BDVP) der NVA übergeben. Lediglich 20 Waffen blieben für Wach- und Sicherungsaufgaben zurück.<sup>84</sup>

Zur Auflösung des MfS-Bestands an Immobilien und Nachrichtentechnik ist spätestens für die dritte Phase die Bildung spezieller Arbeitsgruppen innerhalb des Bürgerkomitees bekannt. Mit der Nachrichtentechnik wurde

---

am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 665.

<sup>81</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14274, Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Cottbus, Berlin, den 7.1.1990, Bl. 14.

<sup>82</sup> BArch Berlin, DC 20 11950, Meldung Beauftragter Neubert, Cottbus, vom 12.12.1989.

<sup>83</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14274, Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Cottbus, Berlin, den 7.1.1990, Bl. 13.

<sup>84</sup> BStU, ZKG, 129, Lageberichte für die Zeiträume vom 9.1.-10.1.1990 und 10.-11.1.1990, Bl. 119 und 185. BStU, MfS-ZAIG, 14274, Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Cottbus, Berlin, den 7.1.1990, Bl. 13.

dabei „gem. den Festlegungen des zentralen Runden Tisches“ verfahren: Sie wurde überwiegend abgebaut und der Polizei übergeben.<sup>85</sup> Die Demontage der Anschlüsse des geheimen Regierungsnetzes im Objekt wurde dabei offenbar als eine vorläufige betrachtet, wurden doch zugleich schon wieder Räume zur „späteren Nutzung für das Geh. Reg. Netz“ ins Auge gefasst.<sup>86</sup>

Die personelle Auflösung des Bezirksamtes schritt bereits seit Dezember zügiger voran, als dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Am 11. Januar waren gleichwohl noch 800 der vormals 1515 Mitarbeiter nicht entlassen.<sup>87</sup> Zwischen dem 23. und 31. Januar war die Entlassung der restlichen 500 Mitarbeiter geplant, bis zum 5. Februar waren tatsächlich bis auf 20 alle entlassen.<sup>88</sup> Die zügige Abwicklung der Entlassungen in der zweiten Januarhälfte war dabei auch dem Drängen des Bürgerkomitees zu verdanken.<sup>89</sup>

In der zweiten Phase sah sich das Bürgerkomitee mit diversen praktischen Fragen konfrontiert. So bewegten sich nach wie vor ehemalige Stasi-Mitarbeiter im „Nordrand“ mit der Begründung, persönliche Gegenstände aus ihren Büros holen zu wollen. Für diese und ähnliche Probleme schuf das Bürgerkomitee in der dritten Phase klare Regelungen. So wurden den ehemaligen Mitarbeitern beispielsweise die Dienstausweise und Schlüssel abgenommen.<sup>90</sup> Zu der grundsätzlichen Frage, in welchen Bereichen ehemalige Mitarbeiter arbeiten sollten, vertrat das Bürgerkomitee offiziell in der *Lausitzer Rundschau* eine im retrospektiven Urteil überraschende Meinung: „wichtig [ist], dass dieser Personenkreis Arbeit bekommt. Be-

<sup>85</sup> Zwischenbericht der Arbeitsgruppe 3 vom 22.1.90, unterschrieben von „Szu-ka, Hauptmann der VP“.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Information zu Aufgaben und Struktur der ehemaligen Bezirksverwaltung Cottbus des MfS und zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vom 11.1.1990. Deutlich geringere Zahlen liegen aus AfNS-internen Berichten vor. Da die höheren Zahlen sich aber auch in späteren Berichten des Regierungsbeauftragten und des Bürgerkomitees bestätigt finden, ist von ihrer Richtigkeit auszugehen.

<sup>88</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Information Herr Neubert Cottbus vom 23.1.1990; BArch Berlin, DC 20 11351, Stand der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit in den Bezirken vom 5.2.1990.

<sup>89</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 30.1.1990, Kopie A.d.V.

<sup>90</sup> Ebd.

achtet werden soll dabei, dass sie beispielsweise keinen Zugang zu Waffen am neuen Arbeitsplatz erhalten. Gegen Beschäftigungen, die durch ... Gremien wie Elternbeiräte kontrollfähig sind (z.B. ... Lehrer), gibt es seitens des Komitees keinerlei Einwände.“<sup>91</sup> Meinungsverschiedenheiten zu solchen Fragen fanden keinen Eingang in die Protokolle des Bürgerkomitees. Allerdings gibt es Indizien: So erschien wenige Tage später in der gleichen Zeitung eine Stellungnahme des Neuen Forums, welche den Einsatz ehemaliger MfS-Mitarbeiter als Lehrer unter der Überschrift „Stasi ... in die Volkswirtschaft! ... aber auch in die Schule?“ strikt ablehnte und bei dieser Gelegenheit auch die Forderung nach Aktenöffnung bekräftigte.<sup>92</sup>

Die Informationen darüber, wie sich das Bürgerkomitee zum Einsatz ehemaliger Stasi-Mitarbeiter in der Polizei positionierte, sind spärlich. Einzelne Äußerungen lassen Zurückhaltung erkennen. So heißt es im Protokoll vom 13. Februar: „Zusammenkunft mit Oberst Henschel Leiter der BDVP Abteilung K - ... Übernahme von 27 ehem. Mitarbeitern nicht in führenden Positionen ... Bürgerkomitee keine Stellungnahme / Empfehlung die Auswirkungen auf das Vertrauen der Bevölkerung zu beachten.“<sup>93</sup> Zuvor hatte Gunnar Pflug noch „darüber informiert, dass die ehemaligen Mitarbeiter der Stasi/Nasi, welche bereits bei der VP [Volkspolizei] tätig waren, ab 31.1.90, 9.00 Uhr wieder entlassen wurden.“<sup>94</sup> Bis zum 9. Februar 1990 wurden in die VP übernommene MfS-Mitarbeiter bis auf sechs von ihnen wieder entlassen.<sup>95</sup>

Die Auflösung des Immobilienbestandes gehörte zu den zeitaufwändigsten Aufgaben des Bürgerkomitees. Die hierfür zuständige AG I war demzufolge auch die zahlenmäßig stärkste mit 13 Personen (während in den AG II bis IV jeweils nur drei bis vier Personen tätig waren).<sup>96</sup> Gleichwohl war diese Arbeitsgruppe bei weitem nicht hinreichend ausgestattet – mit Personal, Informationen, Unterstützung –, um persönliche Bereicherung

<sup>91</sup> So lautet die Überschrift des Beitrags auch recht eindeutig: Ehemaligen AfNS-Mitarbeitern Arbeitsmöglichkeiten geben, in: LR vom 31.1.1990.

<sup>92</sup> LR vom 5.2.1990.

<sup>93</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 12.2.1990, ms. Fassung, die hs. Fassung vermerkte zusätzlich „Übernahme problematisch augenblicklich, abwarten bis zum 18.9.90“; Protokoll des Bürgerkomitees vom 13.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>94</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 31.1.1990, 15.00 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>95</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 9.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>96</sup> Übersicht Mitarbeiter Bürgerkomitee - Stand per 22.1.1990, Kopie A.d.V.

durch ehemalige MfS-Mitarbeiter zu verhindern. Diese hatten offenbar die unübersichtliche Situation des Auflösungsprozesses für sich auszunutzen gewusst, während sich das Bürgerkomitee erst konstituieren, orientieren und um Unterstützung durch die staatliche Exekutive kämpfen musste. So hieß es bereits Ende Januar 1990 im Protokoll des Bürgerkomitees: „Es ist zu untersuchen, was ist an die Mitarbeiter MfS/AfNS aus dem Bestand der Sicherheit (Häuser) übergeben worden.“<sup>97</sup> Und Anfang Februar stand auf der Tagesordnung: „Im Haus II Sichtung Unterlagen von Verkäufen an ehem. Stasi-Mitarbeiter ...“<sup>98</sup>

### **Die Zusammenarbeit des Bürgerkomitees mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Rat des Bezirkes und Regierungsbeauftragtem**

Während der ersten Phase bestimmte die staatliche Seite den Prozess der Auflösung weitgehend. Die Zusammenarbeit mit Vertretern der Bürgerinitiativen war für sie propagandistisch willkommen, ohne dass sie größere Zugeständnisse machen musste. Wie selbstsicher der Regierungsbeauftragte die Zusammenarbeit in dieser Phase als Indienstnahme von Bürgervertretern verstand, illustriert die Tatsache, dass er in dieser Zeit mehrfach von „mein[em] Arbeitsgremium Sicherheitspartnerschaft“ sprach.<sup>99</sup>

Mit der eigentlichen Konstituierung des Bürgerkomitees Mitte Januar ist auch ein kritischeres und selbstbewussteres Auftreten gegenüber dem Regierungsvertreter nachweisbar. So forderte das Bürgerkomitee – in begrenztem Rahmen – Rechenschaft über seine Arbeitsweise und hielt Ungereimtheiten protokollarisch fest.<sup>100</sup> Prompt beklagt Neubert wenig später, dass die Situation „kompliziert, zeitaufwendig und nervenaufreibend“ geworden sei, da die Bewegungsfreiheit der ehemaligen Mitarbeiter stark eingeschränkt sei. Während er zusammen mit der Volkspolizei „ein Mindestmaß an Ordnung und Recht“ anstrebe, hätte das Komitee ihm

<sup>97</sup> Wochenrapport vom 29.1.1990, Kopie A.d.V.

<sup>98</sup> Protokoll vom 6.2.1990, 7.15 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>99</sup> Z.B. in: BArch Berlin, DC 20 11956, Tagesbericht E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 15.12.1990.

<sup>100</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 31.1.1990: „Herr Neubert hat am 26.1.90 bestätigt, dass der Bericht v. 7.1.90 nicht durch ihn abgefaßt wurde, sondern durch Mitarbeiter des Ministeriums.“, Kopie A.d.V.

vorgeworfen, er würde die Arbeit des Bürgerkomitees behindern.<sup>101</sup> Auch, als es um die Auflösung des Waffenarsenals ging, berichtete Neubert über „erneutes Misstrauen im Bürgerkomitee“. Dieses forderte Protokollvergleiche an.<sup>102</sup> Grundsätzlich aber stellte das Komitee den Regierungsvertreter nicht infrage.

Für Zeitpunkt Anfang Januar berichtet auch der Staatsanwalt Horst Helbig von einem Ringen um Positionierung zwischen Bürgerkomitee einerseits und Regierungsbeauftragtem andererseits. So erinnert er sich daran, dass der Regierungsbeauftragte und Vertreter der Volkspolizei ihn Anfang des Jahres 1990 der „Zusammenarbeit mit der Konterrevolution“ bezichtigten – und damit seine kooperative Haltung gegenüber dem Bürgerkomitee meinten. In seiner Erinnerung wurde dieser Vorwurf zu einem Aha-Erlebnis für die Klärung der eigenen Rolle, die er als „Staatsanwalt des Vertrauens“ für das Bürgerkomitee füllen wollte.

Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei gestaltete das Bürgerkomitee ab Januar selbstbewusster. Es nahm Einfluss auf Personalangelegenheiten und hinterfragte bisherige Selbstverständlichkeiten. Als der vertraute Umgang zwischen einem Major der BDVP und Stasi-Mitarbeitern Verdacht weckte, erzwang das Bürgerkomitee eine Aussprache über die Vergangenheit des Polizeioffiziers<sup>103</sup> und sorgte schließlich für einen Personalwechsel: Major Kern ersetzte als offizieller Ansprechpartner der Polizei für das Bürgerkomitee Major Hoffmann – ein Akt der Souveränität, der sich verschiedenen Zeitzeugen nachhaltig einprägte. Mit dem Nachfolger funktionierte die Zusammenarbeit im Sinne des Bürgerkomitees besser. Aber auch danach gab es Anlässe, die Vertrauenswürdigkeit der Polizei zu hinterfragen. So ist beispielsweise im Protokoll des Bürgerkomitees von Ende Januar festgehalten: „Im Hause II ging ein ehemaliger Angestellter der Stasi/Nasi in verschiedene Räume ... Er sollte dabei einen Zettel vernichtet haben. Er gab an, er hätte dazu von einem Kriminalisten [der Polizei, d.V.] die Erlaubnis. Dies ist unbedingt zu klären.“<sup>104</sup> Die Bereit-

<sup>101</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Meldung des Herrn Neubert aus Cottbus vom 19.1.1990.

<sup>102</sup> BArch Berlin, DC 20 11350, Information Herr Neubert Cottbus vom 23.1.1990.

<sup>103</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 5.2.1990, 7.15 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>104</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 1.2.1990, 15.00 Uhr, [hierzu auch Protokoll des Bürgerkomitees vom 30.1.1990: „Strafanzeige gegen Köhler,

schaftspolizisten, die in der Schlussphase für die Bewachung der Akten-Bunker verantwortlich waren, genossen dagegen das volle Vertrauen des Komitees.

Die weitaus größte Substanz an Sachwerten aus den Hinterlassenschaften des MfS wurde unter Kontrolle des Bürgerkomitees an den Rat des Bezirkes übergeben. Dies verlief offenbar ohne größere Konflikte. Das Bürgerkomitee stellte die Kompetenz des Rates des Bezirkes, im Zusammengehen mit dem Runden Tisch über die Verteilung von Immobilien und Fahrzeugen zu entscheiden, nicht infrage. Das spiegelte sich auch im Ton wider, den das Bürgerkomitee für eigene Verteilungsvorschläge anschlug: Dieser erinnert an bittstellende Eingaben, in denen die Autorität des Adressierten vorbehaltlos akzeptiert wird.<sup>105</sup> In anderen Zusammenhängen wurde der Ton aber auch rauer. So gab es bei der Ausstellung von Arbeitsbefreiungen für die Mitglieder des Bürgerkomitees wiederholt Probleme. Nachdem die angemahnte Unterstützung ausblieb, wurden Konsequenzen gezogen und „Herr Bartusch vom Rat des Bezirkes ... als Verhandlungspartner zum BK nicht mehr akzeptiert“, worauf der Rat eine neue Amtsperson, Bernhard Dittrich, ernennen musste.<sup>106</sup>

Ehemalige Mitarbeiter des MfS waren in allen Phasen am Prozess der Auflösung offiziell beteiligt. In der zweiten und dritten Phase betraf dies noch zwei Funktionen: Zum einen traten Offiziere als Kooperationspartner auf. Dies betrifft in erster Linie den vormaligen Stellvertreter Fitzners, Oberst Schulz. Mit ihm gab es allerdings Auseinandersetzungen wegen mangelnder Auskunftsbereitschaft. So notiert das Protokoll des Bürgerkomitees vom 26. Januar 1990, 7.20 Uhr: „Herr Schulz wird vom Staatsanwalt nochmals belehrt, bei weiteren Falschaussagen Anklage wegen Verschleierungsverdacht.“<sup>107</sup> Auch weitere hohe Offiziere wurden

---

Joachim wegen Siegelbruch und Aktenvernichtung am 16.1.90 muß gestellt werden (vom Bürgerkomitee)“], Kopie A.d.V.

<sup>105</sup> Schreiben von 17 Mitgliedern des Bürgerkomitees an den Rat des Bezirkes, 26.1.1990, Kopie A.d.V.

<sup>106</sup> Gemeint ist hier Burckhard Bartusch, stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes für Inneres. Protokoll des Bürgerkomitees, 30.1.1990: „Herr Bartusch hat unzureichende Freistellungen abgeschickt, an Dr. Neubert anderer Text weitergegeben (!)“; Protokoll des Bürgerkomitees, 31.1.1990; Protokoll des Bürgerkomitees vom 13.2.1990, 7.00 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>107</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 26.1.1990, Kopie A.d.V.

eingebunden, so ab 16. Januar der ehemalige Abteilungsleiter Rückwärtige Dienste, G. Frey. Zum anderen wurde eine größere Zahl ehemaliger MfS-Mitarbeiter zu Hilfsarbeiten herangezogen, zum Beispiel für Räumkommandos, welche die Akten in die Bunker brachten. Nicht alle diese Arbeiten fanden mit besonderer Aufsicht statt, beispielsweise die Verkollierung vorvernichteter Dokumente.<sup>108</sup> Die Mitwirkung ehemaliger MfS-Angehöriger wurde offenbar als weitgehend selbstverständlich bzw. als notwendig betrachtet. Wer allerdings was genau tun durfte, scheint wiederholt klärungsbedürftig gewesen zu sein. So heißt es im Protokoll des Bürgerkomitees vom 1. Februar 1990: „Die Mitglieder des BK protestieren, dass sich ehemalige Mitarbeiter alleine in den Zimmern umsehen ...“ Und eine Woche später muss noch einmal konkretisiert werden: „Akten werden von den Mitgliedern des BK aus den Panzerschränken entfernt, nicht von den ehemaligen Mitarbeitern.“<sup>109</sup> Auf eine Forderung der VP hin wurden ab Ende Januar „MfS/AfNS ... [Mitarbeiter] mit ‚roter Karte‘ gekennzeichnet (20-25 Personen)“<sup>110</sup>. Dass ihre direkte Einbeziehung in die Auflösung zweckmäßig sei, daran wurde bis zum Schluss festgehalten. So verfassten der Regierungsbeauftragte und der 1. Sprecher des Bürgerkomitees am 22. Februar den gemeinsamen „Vorschlag an den Runden Tisch“, drei Mitarbeiter des MfS (ehem. Abteilungsleiter Rückwärtige Dienst G. Frey, ehem. Mitarbeiter Personalabteilung P. Felgner, ehem. Leiter Finanzabteilung U. Dieke) auch in den künftigen Arbeitsstab zur Auflösung des MfS aufzunehmen.<sup>111</sup>

Inwieweit inoffiziell – als IM oder Offizier im besonderen Einsatz – Stasi-Mitarbeiter gezielt in die Auflösung des AfNS in Cottbus involviert waren, muss hier eine offene Frage bleiben. Von Zeitzeugen geäußerte Vermutungen konnten im Rahmen dieser Darstellung aktenmäßig nicht geprüft werden. Allerdings wurde in einem Fall ein Mitglied des Bürgerkomitees, das auch noch eine machtvolle Position innehatte, später als IM enttarnt. Hier erstaunt in der Rückschau die Arglosigkeit. So hieß es hinsichtlich der Stasi-eigenen Sparkasse: „Die Sparkasse arbeitet am Samstag ... Da der Sparkassendirektor [der Stadt, Wolfgang Malth, A.d.V.] sich zur Mitarbeit im BK bereit erklärt hat, erübrigt sich ein weiterer Vertreter des

<sup>108</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 9.2.1990, 15.00 Uhr, Kopie A.d.V.

<sup>109</sup> Protokoll des Bürgerkomitees vom 8.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>110</sup> Bürgerkomitee-Wochenrapport vom 29.1.1990, Kopie A.d.V.

<sup>111</sup> Vorschlag an den Runden Tisch des Bezirkes vom 22.2.1990, Kopie A.d.V.

BK zur Überwachung.<sup>112</sup> 1995 wurde bekannt, dass Malth Inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen ist.<sup>113</sup>

### **Zur Rolle der Runden Tische für den Auflösungsprozess**

Die Auflösung der AfNS-Dienststellen gehörte auch an den Runden Tischen zu den zentralen Anliegen der neuen Kräfte.<sup>114</sup> Die heftigsten Kontroversen auf Kreisebene ereigneten sich dazu bis etwa Mitte Januar 1990, dem Ende des so genannten „alten Machtkampfes“ an den Runden Tischen zwischen alten und neuen Kräften.<sup>115</sup> Streitpunkte waren vor allem die Gewährleistung einer vollständigen Auflösung, die Neuvergabe der Gebäude und von deren Inventar, der Umfang der bisherigen Telefonüberwachung, die Umverteilung der frei gewordenen Telefonanschlüsse und die berufliche Zukunft der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter. Das Aufspüren und die Enttarnung konspirativer Objekte und Wohnungen des AfNS gehörten ebenso in den Aufgabenkatalog der neuen Kräfte. Allein die Zahl der konspirativen Objekte (KO) im Bezirk betrug im August 1989 82.<sup>116</sup> Die Rolle der Bürgerkomitees bestand vor allem in der Aufhebung der Anonymität dieser Orte.

In einigen Kreisen, wie beispielsweise in Finsterwalde, führten die Diskussionen über die Zukunft der Objekte zu kommunalpolitischen Machtkämpfen, deren für die neuen Kräfte siegreicher Verlauf den Erosionsprozess des alten Machtapparates beschleunigte. So drohten Anfang Januar 1990 der Finsterwalder Moderator und die ihn unterstützenden Bürgerinitiativen mit dem Ende des Runden Tisches, falls der Kreistag seine Vergabeempfehlung für ein MfS-Objekt nicht akzeptiere. Dass der Kreistag und sein Vorsitzender dem Diktum schnell und mit öffentlichen Entschuldigungen nachgaben, bezeugt neben deren Verunsicherung die Be-

<sup>112</sup> Protokoll des Bürgerkomitees, o.D. [Februar 1990], Kopie A.d.V.

<sup>113</sup> Siehe auch: Der Spiegel vom 3.9.2001, S. 132.

<sup>114</sup> Vgl. Peter Ulrich Weiß, Erst mitregiert, dann abserviert. Neues Forum und Runde Tische im Bezirk Cottbus 1989/90, in: Horch und Guck 3 / 2005, S. 45-51.

<sup>115</sup> In Anlehnung an Uwe Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990, S. 152f.

<sup>116</sup> BStU, Cbs AKG 1875, Bl. 1-7.

fugnisgewalt und exponierte kommunalpolitische Rolle des Runden Tisches.<sup>117</sup>

Die Bevölkerung dagegen interessierte vor allem die Frage: Wer war Inoffizieller Mitarbeiter? Unter Androhung von Warnstreiks, auf Demonstrationen, in Briefen und Unterschriftensammlungen aus Betrieben wurde insbesondere Mitte Dezember bis Mitte Februar die Veröffentlichung aller IM-Namen gefordert. Konkrete Verdachtshinweise wurden vorgebracht. Dem Regierungsbeauftragten lagen im Dezember und Januar beispielsweise Unterschriftenlisten aus dem VEB Gießereitechnik Finsterwalde, Tiefbaukombinat Cottbus (Betriebsteil Elsterwerda) und Synthesewerk Schwarzheide vor. Die oft mehr als 100 Unterzeichner forderten bei Streikandrohung die Nennung der Inoffiziellen Mitarbeiter in ihren Betrieben.<sup>118</sup> In Bad Liebenwerda tauchten am 30. Januar unter anderem an der Tür der St.-Nikolai-Kirche anonym verfasste Namenslisten auf.<sup>119</sup> In Gröden (Kreis Bad Liebenwerda) brachten Ende Januar Unbekannte an den Haustüren einiger Funktionäre und vermuteter IMs Henkerschlingen an.<sup>120</sup> Die Stimmung wurde besonders in Kleinstädten zunehmend brisant. In dieser Situation bekannten sich die meisten Runden Tische zur Geheimhaltung von IM-Namen und argumentierten mit den destabilisierenden Folgen einer Veröffentlichung für den weiteren Transformationsprozess. Bombendrohungen wurden in Presseerklärungen verurteilt.<sup>121</sup> In Finsterwalde und Luckau dagegen forderten die neuen Kräfte am Runden

<sup>117</sup> Siehe dazu die Erinnerungen des damaligen Moderators am Runden Tisch, Günther Haferland: Ders., 10 Jahre danach. Erinnerungen an den „Runden Tisch“ des Kreises Finsterwalde in der Wendezeit 1989/90, in: Der Speicher/Heft 3, Finsterwalde 1999, S. 79-87; und die dazugehörigen Finsterwalder Pressemeldungen: Der „Runde Tisch“ und das Gebäude des MfS, in: LR vom 4.1.1990; Kippt der „Runde Tisch“?, in: LR vom 16.1.1990; Der „Runde Tisch“ darf nicht kippen, in: LR vom 20.1.1990; Runder Tisch zum MfS in einer Sondersitzung, in: LR vom 16.2.1990.

<sup>118</sup> BArch, DC 20 11351, Meldung vom 15.2.1990 aus Cottbus von Herrn Göhler, MA des RB [Rates des Bezirkes], an den Operativstab Berlin.

<sup>119</sup> BArch, DC 20 11351, Bericht von Herrn Neubert, Bez. Cottbus, vom 6.2.1990.

<sup>120</sup> BArch, DC 20 11351, Information Beauftragter Neubert, Bezirk Cottbus vom 1.2.1990.

<sup>121</sup> Stellvertretend dafür: Erklärung des Runden Tisches der Stadt Cottbus, in: LR vom 2.2.1990, S. 8.

Tisch nicht nur Akteneinsicht, sondern auch die Offenlegung der Quellen.<sup>122</sup>

Im unmittelbaren Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1990 wurden in Bad Liebenwerda, Weißwasser und vom Runden Tisch des Bezirkes Beschlüsse bzw. Empfehlungen verabschiedet, die durch Selbsterklärungen der Kandidaten oder durch interne Parteiüberprüfungen Stasi-Verstrickungen neuer Abgeordneter ausschließen sollten.

Das Thema Auflösung des Bezirksamtes wurde vor allem beim dritten Runden Tisch des Bezirkes, am 24. Januar, und auf der fünf Tage später anberaumten Sondersitzung diskutiert. So kam es nach den Ausführungen des Regierungsbeauftragten zu einer mehrstündigen kontroversen Aussprache über den Stand der Auflösung und die Nachnutzung der frei werdenden Ressourcen.<sup>123</sup> Leider geben die vorliegenden Quellen kaum Details wieder. Der Regierungsbeauftragte selbst legte in seinem Bericht dar, eine Vertreterin des Neuen Forums hätte auf der Basis von Informationen aus Berlin seine Glaubwürdigkeit hinterfragt, und er selbst hätte sich vehement dagegen gewehrt.<sup>124</sup> Laut einer nicht offiziellen, protokollarischen Mitschrift der Sitzung hatte diese Bürgervertreterin sich als Mitglied des republikweiten Koordinierungsausschusses aller Bürgerkomitees vorgestellt und kritisiert, dass ehemalige Cottbuser Stasi-Objekte ohne Rücksprache mit dem Runden Tisch des Bezirkes bereits vergeben worden seien. Als Beweis führte sie eine Kopie eines Ministerratsberichtes an, in dem Informationen aus internen Berichten der Regierungsvertreter aus den einzelnen Bezirken aufgeführt waren. Neubert stritt während des folgenden heftigen Wortwechsels ab, von dem Bericht und seinem Inhalt gewusst zu haben.<sup>125</sup> Weitere Ungereimtheiten führten schließlich zur Einberufung einer Sondersitzung am 29. Januar. Die geforderte Bildung eines Untersuchungsausschusses über Rechtsverstöße ehemaliger Mitarbeiter während der Auflösung wurde vertagt, der Gründung einer therapeutischen Selbsthilfegruppe für die ehemaligen MfS-Mitarbeiter zuge-

<sup>122</sup> BArch, DC 20 11351, Meldung vom 14.2.1990 aus Cottbus von Oberst Schator, MA des RB, an den Operativstab Berlin. - Protokoll des Runden Tisches in Luckau vom 7.2.1990, Kopie A.d.V.

<sup>123</sup> BLHA, Rep. 801, Nr. 26772, Protokoll über die 3. Beratung des „Runden Tisches“ am 24.1.1990.

<sup>124</sup> BArch, DC 20 11351, Tagesbericht von E. Neubert vom 25.1.1990.

<sup>125</sup> Protokoll Runder Tisch vom 24.1.1990 von R. Schneider, Kopie A.d.V.

stimmt.<sup>126</sup> Wiederholt hatte sich auch das Bürgerkomitee öffentlich für die umgehende Eingliederung der entlassenen Mitarbeiter in die Arbeitswelt ausgesprochen.<sup>127</sup> Die Sondersitzung befasste sich nun ausschließlich mit möglichen Nutzungsvarianten des Gebäudekomplexes des ehemaligen Bezirksamtes, die jedoch später keine bleibende Relevanz behalten sollten. Manche Beschlüsse, wie die Vergabe der Turnhalle „Nordrand“ an den Rat der Stadt, blieben nicht einmal für vier Wochen gültig.<sup>128</sup> Die wichtigste Stütze des Runden Tisches für die Arbeit des Bürgerkomitees ergab sich aus seiner Eigenschaft, punktuell als öffentliche Plattform gegenüber der staatlichen Seite und speziell gegenüber dem Regierungsbeauftragten zu dienen, auf der dieser Rechenschaft über bestimmte Strategien oder Pannen ablegen musste. Dennoch konnte der Runde Tisch im konkreten Fall wenig Einfluss nehmen, dafür war der Auflösungsprozess zu komplex.

### **Das vorläufige Ende der Auflösung**

Am 28. Februar wurde in der Presse offiziell die „Beseitigung aller MfS/AfNS-Strukturen“ im Bezirk Cottbus bekannt gegeben.<sup>129</sup> In Zahlen hieß das: 99,6 Prozent der Mitarbeiter waren entlassen, alle 39 Objekte und 212 der 284 PKW übergeben worden. Der Regierungsbeauftragte konnte am nächsten Tag nach Berlin telegrafieren: „... die Einlagerung des Schriftgutes, einschließlich der Akten des Zentralarchivs (ca. 1000 m) in zwei ehemalige Munitionsbunker ist mit dem heutigen Tag abgeschlossen. Die Zubetonierung der beiden Bunker wird morgen am 2.3.1990 beendet. Das Bürgerkomitee ist seit dem vergangenen Montag, dem 26.02.1990 nicht mehr im Objekt tätig.“<sup>130</sup> Mit Neubert beendeten seine Mitarbeiter, Dr. Göhler und Oberst Schator, ihre Tätigkeit in Cottbus. Die zwölfköpfi-

<sup>126</sup> Beide Anträge wurden vom Neuen Forum gestellt. BLHA, Rep. 801, Nr. 26772, Protokoll über die 3. Beratung des „Runden Tisches“ am 24.1.1990.

<sup>127</sup> Z.B.: Ehemaligen AfNS-Mitarbeitern Arbeitsmöglichkeiten geben, in: LR vom 31.1.1990.

<sup>128</sup> BLHA, Rep. 801, Nr. 26772, Protokoll über die 6. Beratung des „Runden Tisches“ am 28.2.1990.

<sup>129</sup> LR vom 28.2.1990.

<sup>130</sup> BArch Berlin, DC 20 11956, Tagesbericht E. Neubert an den Operativstab Berlin vom 1.3.1990.

ge „zeitweilige Arbeitsgruppe des Rates des Bezirkes Cottbus zur Auflösung der Bezirksdienststelle Cottbus des ehemaligen AfNS“, die infolge eines Ministerratsbeschlusses am 19. Februar 1990 gebildet worden war, spielte für die Frage des Aktenverbleibs keine erkennbare Rolle mehr.<sup>131</sup>

Die administrative Verantwortung für die Objekte des Bezirksamtes lag von nun an in den Händen des Rates des Bezirkes. Das Cottbuser Bürgerkomitee stellte seine Arbeit ein. Als im Sommer 1990 in den Cottbuser Bunkern Akten für die Überprüfung der Volkskammerabgeordneten gesichtet wurden, waren es Mitglieder des Berliner Bürgerkomitees, die diese Arbeit ausführten.<sup>132</sup> Staatsanwalt Horst Helbig und einzelne Mitglieder des Bürgerkomitees waren später noch punktuell wie zum Beispiel bei der Öffnung der Bunker zwecks Überführung der Akten nach Frankfurt/O. im April 1991 beteiligt.<sup>133</sup> Die Mehrheit der ehemaligen Mitglieder des Bürgerkomitees erhielt allerdings nicht einmal Kenntnis von dem Termin. Einigen der zuvor maßgeblich Involvierten erscheint der Prozess der Aktenüberführung nach Frankfurt/O. im Nachhinein als nicht nachvollziehbar und als ein Schritt, der über ihren Kopf hinweg das Ergebnis ihres Engagements tatsächlich oder zumindest in der öffentlichen Darstellung entwertete. Letzteres gilt für Gerüchte, wonach die Akten chaotisch gelagert und von Feuchtigkeit gefährdet gewesen seien. Ersteres wäre der Fall, wenn – wie einige der Beteiligten folglich annehmen – die von ihnen aufwändig sortierten Akten beim Ausräumen tatsächlich durcheinander gebracht worden seien oder der Transport als Gelegenheit zu weiteren Aktenvernichtungen genutzt worden wäre.<sup>134</sup> Dagegen vermerkt das „Protokoll über die Öffnung der Depots für Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS ...“ vom 23. Juli 1990: „Im Bunker 3 fand sich das in geordnetem Zustand eingelagerte Zentralarchiv ... Die Luftfeuchtigkeit entsprach zu 75 % der oberen Grenze ... In Bunker 4 befanden sich die ungeordnet

<sup>131</sup> Diese Arbeitsgruppe bestand ausschließlich aus Vertretern des Rates des Bezirkes und wurde vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für Energiefragen, Bernhard Dittrich, geleitet. BLHA, Rep. 801, Nr. 22853, Beschluss des Rates des Bezirkes Nr. 0022/90 zur Bildung, Zusammensetzung und Arbeitsweise der zeitweiligen Arbeitsgruppe des Rates des Bezirkes Cottbus zur Auflösung der Bezirksdienststelle Cottbus des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit vom 19.2.1990.

<sup>132</sup> LR vom 27.9.1990.

<sup>133</sup> LR vom 1.4.1991.

<sup>134</sup> So die Spekulation verschiedener der befragten Zeitzeugen.

eingelagerten Bestände der ehem. Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltung ...“<sup>135</sup>

Angesichts der fortdauernden Aktenvernichtung erscheint die Cottbuser Stasi-Auflösung manchem Beobachter nicht zu Unrecht als (negativer) Sonderfall.<sup>136</sup> Allerdings verdeutlicht der Fall Cottbus auch, dass bürgerschaftliches Engagement in der Stasi-Auflösung nicht identisch war mit einer klaren Frontstellung gegen Aktenvernichtungen. Vielmehr rangen die Akteure um Maßstäbe für ihr Handeln (die Frage nach der Legitimität), um politische Orientierung (war geheimdienstliche Tätigkeit grundsätzlich abzulehnen?), und mussten sich über die Ziele ihrer Tätigkeit jenseits der prinzipiellen Beendigung der Stasi-Tätigkeit (sollten Akten zugänglich gemacht oder vernichtet werden?) erst verständigen. Trotz völlig unzureichender personeller Ausstattung und trotz allenthalben ungenauer oder fehlender Informationen über Details von Strukturen und Ausstattung des MfS, trugen sie allerdings entscheidend zu dessen Entmachtung bei. Damit war auch im Bezirk Cottbus das wichtigste, am längsten loyale und bewaffnete Machtinstrument der SED außer Kraft gesetzt. Allerdings konnten offenbar gerade in Cottbus die mächtigeren unter den ehemaligen MfS-Mitarbeiter Kontakte und Abhängigkeiten nutzen, um ihr Fortkommen materiell abzusichern. Manchmal trafen beim Bürgerkomitee Zufall und verfügbare personelle Kompetenz günstig zusammen, wie beim Auffinden einer Computerdatei über die Bewaffnung der Mitarbeiter und deren Entschlüsselung durch ein Mitglied des Bürgerkomitees. An anderen Stellen fehlten Informationen oder die kritische Deutungskompetenz – etwa, als dem Sparkassendirektor als Mitglied des Bürgerkomitees vertraut wurde. Auch wenn noch viele Fragen offen bleiben, hoffen die Autoren, einen Anfang für die Aufklärung der eigenwilligen Geschichte der Stasi-Auflösung in Cottbus gesetzt zu haben, einer Geschichte, die ihrerseits Teil einer noch zu schreibenden Geschichte des landesweiten Umgangs mit Akten des gesamten ehemaligen Machtapparates der DDR in den Jahren 1989/90 ist.

<sup>135</sup> Unterlagen von Horst Helbig, Kopie A.d.V.

<sup>136</sup> So z.B. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 519.

## Auswahlbibliografie

*Apelt, Andreas H.*, Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90, Berlin 2009.

*Henke, Klaus-Dietmar* (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.

*Hertle, Hans-Hermann*, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 2009.

*Kloth, Hans-Michael*, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR und die Wahlfrage, Berlin 2000.

*Kowalczyk, Ilko-Sascha*, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

*Krone, Tina* (Hg.), „Sie haben so lange das Sagen, wie wir es dulden.“ Briefe an das Neue Forum September 1989 – März 1990, Berlin 1999.

*Mitter, Armin / Wolle, Stefan* (Hg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990.

*Neubert, Ehrhart*, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München/Zürich 2008.

*Richter, Michael*, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar/Köln/Wien 1996.

*Schabowski, Günter* (im Gespräch mit Frank Sieren), Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR, Berlin 2009.

*Schöne, Jens*, Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2008.

*Schuller, Wolfgang*, Die deutsche Revolution 1989, Berlin 2009.

*Süß, Walter*, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.

*Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.*

*Timmer, Karsten, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000.*

## Über die Autoren

### **Klaus Bästlein**

geb. 1956, Volljurist und promovierter Historiker, Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Skandinavistik. 1984 bis 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 1990 bis 1993 Leiter des Projekts zur neueren Hamburger Justizgeschichte bei der dortigen Justizbehörde, 1994 bis 1999 Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Justiz in Berlin, 2000 bis 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Projekten mit der FU Berlin und der Universität Karlsruhe, seit 2008 Referent für politisch-historische Aufarbeitung beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

### **Elena Demke**

Historikerin, Referentin beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Arbeitsschwerpunkte: Konzepte und Methoden der politisch-historischen Bildung, Fotos als historische Quellen.

### **Stefanie Eisenhuth**

Studentin; geb. 1977 in Berlin, 1999-2003 Tätigkeit als Werbekauffrau und Mediengestalterin; 2003-2008 Marketingleiterin der S.a.g.e. Entertainment GmbH, seit 2004 Studentin der Neueren und Neuesten Geschichte und Kulturwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität; Leiterin eines Projektstudiums an der Humboldt-Universität zum Thema „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik nach 1989/90 in Deutschland“; 2008-2009 Projektassistentin der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.; seit Oktober 2009 studentische Hilfskraft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

**Jens Schöne**

geb. 1970; Dr. phil.; nach landwirtschaftlicher Ausbildung Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik; 2004 Promotion; seit 2007 Stellvertreter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin; Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR, u. a. Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2007.

**Peter Ulrich Weiß**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsschwerpunkte: auswärtige Kulturpolitik, Umbruch 1989/1990, Kommunismus-Aufarbeitung in Südosteuropa.

## Publikationsverzeichnis

**In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:**

Bd. 1: *Siegfried Mampel*, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: *Gunter Holzweißig*, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, 1995

Bd. 3: *Roland Brauckmann*, Amnesty International als Feindobjekt der DDR, 1996

Bd. 4: *Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin*, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: *Hans-Eberhard Zahn*, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 5., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 6: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: *Jan Foitzik*, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; *Wolfgang Buschfort*, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: *Siegfried Berger*, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: *Jenny Niederstadt*, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, 1999

Bd. 10: *Siegfried Mampel*, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 12: *Klaus Bästlein, Annette Roszkopf, Falco Werkentin*, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 4., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 13: *Detlef Kühn*, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich.

Bd. 14: *Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: *Falco Werkentin (Hg.)*, Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: *Jens Schöne, Falco Werkentin*, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 17: *Gerd Utech*, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 18: *Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg*, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, 2003

Bd. 19: *Jens Schöne*, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2008

Bd. 20: *Andrea Huterer (Hg.)*, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 21: *Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.)*, Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: *Jens Schöne*, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 4., unveränderte Aufl., 2009

Bd. 23: *Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse*, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953, 2007

Bd. 24: *Heinz Schwollius*, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 25: *Christoph Wunnicke*, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, 2008

Bd. 26: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 2., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 27: *Klaus Bästlein*, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert, 2008

Bd. 28: *Falco Werkentin (Hg.)*, Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: „Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961. Ausstellungskatalog, 2008